

# DAS KAUSALE NEXUSBLATT 2008

Jährlich über Internet  
OOOOOOOOOOOOOO

**Nr 25**

**Ende 2007**  
OOOOOOOOOOOO

*Weltkriege / heutige Kolonialkriege / Nächste Kriege*  
*Die revisionistischen Fragen*  
OO

< [kausalenexusblatt@yahoo.de](mailto:kausalenexusblatt@yahoo.de) >

< <http://revurevi.net> >  
und auch

< <http://aaargh.com.mx/deut/deut.html> >

< <http://vho.org/aaargh/deut/deut.html> >

OOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOO

„Ich bin's leid, immer wieder von deutschen Verbrechen an den Juden zu hören!“

Was ist eigentlich los? Die Fälle Jürgen Möllemann, Martin Hohmann, Günter Grass, Ernst Zündel, Fritjof Mayer, Gernar Rudolf, Eva Hermann sind nur die sichtbare Spitze eines Eisbergs, die einigermaßen doch durch die meist alternative Presse bekannt geworden sind. Jurij Below, Frankfurt.

## INHALT

**Weniger Holocaust, mehr Identität** Andrea Hennis

**Zündel-Verteidigerin zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt**

**Wiener Ex-Bezirksrat wegen neuerlicher NS-Wiederbetätigung in U-Haft**

**Honsik-Verhaftung auf EU-Rahmenbeschluss zurückzuführen**

**Lebenslauf des Gerd Honsik**

**Schaller in Wiener Zeitung**

**Holocaustleugner als Gastdozent** *Studienziel Tabubruch* Von Wolfgang Schieder

**Versiegelte Geschichte Erinnerungsgesetze helfen nicht**

Von Reinhard Kaiser

**Robert Faurisson auch in Berufung verurteilt; neues Ermittlungsverfahren gegen ihn eröffnet**

**Wer Israel wirklich schadet** von Robert Misik

Noch einmal: Gegen Apion. Der neue kulturelle Antisemitismus. von Miriam Magall

**Der Historikerstreit** Jochen Böhmer

**Holocaust-Leugner Zündel scheitert mit Revision**  
**Revision von Ernst Zündel - durch BGH verworfen** Jürgen Rieger  
SCHULEN  
Anklage gegen Nazi-Anwalt Jürgen Rieger  
Neuer, definiver Holocaust mit Bunkerbau, Stalin-Deportationen und Auswanderung Michael  
Palomino

**Info über meine Verfolgungen** Klaus Krusche

**Welcome to Israel** Von Wu Ming 4  
**Ein freies Land ? (1996-7)**

**Antisemitische Literatur in Belgrad** Andrej Ivanji  
UNESCO verabschiedet Resolution zum Holocaust-Gedenken  
Gaskammer-Zweifel bei Feier für Mölzer-Blatt  
Strittiger Tod des "Dr. Tod" András Szigetvari

**Lüneburg: Geschichtsfälscher-Vortrag fiel aus**  
(Gerd Schultze-Rhonhof)

**Keine Haft mehr für Holocaust-Leugner in Spanien**  
Holocaust-Überlebende: Israel fordert mehr Geld  
Wiedergutmachungsverträge sollen "Löcher" haben

**Fräulein Stolz' Glaube an Regen** Von Steffen Mack  
AUFRUF DES KOMITEES ZUR UNTERSTÜTZUNG GEORGES THEILS  
Der Konvertit, der alle Register zog Roger Garaudy) Von Bernhard Schmid  
Ursula Haverbeck: Was ist der Holocaust?

**Albtraum-Hochzeit unterm Hakenkreuz** Klaus-Peter Klingelschmitt  
**Urteil gegen Holocaust-Leugner Honsik bestätigt**  
**Zeuge Meinerzhagen und sein Alptraum** Steffen Mack  
**NPD-Chef Voigt und der Holocaust** von Patrick Gensing  
**"Sechs Millionen kann nicht stimmen"** Von M. Reisinger  
**Die EU ist in ihrer Erinnerungskultur auf einem guten Weg**  
Heiner Lichtenstein

**Umerziehung oder Vernichtung ?** Die Quellen von Carlo Mattogno  
Interview von Giovanna Canzano mit Carlo Mattogno

**"Es wird zu wenig gegen Antisemitismus getan"** Von Dirk Banse  
Der italienische Intellektuelle Sergio Romano spricht von einer „Holocaust-Religion“ – sein  
Buch bricht alle Tabus Von: Moritz Schwarz

**Ernst Nolte ist 85 Jahre** Von Esteban Engel  
**Ehemaliger FPÖ-Politiker als Holocaust-Leugner verurteilt**  
**Ist NS-Propaganda und Holocaustverharmlosung in Hessen legal?**  
**Schäuble plant Verbot**  
Die Anzeichen mehren sich, dass Schäuble ein rechtsextrems Zentrum in  
Ostwestfalen verbietet. Holocaust-Leugner gehen dort schon länger ein und aus. von  
Andreas Speit

**BÜCHER : Hunger, Hans und Tietz, Antje: Zyklon B**  
**Ein Brief von Horst Mahler zu Frederick Töben**  
**Für Professor Faurisson : Polizeigewahrsam und Hausdurchsuchung**

JUGEND

## Weniger Holocaust, mehr Identität

**„Ich bin's leid, immer wieder von deutschen Verbrechen an den Juden zu hören!“ Jugendliche machen einer Studie zufolge beim Unterrichtsthema NS-Zeit und Holocaust dicht.**

**Andrea Hennis**

„Tendenziell sagen die Leute eher: Was haben wir damit zu tun, immer wieder sollen wir darüber reden!“, beschreiben Schüler in Interviews die Situation. Die Jugendlichen fühlen sich mit dem Thema Nationalsozialismus „überversorgt“. Die Abwehrhaltung gelte jedoch weniger dem Stoff als vielmehr der Art der Vermittlung im Unterricht. Dies haben Barbara Schäuble und Albert Scherr von der Pädagogischen Hochschule Freiburg im Rahmen einer Antisemitismus-Studie herausgefunden.

### „Wir können nichts dafür“

Für deutsche Schüler ist die „NS-Zeit“ heute im wahrsten Sinne des Wortes „Geschichte“ – ein Kapitel, mit dem sie oder ihre Eltern persönlich nie in Berührung gekommen sind. „Wir selber können uns eigentlich nicht verantwortlich dafür fühlen, weil wir nicht im Geringsten was damit zu tun haben“, gab die „dritte Generation“ in den Gesprächen mit den Wissenschaftlern zu Protokoll.

Jugendliche suchten heute nach einer positiven nationalen Identität, die nicht von Schuldgefühlen geprägt sei. Die gängige „Aufklärungs- und Belehrungspädagogik“ gehe oft mit Schuldzuweisungen einher und rufe Abwehr und Widerstand hervor, kritisierten die Forscher. Sie empfehlen, die Überzeugungen und Erfahrungen der Jugendlichen ernst zu nehmen und offene Gespräche mit ihnen zu führen. Nur so könne ein gemeinsamer Bildungsprozess in Gang kommen, der die Heranwachsenden vor rechtsradikalen Einflüssen schütze.

### „Ich weiß auch noch was Krasses!“

Betont „coole“ Unterrichtsbeiträge zum Holocaust („Ich weiß auch noch was Krasses!“) seien oft Ausdruck emotionaler Überforderung, denen man als Lehrer am besten sachlich begegne. Beim schwierigsten Kapitel deutscher Geschichte dürfe man sich nicht in „Pubertätskämpfe“ verstricken lassen, warnen Schäuble und Scherr.

### Ausländische Jugendliche

Schüler nichtdeutscher Herkunft – immerhin etwa ein Drittel aller Jugendlichen in Deutschland – seien oft selbst von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen. Indem man an deren persönliche Erfahrungen anknüpfe, könne man an ehesten ihr Interesse für das Thema Judenverfolgung wecken und antisemitischen Haltungen entgegenwirken.

Grundsätzlich dürften Schüler nicht gezwungen werden, die moralischen Maßstäbe ihrer Lehrer zu übernehmen. Weder die Bewertung ihrer Person noch ihre Schulnote dürfen davon abhängen. Politische Bildung könne man anregen, aber nicht erzwingen.

20.11.07

[http://www.focus.de/schule/schule/unterricht/studie\\_aid\\_139629.html](http://www.focus.de/schule/schule/unterricht/studie_aid_139629.html)

HAFT

## Zündel-Verteidigerin zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt

Mannheim (AFP) — Das Landgericht Mannheim hat die Anwältin des rechtsextremen Holocaust-Leugners Ernst Zündel wegen Volksverhetzung und einer Reihe anderer Delikte zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Außerdem verhängte das Gericht ein fünfjähriges Berufsverbot. Die Juristin Sylvia S. wurde wegen Wiederholungsgefahr noch im Gerichtssaal festgenommen, wie eine Gerichtssprecherin sagte. Die 44-Jährige hatte im Frühjahr 2006 im Zündel-Prozess selbst den Holocaust als "größte Lüge der Weltgeschichte" bezeichnet.

Nachdem sie eine Beschwerde an das Gericht mit "Heil Hitler" unterschrieben und den

Schöffen mit der Todesstrafe wegen "Volksverleumdung und Feindbegünstigung" gedroht hatte, war sie aus dem Zündel-Prozess ausgeschlossen worden. Die Rechtsanwältin kann gegen das Urteil Revision beim Bundesgerichtshof einlegen. Eine Entscheidung darüber ist noch offen.

Die 44-Jährige ist mit dem ehemaligen NPD-Anwalt Horst Mahler liiert und soll in den Zündel-Prozess auch dessen Texte eingeführt haben, obwohl gegen Mahler ein vorläufiges Berufsverbot bestand. Nach dem Ausschluss als Verteidigerin musste S. aus dem Gerichtssaal getragen werden, weil sie sich geweigert hatte, ihr Mandat aufzugeben.

14. Januar 2008

<http://afp.google.com/article/ALeqM5hpZMKWW3KwKyeWkTG955wQOkRTUw>

MEHR HAFT

## Wiener Ex-Bezirksrat wegen neuerlicher NS-Wiederbetätigung in U-Haft

*"Unbelehrbarer" Holocaust-Leugner wurde nach  
deutlicher Strafreduktion wieder rückfällig*

Wien - Seit einigen Tagen sitzt der ehemalige Wiener Bezirksrat Wolfgang F. [Wolfgang Fröhlich] wieder in U-Haft. Der bereits zwei Mal wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung abgeurteilte frühere freiheitliche Kommunalpolitiker - die FPÖ hatte ihn 1994 aus der Partei ausgeschlossen - steht neuerlich im Verdacht, gegen Paragraph 3h Verbotsgesetz verstoßen zu haben, der das Leugnen des nationalsozialistischen Völkermordes mit einem bis zu zehn Jahren Haft bedroht.

Der mittlerweile 56-Jährige wurde verhaftet, nachdem er einen "Appell an alle anständigen Österreicher" verbreitet hatte, in dem er dazu aufforderte, eine Unterschriftenliste für die Abschaffung des Verbotsgesetzes, insbesondere des Paragraphen 3h zu unterzeichnen. Das Schriftstück, das einmal mehr den Holocaust in Frage stellende Passagen enthalten soll und damit den Tatbestand der Wiederbetätigung erfüllen dürfte, hatte Wolfgang F. unter anderem etlichen Nationalratsabgeordneten, sämtlichen Landeshauptleuten sowie dem Rechnungshof geschickt.

Der nunmehr in einer Zelle im Wiener Landesgerichtlichen Gefangenenhaus befindliche Ex-Politiker behauptet, 30.000 Personen hätten bereits seinen Appell unterschrieben. Die Staatsanwaltschaft Wien hat bereits die Einleitung der gerichtlichen Voruntersuchung beantragt.

Die Verhaftung von Wolfgang F. kann als "Ohrfeige" für den Obersten Gerichtshof (OGH) gelesen werden: Ein Wiener Schwurgericht hatte den Mann im August 2005 zu insgesamt vier Jahren Haft verurteilt, nachdem er rund 300 selbst gebrannte CD's verschickt hatte. Empfänger: Der Bundeskanzler, alle neun Landesregierungen, der Rechnungshof, das Bundesamt sowie mehreren Landesämter für Verfassungsschutz, die Justizministerin und alle 183 Nationalratsabgeordneten.

Auf den Datenträgern wiederholte Wolfgang F. ein Mal mehr seine die Gaskammern sowie die Opferzahlen des Holocaust anzweifelnden Thesen, deretwegen er bereits 2003 von Geschworenen wegen Wiederbetätigung schuldig erkannt worden war.

Dessen ungeachtet leistete der OGH im Februar 2006 der Berufung des Mannes Folge und reduzierte seine Strafe deutlich. Sie wurde von vier auf eineinhalb Jahre gesenkt, weil - so die Begründung - der Paragraph 3h Verbotsgesetz "ein abstraktes Gefährungsdelikt" und das Gefährdungspotenzial im gegenständlichen Fall "als eher gering anzusehen" sei. Unter Berücksichtigung dieser Umstände sei das Ersturteil "zu hoch gegriffen", hieß es.

Nach Angaben des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes (DÖW) war Wolfgang F. im Dezember 2006 auch Teilnehmer bei der so genannten "Holocaust-Konferenz" im Iran. Teheran behauptete damals, im Rahmen der Konferenz "das wahre Ausmaß der Judenermordung durch die Nazis" herausfinden zu wollen. Die Konferenz wurde international scharf kritisiert. (APA)

der standard 24. August 2007

<http://derstandard.at/?url=?id=3009214>

NOCH HAFT

## Honsik-Verhaftung auf EU-Rahmenbeschluss zurückzuführen

*Rahmenbeschluss des EU-Rats von 2007 Grund  
für Auslieferung - Bereits zweimal angesucht*

Wien - Dass der Holocaust-Leugner **Gerd Honsik** am Donnerstag in Spanien festgenommen werden konnte, ist in erster Linie auf den Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zurückzuführen, auf den sich am 19. April 2007 der Rat der EU-Justizministerinnen und -minister in Luxemburg geeinigt hatte. Mit dem Hinweis darauf begegnete die Staatsanwaltschaft Wien am Freitag Fragen, weshalb der im Mai 1992 wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verurteilte 65-Jährige jahrelang unbehelligt in Spanien leben konnte, obwohl er aus seinem Aufenthaltsort kein Geheimnis machte.

### Zweimal um Auslieferung ersucht

Österreich hatte die spanischen Behörden in der Vergangenheit zwei Mal um die Auslieferung Honsiks ersucht, um diesen der Verbüßung seiner Strafe - eineinhalb Jahre unbedingte Haft - zuführen zu können. Spanien lehnte dieses Ansuchen beide Mal ab: Im Unterschied zu Österreich, wo das Verbotsgesetz das Leugnen des Holocausts mit teils langjährigen Haftstrafen bedroht, existieren in zahlreichen europäischen Staaten bisher keine vergleichbaren Strafbestimmungen.

Auftrieb bekamen die Bestrebungen der heimischen Justiz, Honsik ausgeliefert zu bekommen, mit dem Rahmenbeschluss der EU, der eine Mindestharmonisierung von Strafvorschriften zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorsieht. Öffentliche Aufstachelung zu Gewalt und Hass gegen Menschen anderer Rasse, Hautfarbe, Religion oder nationaler wie auch ethnischer Abstammung soll zukünftig länderübergreifend verboten werden. Die Mitgliedstaaten der EU sind darüber hinaus verpflichtet, in ihren nationalen Rechtsordnungen neben Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unter bestimmten Voraussetzungen auch das Leugnen, Billigen oder grobe Verharmlosen von Völkermord unter Strafe zu stellen.

### Irritiert

Obwohl diese Bestimmungen noch nicht endgültig abgesegnet wurden, dürfte Gerd Honsik bewusst geworden sein, dass sein Aufenthalt in Spanien bei weitem nicht mehr so sicher war wie von ihm erwünscht. Auf seiner Homepage waren entsprechende Andeutungen zu lesen. Zusätzlich dürfte ihn irritiert haben, dass sein Verbleib in einer parlamentarischen Anfrage öffentlich thematisiert wurde.

Den Wiener Sicherheits- und Justizbehörden war klar, dass somit Handlungsbedarf gegeben war. "Es stand zu befürchten, dass Honsik seine Zelte in Spanien abbricht und sich in ein Land außerhalb der EU begibt, in dem ein Europäischer Haftbefehl keinerlei Wirkung gehabt hätte", meinte ein Ermittler am Freitag im Gespräch mit der APA.

### Überraschendes Vorgehen

Der zuständige Wiener Staatsanwalt beantragte daher auf Basis des Steckbriefs und des Urteils aus dem Jahr 1992 einen Europäischen Haftbefehl, der umgehend ausgestellt wurde. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) übermittelte diesen Haftbefehl direkt der zentralen spanischen Zielfahndung, die ihn in Malaga ohne der an sich vorgesehenen Verständigung und Mitwirkung der lokalen Polizeibehörden vollzog. "Es sollte überraschend vorgegangen und Honsik keine Möglichkeit gegeben werden, sich darauf vorzubereiten", erläuterte der Ermittler.

Honsik soll sich gegen seine Festnahme nicht zu Wehr gesetzt haben, hieß es. Sollte er ausgeliefert werden, worüber Spanien binnen 90 Tage entscheiden muss, würde er in Wien zunächst in U-Haft kommen: Das 15 Jahre alte Urteil ist nämlich noch immer nicht rechtskräftig. Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat zwar 1994 den Schuldspruch in Abwesenheit des Holocaust-Leugnens bestätigt, die Berufungen - sowohl die Staatsanwaltschaft als auch Honsiks **Verteidiger Herbert Schaller** hatten das Strafausmaß nicht akzeptiert - sind jedoch nach wie vor "offen".



### **Kurze Vorbereitungszeit**

Dieses am Wiener Oberlandesgericht (OLG) anhängige Rechtsmittelverfahren, das zuletzt formell abgebrochen war, wird nun wieder aufgenommen. Der zuständige Berufungssenat (Vorsitz: Herbert Körber) könnte nach Honsiks Überstellung mit einer sehr kurzen Vorbereitungszeit das Auslangen finden und die Berufungsverhandlung "binnen weniger Wochen bis Monate" ausschreiben, hieß es dazu am Freitag in Justizkreisen. (APA)

*der standard* 24. August 2007  
<http://derstandard.at/?url=/?id=3008624>

### Honsiks Publikationen:

- *Lüge, wo ist dein Sieg? Dichtung eines österreichischen Dissidenten*, Eigenverlag, Königstetten 1981.
- *Fürchtet euch nicht!* Eigenverlag, Wien o. J. (1983).
- *Freispruch für Hitler? 36 ungehörte Zeugen wider die Gaskammer*, hrsg. v. Burgenländischen Kulturverband, Wien 1988 (ab der 2. Auflage: *37 unerhörte Zeugen ...*; 1994 in 12. Auflage erschienen).
- *Schelm und Scheusal. Meineid, Macht und Mord auf Wienthals Wegen*, hrsg. v. Bright Rainbow Verlag, Madrid 1993 (beschlagnahmt).
- Dr. Pablo Hafner (Pseudonym): *Sein letzter Fall. Dr. Schaller für Honsik gegen Wiesenthal*. Bright Rainbow Verlag, Barcelona 1995.
- Major a.D. Göran Holming (Pseudonym): *Ein Prophet entkam. Was Gerd Honsik sagte. Was er nicht sagte. Was er voraussagte. Wien und Bonn jagen ihren Vordenker*. Wheatcroft Associacion, Gibraltar 1997.
- *Von Deutschlands Kampf und Fall. Die großen Balladen und die kleinen Verse des meistverfolgten Dichters Europas. Honsiks gesammeltes lyrisches Werk*. Wheatcroft Associacion, Gibraltar o. J.

— *Im Alcazar nichts Neues! Das Epos des 20. Jahrhunderts.* Wheatcroft Asociacion. Gibraltar 2000.

— *Der Juden III. Reich? Halt dem Kalergi-Plan! 28 Thesen Coudenhove-Calergis. Eine Bittschrift an die deutschen Parlamente.* Bright Rainbow Verlag. La Mancha 2003.

**HONSIK, Gerd**

Wien

Geb. 10. 10. 1941

Bis Oktober 1987

Vorsitzender der vom Innenministerium nicht anerkannten politischen Partei "Volksbewegung" ("Ausländer-Halt-Bewegung")

Oktober 1987 bis März 1988

"juristischer und ideologischer Berater" der "Volksbewegung"

März 1988 bis April 1991

Vorsitzender der "Volksbewegung"

1961

Honsik wirft gemeinsam mit Günther Kümel und Peter Melzer eine Brandbombe und Schmähchriften gegen die italienische Botschaft

Verurteilung zu einer Haftstrafe durch ein Wiener Geschwornengericht

1975

Berichtet über Aufstellung neuer Einsatzgruppen der NDP

1976

Wahl in den Bundesvorstand der NDP

1976

Verurteilung zu 15 Monaten Haft

1979

Mitglied des Redaktionsteams der Zeitschrift "Der Babenberger"

1980

Mitglied des Redaktionskomitees der Zeitschrift "Halt. Wandzeitung des österreichischen Abwehrkampfes", der Nachfolgezeitung vom "Babenberger" (Pseudonym "Gerhon Endsik")

1981

Veröffentlichung des Lyrikbandes "Lüge, wo ist dein Sieg" (Eigenverlag)

Dichterlesung im Wiener Hotel Hilton (Ehrenschutz: Hofrat Dr. Roßkopf und Hofrat Dr. Baldia)

Anmeldung einer Wahlliste gegen Ausländerintegration

1982

Gründung einer Wahlplattform mit dem Namen "Ausländer-Halt-Bewegung" (AUS), Redner auf der Gründungsversammlung der AUS

1983

Anmeldung der "Volksbewegung"

Gründung der "Knut-Hamsun-Gesellschaft Wien" (Publikation: "Der Babenberger Literaturkreis")

Veranstaltung der "Knut-Hamsun-Gesellschaft Wien" im Hotel Hilton in Wien: "Neunzig Minuten deutsche Balladen", Honsik präsentiert seinen Gedichtband "Fürchtet Euch nicht"

1984

Anmeldung der Partei "Nationale Front" (NF), Gründungsversammlung vom Innenministerium untersagt

1986

Einleitung eines Verfahrens wegen NS-Wiederbetätigung

1987

Verurteilung zu einer Geldstrafe wegen Herabwürdigung des Staates und seiner Symbole, Nichtigkeitsbeschwerde Honsiks vom OGH abgewiesen

Prozeß wegen Beleidigung des Nationalrates

Unterstützung der Liste "Ausländer Halt" bei den Gemeinderatswahlen in Krems

1988

Einleitung einer Voruntersuchung wegen § 3g Abs. 1 Verbotsgesetz durch die Staatsanwaltschaft Wien

Verhaftung wegen Störung einer Veranstaltung zum Gedenkjahr 1988 im Theater in der Josefstadt

Beschlagnahme des Buches "Freispruch für Hitler? 36 ungehörte Zeugen wider die Gaskammer" durch das Landesgericht für Strafsachen Wien. Einleitung eines Strafverfahrens nach § 3g Verbotsgesetz

Reise zu Ernst Zündel nach Kanada

1989

Verurteilung in der BRD zu einer Geldstrafe in der Höhe von DM 54.000,- wegen des Buches "Freispruch für Hitler?". Honsik legt Einspruch dagegen ein

1990

Aufgrund seines Einspruchs Verurteilung vom Amtsgericht München zu einer bedingten Haftstrafe von 9 Monaten (wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung Verstorbener)

In einer weiteren Berufungsverhandlung Verurteilung durch das Amtsgericht München zu einer bedingten Haftstrafe von einem Jahr und zu einer Geldstrafe von DM 5000,-

Teilnahme an einer Veranstaltung von David Irving in Dresden, Lesung aus seinem beschlagnahmten Gedichtband "Fürchtet Euch nicht"

Kandidat der von der Wiener Kreiswahlbehörde wegen NS-Wiederbetätigung nicht zur Nationalratswahl zugelassenen Liste "Nein zur Ausländerflut"

1991

Veröffentlichung eines "Mauthausen-Gas-Betrugs-Rätsel-Posters" in "Halt", Nr. 57/Jänner-Februar 1991. Einleitung einer gerichtlichen Voruntersuchung unter anderem nach § 3g Verbotsgesetz

Referent bei einer Veranstaltung im Hotel Wimberger

Als Referent für eine dann von den Behörden untersagte Versammlung der inzwischen in der BRD verbotenen neonazistischen "Nationalistischen Front" angekündigt

Aufruf zur Teilnahme an einer Demonstration für den verhafteten Franz Radl vor dem Grazer Landesgericht

Referent bei einer Weihnachtsfeier der "Volksbewegung" in Hübners Kursalon in Wien

1992

Verurteilung durch das Bayerische Oberste Landgericht wegen Verbreitung der "Auschwitz-Lüge"

[Seh. <http://aaargh.com.mx/fran/livres2/Stagdeut.pdf>] (bezugnehmend auf sein Buch "Freispruch für Hitler?") zu zwölf Monaten Haft mit Bewährung

Verurteilung wegen Beleidigung und übler Nachrede wegen eines Artikels über den Innsbrucker Diözesanbischof Reinhold Stecher zu einer Geldstrafe von S 6000,-

Verurteilung wegen NS-Wiederbetätigung zu 18 Monaten Haft

Flucht ins Ausland (Barcelona, Spanien)

1993

Ablehnung eines Asylantrags durch die spanischen Behörden

1994

Treffen mit dem ebenfalls nach Spanien geflüchteten bundesdeutschen Alt- und Neonazi Otto Ernst Remer

<http://www.doew.at/publikationen/rechts/handbuch/h.html>

DIE DEUTSCHE SACHE

## Lebenslauf des Gerd Honsik

*WPMP3: Lieber Gerd, zunächst möchte ich Dir für deine Bereitschaft danken, einem virtuellen Medium ein Interview zu geben. Da Du ja vor allem den jüngeren Nationalisten wahrscheinlich nicht so bekannt sein dürftest, bitte ich Dich, uns einen kurzen biographischen Abriß zu Deiner Person zu geben.*

G.H.: Geboren: 10.10.1941 in Wien als Sohn des Dr. iur. Hans und der Irene Honsik. 5 1/2 Jahre politischer Haft, 23 politische Vorstrafen, die Mehrzahl Mediendelikte. 25 Versicherungsjahre als Arbeiter, seit 1988 freischaffender Schriftsteller, seit 13 Jahren im Exil.

*WPMP3: Gerd, Du bist vielen von uns als Buchautor und Dichter bekannt, bist jedoch auch seit den 60er Jahren politisch aktiv gewesen. In welcher Rolle hast du Dich eher gesehen, in der des Dichters oder der des Politikers? Gib uns bitte einen Überblick Deines künstlerischen und politischen Tuns.*

G.H.: Die ersten 23 Jahre meines Wirkens sah ich mich ausschließlich als "Aktivist" der deutschen Sache, dem Versammlung, Megaphon, Flugblatt, Leimkübel und Plakat wichtiger erschienen als alle anderen Mittel.

Mein politischer Weg begann im Jahre 1958 in der österreichischen Kleinstadt Waidhofen a.d. Thaya. Es erregte vor Ort damals beträchtliches Aufsehen, als ich aus der katholisch-österreichischen

Mittelschulverbindung Rugia zu Waidhofen an der Thaya austrat, in die ich unter der Zusicherung, dieselbe würde sich noch immer zum deutschen Volkstum bekennen, ein Jahr zuvor eingetreten war. Mit mir verließ unter den Augen des Schuldirektors und der gesamten Altherrenschaft, der ein großer Teil des Lehrkörpers angehörte, fast die gesamte "Aktivitas" den Bund und wir gründeten die "pennale deutsche Burschenschaft Markomania" zu Waidhofen". Ein rauschender Gründungskommers mit 250 Teilnehmern ließ uns auf eine gute Zukunft für unseren Bund hoffen. Nach nur einem Jahr regen weltanschaulichen Pennälertreibens, wobei an den Sonntagen das Stadtbild vom Schwarz-Rot-Gold unserer Farben mitgeprägt worden ist, mit zahlreichen Kneipen und Vorträgen, "schlug das Imperium zurück": Knapp drei Jahre nach dem Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen meinte man in dieser Grenzregion das Erstarken deutschnationaler Kräfte nicht hinnehmen zu können. Ich wurde unter falschem Vorwand vom Gymnasium gewiesen und bekam den langen Arm meiner Verfolger auch in Wien, wohin ich zurückkehrte, zu spüren.

Als Politiker wollte ich niemals gesehen werden, obzwar kaum eine Woche in meinem Leben – die Jahre im Kerker und im Exil ausgenommen – vergangen ist, in der ich nicht zumindest an einer politischen Zusammenkunft teilgenommen habe.

Die Triebfeder allen politischen Tuns ist wohl jener letzte Brief meines Vaters gewesen, in dem er im März 1944 an meine Mutter schrieb: "Wenn ich fallen sollte, erziehe die Kinder in meinem Geiste!" Am darauffolgenden Morgen hat er dann im Strumangriff an der Spitze seines Zuges am Brückenkopf Nettuno den Soldatentod für Deutschland gefunden. Der vorbildlichen Haltung meiner Mutter und ihrer trefflichen Erziehung verdanke ich meine Festigkeit im Bekenntnis zu Heimat, Volk und Vaterland.

Dabei faszinierte mich zeitlebens der deutscher Humanismus, der sie prägte: So erschien der Umstand, daß sie seit ihrer Jugend der Hitlerbewegung angehörte und sich dieser über das Ende hinaus stets verbunden fühlte, im Widerspruch zu stehen zu der Tatsache, daß sie nach dem Anschluß ihre jüdische Freundin Martha Baath vor dem Zugriff der Gestapo versteckte, sie so vor der Internierung bewahrte und ihr zur Flucht verhalf. Ende Mai 1945 stürzte sie sich mit einer Kanne voll Milch unter den Elendszug deutscher Kriegsgefangener, die durch unser Dorf gen Osten getrieben wurden, um diese zu laben, und wurde dabei vor den Augen ihrer Kinder von Sowjetsoldaten mit dem Gewehrkolben niedergeschlagen.

Was für ein Vorbild! Was für ein Vermächtnis!

Gedichte schrieb ich fast ausschließlich im Gefängnis oder in den Jahren des Exils, der Lebenskampf um den Unterhalt der Familie, nach der ersten Haft als Bauhilfsarbeiter, Eisenbieger und Schichtarbeiter, die politischen Anstrengungen und die über 47 Jahre sich hinziehende politische Verfolgung ließen mir wenig Muße für die Muse. Erst spät, mit der Präsentation meines ersten Gedichtbandes "Lüge, wo ist Dein Sieg?" vor 400 geladenen Gästen im Wiener Hilton-Hotel im Jahre 1981 erkannte ich auch die Bedeutung von Dichtung als politischer Waffe.

1961, als der Freiheitskampf um Südtirol begann, meinten meine Freunde und ich, ebenfalls tätig werden zu müssen. Ich ging jedoch in meinen Flugblättern über die Anliegen Südtirols hinaus, – ungewollt der Sache Südtirols schadend –, bezeichnete die österreichische Regierung als eine von den Alliierten eingesetzte Marionettenregierung und bekannte mich zum deutschen Reichsgedanken. Dabei beschossen meine Freunde und ich unter anderem demonstrativ die Fassaden des österreichischen Parlaments.

Zwar trafen wir damals, was aktenkundig wurde, alle Vorkehrungen, um die Gefährdung von Personen zu vermeiden (wir sperrten Straßenzüge und verblieben am Tatort, bis die Gefahr vorüber war) und unterschieden uns so wohltuend von den Meuchelmorden, deren Täter aus dem Dunstkreis des Baader-Meinhof-Schilly-Joschka-Kohn-Fischer-Bendit-Bundes hervorgegangen waren, haben aber dennoch politisch falsch gehandelt: Wie die Putschisten vom 20. Juli und wie die Baader-Meinhof-Bande auch, agierten wir – zum Unterschied von den Südtiroler Freiheitskämpfern, von Robin Hood oder der spanischen Guerilla – ohne der eindeutigen Zustimmung der Volksmehrheit.

Die Haltung der Kriegsgeneration zu unseren Aktionen von damals würde ich als wohlwollende Ablehnung beschreiben. Der Revolutionär aber muß, wie wir wissen, im Volk schwimmen, wie der Fisch im Wasser: Der Stoff für den Sieg bei einer demokratischen Wahl ist derselbe, aus dem auch der Sieg im bewaffneten Freiheitskampf geschmiedet ist: aus der Zustimmung des Volkes. Wehe dem, der ohne diese Vollmacht handelt!

Nach meiner Verurteilung zu vier Jahren Kerker im August 1961 schrieb die österreichische Journalistin Barbara Coudenhove-Kalergi im "Weekend Kurier": "Er [also ich] nahm alle Verantwortung auf sich und bestand darauf, daß ein besonders belastender Satz nur ja ins Protokoll aufgenommen werden möge." Dieser Satz lautete: "Seit meiner frühesten Jugend war es mein Ziel, die österreichische Marionettenregierung vernichten zu trachten."

So sehr ich damals schon etwa mit Horst Mahlers heutiger Sicht der Dinge, nämlich was die

Entstehungsgeschichte unserer Republiken betrifft, übereinstimmte, so war jener "belastende Satz" doch politisch falsch: daß die Lostrennung Österreichs von Deutschland gegen den Willen des Volkes und mittels brutaler Gewalt erfolgte, ist unbestritten und beweisbar. Beweisbar ist aber auch, daß die Mehrheit der Menschen – gleichgültig ob durch Lüge, Betrug, Weltverhetzung oder aus echtem Gesinnungswandel – diesen eingesetzten Regierungen nach und nach eine gewisse Zustimmung und damit Legitimität zuteil werden ließ. Dieser Vorgang wurde beschleunigt, nachdem sich diese Regierungen um das Ende des alliierten Völkermordes durch Hunger und für die Freilassung der Millionen Nachkriegsgefangenen bemühten, die damals in Ost und West Fronarbeit leisten mußten.

Der Wille des Volkes muß, das glaube ich, selbst da geachtet werden, wo es irrt.

Fortan sah ich meinen Auftrag darin, den Mehrheitswillen durch Überzeugungsarbeit in unserem Sinne und mit möglichst gesetzeskonformen Mittel zu verändern, ohne meine sachliche historische Sicht der Dinge, wie ich sie damals vor dem Schwurgerichte vertreten hatte, verändern zu müssen.

Die faktische Anerkennung der von der US-geführten Allianz nach dem Zweiten Weltkrieg installierten Regime durch das Volk geht nun vor unser aller Augen dem Ende entgegen:

Gegen den Willen der Völker wurden die Nationalstaaten demontiert und die Volkswirtschaften dem Ansturm verbrecherischer "Investoren" preisgegeben. Zu Recht mit Heuschrecken werden diese Banditen verglichen, die unsere Arbeitsplätze aufkauften, um sie zu vernichten.

Gegen den Willen der Völker erfolgte die Abschaffung unserer Währungen, die Entmachtung unserer Staaten durch eine verbrecherische "Privatisierung", gegen den Willen der Völker sollte ganz Europa in den Irak-Überfall gezwungen werden. Nun schicken sich unsere Politiker, unter ihnen hartgesottene Wahlbetrüger, an, "im Ergebnis offene Verhandlungen zum Zwecke des Beitritts der Türkei" zu führen. Haben sie schon von "nichtergebnisoffenen" Verhandlungen gehört? Das Friedensdiktat von Versailles war jedenfalls nicht "ergebnisoffen", und die "Verhandlungen" mit der Türkei werden es auch nicht sein.

Jeder Politiker, der diese Verhandlungen gegen den Willen von 90 % des Volkes beginnt, ist ein Verbrecher wider den Volkswillen und sollte wegen der schlimmsten aller Untaten eines Tages zur schwersten aller denkbaren Strafen, wegen "Verbrechens gegen die Demokratie und die Menschlichkeit", verurteilt werden.

Bei keinem Regime der letzten zweitausend Jahre hatten die Völker weniger Mitbestimmung als heute, da Kalergis Traum von der Abschaffung der Demokratie von den Brüsseler Tyrannen in die Tat umgesetzt zu werden droht.

Bald, sehr bald werden wir die Mehrheiten zurückgewinnen, und nie wieder werden diese Mehrheiten dem Feind anheimfallen, wenn er erst einmal entlarvt ist. Denn dann werden die Medien nicht mehr dem Zugriff des Auslandes und der Lügen unserer Feinde ausgeliefert sein, sondern sie werden dem Staat – und der Staat sind wir! – für immer als dessen Vierte Gewalt zurückgegeben bleiben.

Die bedingte Entlassung, die Kriminellen zusteht, wird in deutschen Landen den politischen Gefangenen, wie wir wissen, in der Regel verweigert. Am 29. Dezember 1965, also 48 Stunden nach Verbüßung vierjähriger politischer Haft schloß ich mich der Nationaldemokratischen Partei des Freiheitskämpfers für Südtirol, Dr. Norbert Burger, an.

Als Funktionär der NDP forderte ich 1968 als erster Deutscher, die Ausländerfrage in den Mittelpunkt allen politischen Kampfes zu stellen. Ich erkannte, daß die Begründung, Ausländer wegen des Arbeitskräftemangels ins Land zu holen, wirtschaftlich falsch war: Ist doch "Arbeitskräftemangel" ein paradiesischer Zustand, der bleibendes Ziel aller Wirtschaftspolitik sein muß. Arbeitskräftemangel heißt: Überfluß an Arbeit, optimale Löhne und glückliche Unternehmer, deren Auftragsbücher randvoll sind.

Die Politik, die die Handschrift des Imperiums trug, setzte die aufgezwungene Siedlungspolitik meist ungelerner Arbeitskräfte bis heute, also bis an den Rand des wirtschaftlichen Unterganges, konsequent fort und ersetzte den paradiesischen Zustand des Arbeitskräftemangels durch einen Überfluß: einen Überfluß an Arbeitslosen, einen Überfluß an Firmenabwanderung, an "Insolvenzen", einen Überfluß an verzweifelter Unternehmern.

Im Jahre 1971 legte ich beim Parteitag der NDP in Linz eine kritische Denkschrift vor, in der ich "den Kampf gegen die Lüge vom geeinten Europa" und die Rückkehr zum Ideal des Nationalstaates (Normalstaates) verlangte.

1980 trat ich wegen des amerikafreundlichen Kurses der NDP zusammen mit Herbert Schweiger und zahlreichen jungen Aktivisten aus der Partei aus und gründete die politische Partei "Nationale Front".

Erstes Ziel: Halt der aufgezwungenen Siedlungspolitik durch immerwährende Einwanderung und gesteuerte Geburtenarmut.

Dabei sah ich es als meine wichtigste Aufgabe an, die ins Land strömenden Ausländer nicht als Feindbild aufzubauen, sondern die wahren Schuldigen in der Politik zu suchen und deren Hintermänner anzuklagen. "Fremdarbeiter sind Opfer und Instrument eines rücksichtslosen Kapitalismus", lautete daher die Parole, die ich unserem Kampf voranstellte.

Heute würde ich hinzufügen: Einwanderer sind Opfer und Instrument des Kalergi- und des Morgenthauplanes, also ahnungsloses Werkzeug eines antideutschen und antieuropäischen Rassismus.

Niemals haben in zahlreichen Auseinandersetzungen jener Zeit unsere jungen Aktivisten, darunter die ersten Skinheads, einen Ausländer angegriffen, und Brachialgewalt wurde nur zum Zwecke der Notwehr angewandt.

*WPMP3: Sowohl Dein politisches als auch Dein künstlerisches Tun und Wirken brachte Dich mit dem Strafgesetzen der alliierten Besatzerstaatskonstrukte auf dem Boden des Reichs in Konflikt. Kannst Du uns einen Überblick über die Verfolgungsmaßnahmen geben?*

G.H.: Man kann sagen, daß, wohl auf Druck der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg, der Begriff des "Politischen Gefangenen", wie er während des Dritten Reiches bestand und stets Vergünstigung für den Regimegegner im Vergleich zu den kriminellen Straftätern bedeutete (siehe Interview von Prof. G. Jagschitz mit dem österreichischen Diktator Dr. Kurt Schuschnigg), in Deutschland und Österreich abgeschafft worden ist.

Der Andersdenkende ist seither dem Kriminellen gleichgestellt, ja was die vorzeitige Entlassung aus der Strafhaft betrifft, im Regelfall benachteiligt.

Gemildert wurde diese Benachteiligung durch Untersuchungsrichter, Richter und auch Polizei- und Justizbeamte, die das Schicksal der Verfolgten manchmal unauffällig zu lindern suchten. Darum halte ich nichts davon, Richtern etwa "vorbeugend" zu drohen oder ihnen grundsätzlich "jegliche Legitimation" abzuspochen. Vor allem diese Menschen müssen wir überzeugen, es gilt daher, ihnen in der Regel höflich und fest entgegenzutreten. Es gibt Beispiele, wo solche Staatsdiener für unseren Standpunkt gewonnen werden konnten. Die von mir geschilderte Höflichkeit sollte der Regelfall sein, sie gilt natürlich nicht für Bestien in Menschengestalt, die Unschuldige, wie den SS-Mann Weise, Gesinnungstäter wie Gottfried Küssel oder Historiker, wie zum Beispiel Erhard Kemper, Udo Walendy oder Günter Deckert wissentlich zu mörderischen Haftstrafen verdammt.

Die ungerechte politische Verfolgung von Gesinnungstätern nahm meistens nicht von der Justiz selbst ihren Ausgang, sondern von der CIA-gesteuerten "westlichen" Presse und den halbamtlichen, meineidigen, US-hörigen Institutionen für "Zeitgeschichte", die alle zusammen eine ungeheure kriminelle Energie entwickelten, um mittels Lüge, Verleumdung und Täuschung die Verfolgung deutschgesinnter Menschen, vor allem die von Historikern, zu bewerkstelligen. Hier drei Beispiele, die ich am eigenen Leibe erlebte:

1993 stellte ich in Spanien ein Buch fertig (*Schelm und Scheusal*), in welchem ich Ing. Simon Wiesenthal (eigentlich Szymon Wizental) wegen seines Frohlockens betreffend der Briefbombe, die aus Österreich nach Syrien geschickt worden war und dem dort lebenden ehemaligen SS-Mann Alois Brunner ein Auge kostete und beide Hände schwer verstümmelte, angriff. Da Wizental selbst mit Einzelheiten des Paketinhaltes prahlte und das Opfer als seinen "meistgesuchten Judenmörder" bezeichnete, erstattete ich auch Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Wien wegen dringenden Tatverdachts.

Monate später begann in Österreich eine jahrelang währende Briefbombenserie, deren erste Bombe nahe meines Hauses aufgegeben worden war: Von Anfang an wurde ich von Presse und Fernsehen im In- und Ausland als der mutmaßliche Drahtzieher der Mordserie bezeichnet. Mein Mitarbeiter, der Student Franz Radl, dem ich das Buch in den Computer diktieren hatte und der als historischer Berater dem Werk viele Quellen erschloß, wurde, nach seiner Rückkehr nach Österreich, als "Briefbombenmörder" (Staatsanwalt Fasching) zwei Jahre unschuldig in Haft genommen und dann in einen dreimonatigen politischen Schauprozess nach Anhörung von 150 Belastungszeugen, von denen kein einziger Belastendes wußte, freigesprochen. Einer der wahren Täter wurde später gefaßt und, nachdem er bei der Explosion einer ferngezündeten Bombe im Augenblick der Festnahme beide Hände verloren hatte, während der Haft durch Erhängen "geselbstmordet". Mir selbst wurde Genugtuung dadurch zuteil, daß ich auf Grund der redlichen Aussage von Österreichs höchstem Polizeibeamten Mag. Michael Sika von meinem Exil aus gegen die US-freundliche Zeitschrift "News" einen Presseprozess gewann, daß die Presselügen entlarvt wurden und an mich ein symbolisches Bußgeld bezahlt werden mußte.

Ich floh nicht im Sommer 1992 wegen meines Buches außer Landes, sondern ich floh bereits im Januar 1992, nachdem ich vom Leiter des "Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes", Dr. W. Neugebauer, einem landesweit bekannten Denunzianten, im TV, und zwar im

Beisein des Innenministers und des Polizeichefs, wahrheitswidrig als Kopf eines geplanten "Militärputsches" diffamiert worden war, dessen "Akteure" bereits in Haft saßen. Einige Monate später wurden die Verhafteten freigesprochen: Die ihnen "fälschlich" zugeordneten Waffen stammten aus einem Theater-Einbruch einer Verbrecherbande. Es handelte sich um bloße Attrappen aus Kunststoff. Erst jetzt kehrte ich nach Österreich zurück, um mich dem Prozeß wider mein Buch zu stellen.

Seit Jahren werde ich fälschlich in Medien als der "Neffe" eines Mannes namens Amon Göth bezeichnet, der als Kommandant eines Konzentrationslager in dem Film "Schindlers Liste" als sadistischer Mörder geschildert worden ist. Man unterstellt mir, ich wäre nur deshalb "Revisionist" geworden, um "meinen Onkel Amon" zu rehabilitieren. In Wahrheit war besagter Amon Göth zu keinem Zeitpunkt mein Onkel: Die kurze Ehe meiner Tante mit besagtem Mann wurde wegen seelischer Grausamkeit sechs Jahre vor meiner Geburt und drei Jahre vor dem Anschluß durch den Staat, die Kirche und den Papst annulliert. Dieselbe kriminelle Energie, die in der Fälschung der deutschen Geschichte zu finden ist (etwa Katyn), findet sich auch in der Verfolgung der Revisionisten wieder!

Ich lade alle unsere Feinde, die in der Vergangenheit auf die Lüge und deren schlimmste Tochter, die Halbwahrheit bauten, ein, den Weg zur Redlichkeit zurück zu suchen.

*WPMP3: Du bist ja nach einer neuerlichen Verurteilung nach Spanien geflohen. Warum gerade Spanien? Wie ist Dein Verhältnis zum spanischen Volk und zu den spanischen Behörden?*

G.H.: Im Jahre 1949 erreichte ein Sonderzug mit 1000 schwer unterernährten österreichischen Kindern, die eben dem größten und bestdokumentierten Völkermord der Weltgeschichte entronnen waren, die spanische Grenze.

Dieser größte aller Völkermorde, der von der US-geführten Allianz nach 1945 am Deutschen Volke vollstreckt worden ist, bediente sich im wesentlichen des Hungers als Mordwaffe. Allein die von den USA geplante und drei Jahre lang über alles deutsche Land verhängte Hungersnot forderte 5,7 Millionen zivile Opfer, die den 6 Millionen Vertreibungsoptionen und den 1,5 Millionen Gefangenen, die man absichtlich verhungern ließ, hinzuzuzählen sind.

Eines dieser Kinder in dem Zug, der damals über die spanische Grenze fuhr, war ich, und die erste Banane meines Lebens reichte mir eine spanische Klosterschwester durch das Zugfenster. Ein Jahr lang wurde ich von einer Familie aufgenommen, mit der mich bis heute, also seit 56 Jahren, eine herzliche Freundschaft verbindet. Meine Spanisch-Kenntnisse stammen aus jener Zeit. So ist es nachvollziehbar, wenn einer in dem Lande Schutz sucht, wo ihm schon einmal Schutz gewährt worden ist.

Ich habe mit rechten und mit linken Spaniern gute Erfahrungen gemacht. Spanische Gerichte haben meinen Asylantrag offenbar aus politischer Rücksichtnahme auf Österreich abgewiesen, jedoch meinen Aufenthalt legalisiert. Meine Auslieferung an Österreich wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Dabei wurde festgestellt, daß mein Buch "Freispruch für Hitler?", dessentwegen ich in Österreich verfolgt werde, in Spanien gegen kein Gesetz verstößt. Weder ist es antisemitischen Inhaltes, noch stachelt es zum Haß auf.

*WPMP3: Wie betrachtest Du nachträglich Deine Flucht? Du bist ja von Deiner Heimat weit entfernt und wirst auch auf absehbare Zeit nicht zurückkehren können. Inzwischen hättest Du Deine Haftstrafe abgesessen und könntest wie viele andere ein „normales“ Leben führen. Hast Du Heimweh und/ oder bereust Du manchmal Deine Flucht ins Exil?*

G.H.: Heimweh verfolgt jeden, der sein Land zurücklassen muß. Rückkehr ist für mich beschlossene Sache. Sie wird zum gegebenen Zeitpunkt erfolgen.

Allerdings geht es nicht nur um die 18 Monate des Urteils aus 1992, sondern um folgende Verfahren und folgende Strafandrohungen. Jeweils ein Verfahren nach dem NSDAP-Verbotsgesetz (Strafrahmen im Falle von Vorstrafen: 10–20 Jahre) erwartet mich in Österreich:

- a) wegen der Ballade "Der Blumenkrieg" (Voruntersuchung seit 20 Jahren);
- b) Voruntersuchung wegen des Zweifels an Judenvergasungen in Mauthausen. Untersuchung läuft seit 18 Jahren. Verfahren noch nicht eingestellt.
- c) Die Anklageschrift wegen des Buches "Schelm und Scheusal. Meineid, Macht und Mord auf Wizenhals Wegen" liegt mir seit 11 Jahren vor.

Bei Anwendung des "außerordentlichen Milderungsrechtes" könnte ich alleine für diese drei Fälle zu jeweils zehn Jahren Kerker verurteilt werden.

*WPMP3: Gerd, bekannt bist Du ja auch durch Deine propagandistische Arbeit im Bereich des Geschichtsrevisionismus. Wie beurteilst Du den Stellenwert, den der Revisionismus für das Überleben unseres Volkes hat?*

G.H.: Der Geschichtsrevisionismus hat einen hohen Stellenwert. Ich rate jedoch von allen Formen des "Holocaust-Revisionismus" ab. Dies aus zwei Gründen: Erstens sitzen schon genug tapfere Deutsche in den Gefängnissen ein. Zweitens aber gibt es Anzeichen einer Wende. So sagte der österreichische Bundespräsident kürzlich (im Zusammenhang mit dem Fall Oberst Graf Gudenus), daß "Zweifel" erlaubt seien. Damit ist die Zielrichtung aufgezeigt: Statt des fundamentalen Bestreitens muß nun an der Beseitigung jener Flut von Widersprüchen gearbeitet werden, die auch Spiegel-Redakteur Fritjof Meyer und Jean-Claude Pressac nun entfesselt haben.

Wenn der Weg erlaubt, das Ziel aber verboten ist, dann ist der Weg das Ziel.

Revidiert aber muß unverzüglich und ohne Rücksichtnahme die Befreiungslüge werden. Deutschland und die Welt müssen erfahren:

daß es das Kriegsziel der USA von Anbeginn war, das Deutsche Volk durch Hunger, den zu schaffen Landraub und Vertreibung zum Ziele hatten, um zwanzig Millionen Menschen zu dezimieren.

Weiters müssen das Deutsche Volk und die Welt erfahren, daß von der US-geführten Allianz nach dem Zweiten Weltkrieg tatsächlich insgesamt 13,2 Millionen Deutsche zu Tode gebracht worden sind. (Siehe Internetsuchmaschine Google: "Das Geheimnis des Westens Gerd Honsik".)

Und es müssen das Deutsche Volk und die Welt erfahren, daß dieser Völkermord von 1945–1948 der größte und bestdokumentierte Völkermord der Weltgeschichte ist und die Deutschen dabei die Opferrolle gespielt haben. Nur dann werden sie die ganze Verkommenheit unserer "Institute für Zeitgeschichte" begreifen, die dieses furchtbarste Menschheitsverbrechen totgeschwiegen hat.

*WPMP3: Gibt es die Möglichkeit, Deine Veröffentlichungen noch zu erwerben? Kann man sie evtl. direkt bei Dir bestellen?*

G.H.: Das geschichtsrevisionistische Buch "Freispruch für Hitler?" vertreibe ich aus Rücksicht auf meine Leserschaft weder in Österreich noch in Deutschland. Erst an dem Tag, an dem durch eine erfolgreiche Revision meines Verfahrens dieses maßvolle Buch, das gegen kein irdisches und kein moralisches Gesetz verstößt, frei von Verfolgung sein wird, werde ich den Vertrieb fortsetzen. Mit 37.000, trotz Verbot, von mir vertriebenen Exemplaren gilt es als das meistverkaufte revisionistische Werk. Antiquarisch wurden angeblich schon Preise bis zu 100 Euro erzielt, Raubdrucke in spanischer Sprache in Lateinamerika werden im Buchhandel um 50 Dollar angeboten.

Hier eine Liste meiner verfügbaren Bücher, die beim Verlag "Bright-Rainbow" bezogen werden können:

1. "Rassismus legal? Der Plan Kalergi. Vom Geheimnis des 20. Jahrhunderts", 2. Auflage.
2. "Von Deutschlands Kampf und Fall", Balladen.
3. "Im Alcazar nichts Neues! Das einzige Epos des Zwanzigsten Jahrhunderts" (250 Verse).
4. "Ein Prophet entkam" (die wichtigsten Aufsätze aus der Kampfschrift "Halt").
5. "Sein letzter Fall. RA Dr. Schaller für Honsik, gegen Wiesenthal".

Insgesamt wurden bisher 87.000 meiner Bücher (die meisten irgendwo, wenn nicht verboten, so doch als "jugendgefährdend" verleumdet und verpönt) ohne Hilfe des offiziellen Buchhandels vertrieben.

*WPMP3: Gegner des Revisionismus stellen immer wieder die Behauptung auf, daß Revisionisten dort, wo sie können, wie z.B. in den USA, wo sie die „freie Rede“ genießen, sich der Diskussion entziehen oder aber kläglich versagen. Was entgegnest Du diesen Behauptungen?*

G.H.: Die Angst vor Ernst Zündel, seine jahrelang zelebrierte Abschiebehaft aus Nordamerika, scheint mir das Gegenteil zu beweisen. Die USA und Kanada fürchteten Ernst Zündel und sie mußten ihre wichtigsten Prinzipien brechen, um den mit einer Amerikanerin verheirateten Pazifisten und Philanthropen an seine Verfolger auszuliefern.

Ich würde eine solche Diskussion heute mit gesetzeskonformen Mitteln bestreiten: also auf "Leugnen" verzichten und auf die bestehenden Widersprüche zwischen anerkannten Persönlichkeiten der Nachkriegsordnung wie Fritjof Meyer, Jean-Claude Pressac, Prof. Jagschitz und Prof. Yehuda Bauer auf der einen Seite und Jean-Claude Pressac und Yehuda Bauer (manche stehen auf beiden Seiten) sowie Simon Wiesenthal auf der anderen Seite verweisen und um die Beseitigung dieser unerträglichen Zweifel bitten. Wer wollte eine solche Bitte abschlagen? Denn wir Zweifler und – uns gegenüber – die Verteidiger der gesicherten historischen Wahrheit verfolgen zwei verschiedene Ziele, zu denen jedoch verblüffender Weise derselbe Weg führt: die sachliche Forschung.

*WPMP3: Wir schreiben das Jahr 2005 und wurden, ob wir wollen oder nicht wollen, von*

„Nachkriegsunkultur“ und Umerziehungsmaßnahmen geprägt. Wie beurteilst Du neu entstandene nationale politische Strömungen, den Zustand des nationalen Spektrums im allgemeinen und wie die Überlebenschancen des Deutschen Volkes? G.H.: Wenn ich im Fernsehen die Bilder der jungen Deutschen "Rechten" sehe, wie sie diszipliniert den gewaltbereiten, CIA-gesteuerten Anarchos entgegentreten, um uns die deutschen Straßen frei zu machen, dann bin ich zutiefst ergriffen. Dann erinnere ich mich an zahlreiche Handgemenge und Saalschlachten, deren Zeuge ich geworden bin, und an die ersten "Skins", die 1980 schon halfen, in Sälen und auf Straßen der Freiheit eine Gasse zu bahnen. Und ich bin stolz, daß wir nie die Angreifer waren und nie zum Haß gegen unsere Gegner aufgerufen haben.

Aber es sind auch alle anderen anzuerkennen: Die jahrzehntelange Arbeit aller in NPD und DVU, aber auch alle kulturellen und publizistischen Anstrengungen sind ein Teil unseres langen Marsches. Es kann aber die Rettung schließlich auch unerwartet aus ganz anderer Richtung, etwa durch einen Politiker einer etablierten Partei kommen, dafür kennt die Geschichte viele Beispiele. Unser aller Tun aber wird einmal als sinnvoll bewertet werden, weil es heute den Boden bereiten hilft. Siebzig Prozent der Deutschen etwa sind noch Volksdeutsche, eine Zahl, die, wenn Deutschland erwachte, genügt, um der Bitte um Einstellung der ausländischen Siedlungspolitik und Repatriierung der ausländischen Siedler Gehör und Gewicht zu verschaffen. Aber der Feind muß wissen: Selbst wenn es gelänge, durch ein jahrzehntelanges Fortsetzen des Kalergi-Planes – dessen Zeugen wir heute sind – das Deutsche Volk zu einer Minderheit in seinem eigenen Lande zu machen, dann werden wir den Kampf um den Deutschenstaat nicht aufgeben. Mit den übrigen europäischen Völkern, die von der gleichen Gefahr –wenn auch nur zeitverzögert – bedroht sind, ist ein "indogermanisches Bündnis" zu schmieden.

Der Umstand, daß zur Zeit Millionen Sozialmigranten in unsere Sozialsysteme strömen, deren Heimkehr wir fördern wollen, darf uns nicht zu Feinden des Islams oder gar der Semiten im allgemeinen und der Araber im besonderen werden lassen. Zum Teufel mit Mr. Huntingtons Völkerhaß schürender Einladung zum "Kampf der Kulturen"! Der Feind muß wissen: Um das Deutsche Volk zu bewahren, sind wir bereit, uns mit allen Völkern und Rassen, mit dem Schwarzen Mann, mit dem Gelben Mann und mit dem Roten Mann zu verbünden. Gleichsam an einer Nationalen Internationale müssen wir schmieden: gegen die Geldherrschaft, die Plutokratie, der die amerikanische Demokratie beim Weihnachtsputsch der Federal-Reserve-Bank im Jahre 1913 erlegen ist.

Seither geht alle Knechtschaft gegen die Menschheit, gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, gegen das Prinzip der Demokratie von den USA, also den Vereinigten Staaten von Nordamerika aus.

*WPMP3: Wie beurteilst du nach der Offenbarung Jörg Haiders die Möglichkeiten nationaler Politik in Österreich?*

G.H.: Das undemokratische NS-Verbotsgesetz, das seit Jahrzehnten nicht nur auf jene Hitler-Sympathisanten, die sich außerhalb der ÖVP (400.000) und der SPÖ (750.000) bewegen, angewandt wird, sondern gegen alle unliebsamen Geschichtsrevisionisten, erschwert die Gründung einer Partei.

Nach der Entlarvung des Volksverrätters, des Wählerverrätters, des Wehrmachtverrätters und Demokratieverrätters Jörg Haider beobachte ich die gesäuberte FPÖ mit Sympathie und Hoffnung: Große Taten, wie den notwendigen Austritt aus der EU – im Verein mit Deutschland, den Beneluxstaaten und Frankreich – und die Rückkehr zum Normalstaat (= Nationalstaat), die Abkehr von der betrügerischen Leitwährung des Dollars, das Schmieden an der künftigen Achse Madrid–Paris–Berlin–Moskau–Teheran–Peking–Kabul–Kalkutta–Tokio und Brasilia wird man gerechter Weise von ihr nicht erwarten können. Aber es wird eine Partei sein, die sich zum Deutschen Volke bekennt und die gegen die Siedlungspolitik des Imperiums in Österreich auftritt. Den Verantwortlichen wird das Schicksal Haiders und Heides warnend vor Augen stehen.

Wir werden wachsam sein. Die Hüter des Deutschtums in Österreich haben, wo immer sie sind, Bereitschaft: Sowohl diejenigen von uns, die drinnen sind in der FPÖ, wie die, die draußen stehen.

*WPMP3: Lieber Kamerad Gerd, ich danke Dir für das Interview und wünsche Dir auch im Namen der Kameraden alles Gute. Zuletzt möchte ich Dir noch die Möglichkeit geben, Freunden und Feinden auf diesem Weg etwas ins Stammbuch zu schreiben.*

G.H.: An die Minderheit der Entschlossenen:

Es gilt, die Gesetze, die wir verachten und bekämpfen, am Tag, da wir die Mehrheit gewinnen, abzuschaffen, wenn möglich, ohne sie vorher gebrochen zu haben!

Seid "schlau, wie die Schlangen", denn Dummheit vor dem Feind ist keine Tugend.

Es gilt, den Mehrheitswillen des Volkes zu achten, auch wenn es heute falschen Götzen traut.

Vergessen wir nicht: Noch nie hat die Mehrheit eines Volkes geirrt, das sein Wissen aus unvergifteten Quellen schöpfte.

Es gilt, auch nach einem sechzig Jahre langen Marsch durch die Wüste unseren Glauben zu bewahren: Die Rückeroberung Spaniens dauerte seinerzeit mehr als ein halbes Jahrtausend.

Es gilt, um die Mehrheit im Deutschen Volke zu werben und zu kämpfen, denn ohne das Volk sind wir nichts.

Es gilt, niemals einen Kampfauftrag anzunehmen, dem nicht die Mehrheit zuvor Vollmacht verliehen hat, außer dem Kampfauftrag um die deutschen Herzen.

Der Lohn, der uns nach der Erweckung Deutschlands und nach der Heilung seiner Wunden winkt, ist eine von dem Pestgeschwür der Parteien befreite Demokratie, wie die der Altgriechen, der somalischen Hirten, wie die der afghanischen Loya Jirga und der des germanischen Things!

Die Spaltung des Volkes in "Rechte" und "Linke", in Alte und Junge, in Männer und Frauen, in Inländer und Ausländer, die der Feind in arger List für seine Weltherrschaft erdacht hat, wird dann besiegt sein. Unser Lohn wird weiters sein, ein Geld, eine Wirtschaft und eine Medienlandschaft, die dem Feind entrissen und dem rechtmäßigen Eigner, also dem Staat zurückgegeben sind. Dies wird bedeuten: Die Mehrheit den Guten für immer! In einem freien Vaterland!

Ich glaube, daß das Deutsche Volk als das Opfervolk des größten, bestdokumentierten Völkermordes der Weltgeschichte von der Vorsehung bestimmt ist, sich an die Spitze aller Völker zu stellen, um den gewaltfreien Aufstand der Welt gegen das Reich der Pharisäer, also das Nordamerikanische Imperium, gegen dessen notorischen Völkermord, dessen notorischen Feindeshaß, dessen notorisches Lügen und das Sklavenjoch seines betrügerischen Dollars anzuführen.

Geführt wurde das Gespräch im Oktober 2005

<http://www.bright-rainbow-verlag.info/sonstiges/wpmp3.html>

<http://www.honsik.com> WWW.HONSIK.COM auch in AAARGH Reprints.

NEUES VON GANZ RECHTS

### Schaller in Wiener Zeitung

Der bekannte Wiener Neonazi-Verteidiger Herbert Schaller bekam am 18. Jänner Gelegenheit, seine einschlägige Sicht auf das Verbotsgesetz-Verfahren gegen den britischen Holocaustleugner David Irving in der regierungsamtlichen *Wiener Zeitung* darzulegen. In seinem "Gaskommentar" verharmlost er einmal mehr die Leugnung des Holocaust als zuzulassende "Meinung". Dem SPÖ-Sprecher Hannes Jarolim, der die frühzeitige Haftentlassung Irvings kritisiert hatte, unterstellt Schaller, er sehne "sich offenbar nach einem totalitären Staat". Nur "faschistoide Machtmenschen" würden auf einer entschiedenen Strafverfolgung von Neonazis beharren.

Schaller verteidigte in der Vergangenheit nicht nur die Elite des Neonazismus, sondern referierte seine Sicht auf den Holocaust und das Verbotsgesetz auch bei rechtsextremen und neonazistischen Gruppen im In- und Ausland. Zuletzt nahm er auf Vorschlag seines Mandanten und engen Weggefährten, dem vor Strafverfolgung nach Spanien geflohenen Neonazi Gerd Honsik, im Dezember 2006 an der internationalen Holocaustleugner-Konferenz in Teheran teil. Sein jahrzehntelanger Kampf "wider die Gaskammer" (HALT 57/1991) brachte ihm mehrere Disziplinarverfahren ein, einem Verfahren nach dem Verbotsgesetz entging er jedoch stets aufgrund juristischer Immunität.

Dass jemandem wie Schaller im offiziellen Organ der Republik Österreich Platz für eine Apologie der Holocaustleugnung eingeräumt wird, stellt einen Skandal dar. In Schreiben an Chefredakteur Andreas Unterberger und den Herausgebervertreter machten Dr. Brigitte Bailer (für das DÖW) und Dr. Wolfgang Neugebauer (für die *Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich*) dies deutlich.

Jänner 2007

[http://www.doew.at/frames.php?projekte/rechts/chronik/2007\\_01/schaller.html](http://www.doew.at/frames.php?projekte/rechts/chronik/2007_01/schaller.html)

MEZZOGIORNO

## Holocaustleugner als Gastdozent

### Studienziel Tabubruch

Von **Wolfgang Schieder**

31. August 2007

Die Abruzzenstadt Teramo liegt weit hinter den Bergen, fern aller touristischen Zentren Italiens. Man muss mit dem Auto durch einen langen Tunnel unter dem Massiv des Gran Sasso hindurchfahren, um dort anzulangen. Obwohl gar nicht einmal so weit südlich gelegen, ist es eine Stadt des Mezzogiorno. Doch gibt es hier eine staatliche Universität. Ein einst mächtiger Regionalboss der untergegangenen Democrazia Cristiana hat sie hierhergeholt.



Robert Faurisson in Tehran

Unter den vielen Neugründungen in der Peripherie hat sich die Universität im Laufe der Jahre durchaus einen guten Namen gemacht. Hier lehrte vor allem der allzu früh verstorbene Filippo Mazzonis, einer der führenden Sozialhistoriker Italiens. Die Studenten kommen so gut wie ausnahmslos aus der Region, die Professoren wohnen fast alle in Rom, aber das ist auch bei vielen anderen italienischen Universitäten so. Alles ging seinen gemächlichen akademischen Gang, bis die Universität in diesem Frühjahr plötzlich ins Gerede kam. Seitdem findet vor allem im Internet ein erbitterter politischer Glaubenskrieg über einen Gegenstand statt, den es eigentlich gar nicht gibt.

### Festlegung auf arabische Positionen

Anlass war die Einladung an den französischen Literaturwissenschaftler und notorischen Holocaustleugner **Robert Faurisson**, an der Universität einen Vortrag über seine sattsam bekannten Thesen zu halten. Eingeladen hatte ihn **Claudio Moffa**, Inhaber eines Lehrstuhles für Politik und Geschichte Afrikas. Mit Zustimmung der Universität hatte dieser im vergangenen Jahr einen Masterstudiengang für den Nahen Osten eingerichtet, den er nach dem charismatischen Manager Enrico Mattei benannte, der nach dem Zweiten Weltkrieg Italien mit libyschem Öl von den angloamerikanischen Ölkonzernen hatte unabhängig machen wollen. Eigentlich hätte das der Universität schon zu denken geben müssen, da die Namenswahl eine Festlegung auf arabische Positionen im Nahen Osten anzeigte.

Das Studienprogramm hatte denn auch einseitig arabische Themen vom Sprachenerwerb bis zur politischen Landeskunde zum Inhalt. Das sollte den Studierenden einen „Nahen Osten ohne Tabu“ vermitteln. Hier einen der führenden ‚negazionisti‘, wie diese zweifelhaften Figuren in Italien genannt werden, einzuladen passte gut ins Programm. Für Faurisson und seinesgleichen ist der millionenfache Mord an den Juden Europas eine bloße Erfindung, die lediglich zur politischen Disziplinierung der Deutschen, aber vor allem auch zur Unterdrückung der Palästinenser dienen sollte. Faurisson gehört

ebenso zur **bornierten Internationale der Holocaustleugner** wie der in Mannheim jüngst verurteilte Deutschkanadier **Zündel**. In Italien erregte 1985 schon einmal ein gewisser **Carlo Mattogno** mit einem Buch über den „Mythos der Judenvernichtung“ Aufsehen, das blieb jedoch alles auf ein sektenhaftes, antiintellektuelles Milieu beschränkt. Den Holocaustleugnern erstmals eine Chance zu geben, aus diesem herauszukommen, blieb Professor Moffa vorbehalten.

### Von links nach rechts

Seiner politischen Herkunft nach ist Moffa keineswegs ein Rechtsradikaler, im Gegenteil, er kommt aus der linksradikalen Bewegung „Lotta Continua“. Was ihn politisch von links nach rechts führte, ohne dass hier am Ende noch irgendwelche Unterschiede zu erkennen sind, ist ein banaler „Antizionismus“, der die Existenz Israels radikal in Frage stellt. So schreibt er über „Zionismus: gegen das ‚Einheitsdenken‘ der Linken“ oder mit ironischer Anspielung auf ein italienisches Bonmot über „Juden, gute Leute“ (*ebrei brava gente*).

Die auch im Internet verbreitete Einladung Faurissons an die Politische Fakultät der Universität Teramo führte in Italien nun aber zu einem Sturm der Entrüstung. Wortführer des Protestes war der auch in Deutschland bekannte Turiner Zeithistoriker **Brunello Mantelli**, der in kürzester Zeit mehr als achthundert Unterschriften für eine Protestresolution sammelte, die sich gegen die Einladung Faurissons richtete. Die fast durchweg von Universitätsangehörigen aus ganz Italien unterschriebene Resolution richtete sich scharf dagegen, den Holocaustleugnern in Teramo erstmals eine akademische Plattform zu geben. Die Unterzeichner bezichtigten den einladenden Moffa der „Ignoranz und der Unredlichkeit“ und fordern die Universität Teramo auf, den wissenschaftlichen Standard des Studiengangs „Enrico Mattei“ zu überprüfen. Mit dem französischen Altertumswissenschaftler **Pierre Vidal-Naquet** bezeichneten sie die Holocaustleugner als „Mörder an der Erinnerung“. [nicht Altertum, aber antike Griechenland.]

### „Wahrer Faschismus unserer Zeit“

Der Initiator des ganzen Spektakels ließ sich dadurch jedoch keineswegs beirren. Er beharrte auf der Einladung **Faurissons**, berief sich auf die in der Verfassung garantierte Wissenschaftsfreiheit und sammelte seinerseits Unterschriften. Es bedurfte des Eingreifens des Universitätsrektors, der schließlich einen Auftritt des Franzosen in der Universität verbot. Moffa wich daraufhin mit seinem Gast in ein Hotel aus. Hier kam es bei einer Pressekonferenz zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit einer Gruppe von Demonstranten [**Juden aus Rom**], der Vortrag konnte nicht stattfinden. Moffa stilisierte sich daraufhin zum politischen Märtyrer. Er sprach von einem „schweren Angriff auf die Meinungsfreiheit von Seiten der jüdischen Gemeinschaft“ in Italien und behauptete am Ende, dass diese und ihre „unkritischen Unterstützer“ der „wahre Faschismus unserer Zeit“ seien.

Mit diesem nicht mehr kaschierten antisemitischen Ausfall fand er im Internet den größten Beifall. Hunderte von Zuschriften meist kaum noch zu unterscheidender linker und rechter Claqueure polemisierten gegen „zionistische Gangs“ und angebliche jüdische Aggressoren, welche die freie Meinungsäußerung systematisch behinderten. Ein ganzer antisemitischer Chatroom ist hier entstanden, in dem auch nach Monaten immer noch hasserfüllt diskutiert wird.

Es ist dies der pseudointellektuelle Untergrund, der den Antizionismus heute in Italien mehr und mehr veralltäglicht und die Grenzen zum genuine Antisemitismus verschwimmen lässt. Das findet nicht nur auf der politischen Rechten Anklang, auch linke Zeitungen wie „Il Manifesto“ und „Liberazione“ verweigerten Brunello Mantelli bezeichnenderweise ihre Unterstützung, als dieser sie für seine Kampagne gegen die Einladung Faurissons an die Universität Teramo zu gewinnen suchte.

## DAS BEWUSSTSEIN DER VERPFLICHTUNG

**Versiegelte Geschichte Erinnerungsgesetze helfen nicht**Von **Reinhard Kaiser**

Während der deutschen Ratspräsidentschaft war **Brigitte Zypries die Vorkämpferin einer schärferen Gesetzgebung gegen die Leugnung** oder Verharmlosung von Völkermorden. Es bleibt die Frage nach dem Nutzen des Leugnungsverbots.

Gesetze, die den Umgang mit strittiger Geschichte regulieren sollen, haben in Europa Konjunktur. Ihre Zahl nimmt zu. Ihr Geltungsbereich wird ausgeweitet. Die bei Verstößen vorgesehenen Strafen werden verschärft. Eine europaweite Vereinheitlichung der ihnen zugrundeliegenden Rechtsnormen hat die Konferenz der EU-Justizminister in Luxemburg kürzlich beschlossen. In Frankreich sind in den letzten Jahren eine Reihe von "Erinnerungsgesetzen" erlassen worden. Das erste erkennt den Genozid an den Armeniern von 1915 öffentlich an. Das zweite ächtet den Sklavenhandel als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das dritte, das die positive Dimension der "französischen Präsenz in Übersee" während der Kolonialzeit hervorhob, wurde von Staatspräsident Chirac kassiert. Als Modell dieser Art von Gesetzgebung kann man wohl die gesetzlichen Bestimmungen gegen das Leugnen des Holocaust ansehen, die in einer Reihe von Ländern seit einiger Zeit in Kraft sind. Gemessen an unserem gewohnten Umgang mit historischen Tatsachen, sind solche Regelungen ungewöhnlich. Inzwischen sieht es so aus, als entwickle das, was ursprünglich eine Ausnahme in unserem Rechtssystem war, ein Eigenleben und steuere auf eine Verallgemeinerung zu.

Die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries hat ihre Ankündigung wahr gemacht und die Monate der deutschen EU-Ratspräsidentschaft dazu genutzt, die Gesetzgebung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in 27 Mitgliedsstaaten zu vereinheitlichen. Die erzielte Einigung stellt allerdings nur einen Minimalkonsens her. Die Spielräume für die Ausgestaltung dieser Gesetze sind in den verschiedenen Länder erheblich größer geblieben, als Zypries sich dies vorgestellt hatte. Für ihr eigenes Land hat sie allerdings schon angekündigt, wie dieser Spielraum ihrer Meinung nach genutzt werden soll.

In Zukunft sollen das Billigen, Leugnen und Verharmlosen von Völkermord, von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und von Kriegsverbrechen - soweit sie durch anerkannte internationale Gerichte als solche beurteilt worden sind - generell unter Strafe gestellt werden. Als Beispiel wird das Leugnen des Völkermords im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda genannt. Das französische Parlament berät zurzeit über eine Initiative, das bestehende Gesetz über die öffentliche Anerkennung des Genozids an den Armeniern in ein strafbewehrtes Verbot seiner Leugnung umzuwandeln (F.A.Z. vom 12. Januar). Neue Probleme ergeben sich aus der in den östlichen EU-Staaten geführten Debatte darüber, wie Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die unter dem Stalinismus verübt wurden, in diesem Zusammenhang zu bewerten seien.

Das Bewußtsein der Verpflichtung gegenüber den Opfern von Willkürherrschaft und Gewalt, das Bestreben, ihre Würde und ihr Andenken zu schützen, sind ehrenwerte Beweggründe für politische und publizistische Interventionen, für gesellschaftliche Initiativen und Projekte, die die historische Erinnerung lebendig erhalten und den historischen Irrlehren entgegenarbeiten wollen. Doch gegen das Vorhaben, historische Tatsachen mit Gesetzen abzusichern und sie gegen Leugner und Zweifler mit Strafandrohungen zu verteidigen, lassen sich Einwände erheben.

Das Verbot, den Holocaust zu leugnen, hat jene, die dies aus ideologischer Verböhrtheit, aus Böswilligkeit und wider besseres Wissen taten, hier und da zum Schweigen oder zum Leisersprechen gebracht - allerdings um den nicht geringen Preis, ihren Thesen, einer Deckideologie des Antisemitismus, einen Weg aus der Obskurität ins hellere Licht der Öffentlichkeit zu bahnen und ihnen ein Maß an Aufmerksamkeit zu verschaffen, das sie nicht verdient haben und anders vielleicht nicht erlangt hätten.

Das Holocaustleugnungsverbot hat auch zur Förderung der historischen Einsicht in der deutschen Gesellschaft als Ganzer nichts beigetragen. Es konnte sich auf die Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Schuld, die nach 1945 nur langsam in Gang kam, schon deshalb nicht auswirken, weil es selbst ein Resultat dieses Prozesses war. Es wurde erst formuliert, als das Wissen um die Vorgänge oder wenigstens eine Ahnung von ihrer Ungeheuerlichkeit in weiten Teilen der Bevölkerung angekommen war.

Man kann nur darüber spekulieren, wie dieser Lernprozeß verlaufen wäre, wenn es das Leugnungsverbot schon zu einer Zeit gegeben hätte, als der größte Teil der Deutschen den

systematischen Massenmord an den Juden noch gleichsam kollektiv leugnete. Gut möglich, daß die ohnehin schwierige, schleppende Annäherung an das Unglaubliche, die vom anfänglichen Nicht-gewußt-haben-Wollen über das Verharmlosen schließlich zu einem angemesseneren Umgang mit dem Geschehenen führte, nur weiter verlangsamt worden wäre, daß der gesamte Prozeß äußerlicher geblieben, weniger intensiv, weniger "lehrreich" verlaufen, in Verkrampfung und Trotz steckengeblieben wäre, wenn frühzeitig durch gesetzliche Verordnung eine Zielmarke errichtet worden wäre, auf die er hätte zulaufen sollen. Mit Verboten und Strafandrohungen behaftete Stoffe lernen sich nicht gut, wenn überhaupt.

Westliche Gesellschaften betrachten es als ein wesentliches Element ihrer Freiheit, die Wahrheit für sich selbst sorgen zu lassen, statt sie mit Gesetzen und Strafandrohungen zu regulieren. Wahrheiten anzunehmen, ohne sie dem methodischen Zweifel auszusetzen, gilt seit der Aufklärung selbst dann als bedenklich, wenn diese Wahrheiten allgemein für evident und unzweifelhaft gehalten werden. Auch setzen sich Wahrheiten, für die gesetzlicher Schutz in Anspruch genommen oder gewährt wird, seither dem Verdacht aus, sie ständen auf schwachen Füßen, es fehle ihnen an dem, womit sich Wahrheiten am besten behaupten - an Überzeugungskraft. Es ist dieser gesetzliche Schutz, den Raul Hilberg, der große Erforscher der Dimensionen und Abgründe des Holocaust, gleichsam dankend ablehnt, wenn er über die Leugner des Holocaust sagt: "Wenn diese Leute reden wollen, soll man sie lassen. Das bringt jene von uns, die Forschung treiben, dazu, Dinge, die wir vielleicht als offensichtlich erachtet haben, erneut zu überprüfen. Und das ist nützlich für uns."

Die industriell organisierte Ermordung von Millionen europäischer Juden durch Deutsche ist ein historisches Faktum von solcher Ungeheuerlichkeit, **daß ungläubiger Zweifel als eine spontan zunächst verständliche Reaktion erscheint**. Wahrscheinlich ist es jedem, der sich in das Geschehene hineinzuarbeiten versucht hat, schon widerfahren, daß er dabei an **die Grenzen der eigenen Glaubensbereitschaft** geraten ist und sich bei einem erschrockenen, ungläubigen Staunen ertappt hat: "Das kann doch nicht wahr sein!" Dieses Nicht-glauben-Wollen, ein anderes als das der unbelehrbaren Leugner, entspringt nicht der Ignoranz, nicht der Bösartigkeit, sondern einem Mangel an Vorstellungskraft. Die Schwierigkeit, das Unvermögen, die Vorgänge in ihren Ausmaßen und ihren Ursachen wirklich zu begreifen, läßt eine Lücke in unserem Bewußtsein, die sich nicht schließt und nicht aufhellt.

Kann es sein, daß wir diese Lücke in Ermangelung eines besseren Füllstoffs mit dem Leugnungsverbot zu schließen versuchen? Dabei ahnen wir, daß wir es uns mit einem solchen Verbot in gewisser Weise einfach machen - zu einfach: Wir versiegeln das, was uns an dem Geschehenen unbegreiflich bleibt, mit dem Verbot, es zu leugnen, und rauben damit dem Impuls, mehr begreifen zu wollen, einen Teil seiner Kraft.

**Die Glaubhaftigkeit des Holocaust nimmt Schaden, wenn man seine Unglaublichkeit tabuisiert.** Diese Glaubhaftigkeit und damit zugleich auch die Unglaublichkeit haben ihre eigene Entwicklungsgeschichte. Beginnen könnte sie in den dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts, zu einer Zeit, als niemand in Deutschland, wahrscheinlich selbst die aggressivsten Nationalsozialisten nicht, den systematischen Massenmord an den Juden so, wie er wenige Jahre später ins Werk gesetzt wurde, auch nur für möglich gehalten hätte. Diese Geschichte würde die Zeugnisse derjenigen umfassen, die schon schlimmste Verfolgungen und Demütigungen erlebt hatten und, während sie in den Deportationszügen unterwegs waren, auch mit weiterer Entwürdigung und Entrechtung rechneten, jedoch an die Möglichkeit der Vernichtung nicht glauben mochten.

Sie würde jenes Nicht-gewußt-haben-Wollen und das Nicht-wahrhaben-Wollen im westlichen Nachkriegsdeutschland und die Wahrnehmungsverzerrungen umfassen, die sich aus dem verordneten Antifaschismus im östlichen Teil Deutschlands ergaben. Sie würde schließlich zeigen, daß die Glaublichkeit des Unglaublichen nie höher war als zu jener Zeit, in der das Zweifeln am Holocaust und seine Leugnung gesetzlich verboten wurden.

Es könnte sein, daß die Glaublichkeit des Holocaust in nicht allzu ferner Zukunft wieder abnimmt - mit zunehmendem zeitlichem Abstand, mit dem Aussterben der Überlebenden, die noch lebendiges Zeugnis ablegen können, mit dem Verblässen der Erinnerungen, die von einer Generation an die nächste weitergegeben werden, mit der Integration einer wachsenden Zahl von Menschen aus anderen Ländern mit anderem kulturellen und historischen Hintergrund. Lebendige Aufklärung wird dann noch dringender und noch schwieriger zu bewerkstelligen sein als heute. Aber auch in dieser Zukunft wird gelten: Stoffe, die mit Gesetzen und Strafen befestigt sind, lernen sich nicht gut.

Vielleicht täten wir gut daran, uns die Freiheit zuzumuten, die Bestimmungen über das Leugnen und Verharmlosen des Holocaust nach dem Vorbild Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, wo es solche Maßregeln nie gegeben hat, fallenzulassen, statt sie in Form eines europäischen Rahmenabkommens über den strafrechtlichen Umgang mit strittiger Historie zu verallgemeinern. Wir würden damit nicht den leichteren, sondern den schwereren Weg wählen. Zumindest aber sollten wir

jene Bestimmungen nicht noch im europäischen Maßstab verallgemeinern, sondern sie bleiben lassen, was sie waren, eine Ausnahme.

Der Verfasser lebt als Schriftsteller und Übersetzer in Frankfurt am Main. Er hat sich in mehreren Büchern - "Königskinder. Eine wahre Liebe", "Unerhörte Rettung. Die Suche nach Edwin Geist" und "Dies Kind soll leben. Die Aufzeichnungen der Helene Holzman 1941-1944" (zusammen mit Margarete Holzman) - mit der Geschichte der Verfolgung und Ermordung der Juden im Nationalsozialismus auseinandergesetzt. Im Jahr 2000 erhielt er den Geschwister-Scholl-Preis.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.08.2007

[http://fazarchiv.faz.net/webcgi?START=A20&DOKM=1252198\\_FAZ\\_0&WID=99433-7170567-52508\\_2](http://fazarchiv.faz.net/webcgi?START=A20&DOKM=1252198_FAZ_0&WID=99433-7170567-52508_2)

DREI MONATEN

### **Robert Faurisson auch in Berufung verurteilt; neues Ermittlungsverfahren gegen ihn eröffnet**

Das Berufungsgericht von Paris hat am Mittwoch das Urteil bestätigt, das den Leugner Robert Faurisson, 78 Jahre alt, zu 3 Monaten Haft auf Bewährung und 7.500 Euro Bußgeld verurteilte wegen seiner Äußerungen, die er im Februar 2005 auf einem iranischen Sender getätigt hatte, in denen er die Vernichtung der Juden durch die Nazis geleugnet hatte.

Außerdem, so hieß es aus Justizquellen am Mittwoch, hat die Pariser Strafkammer am 13. Juni ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt eröffnet wegen "Abstreitens von Verbrechen gegen die Menschlichkeit" und gegen Herrn Faurisson wegen "Beihilfe" zu dieser Straftat, nachdem der Historiker an der Holocaust-Konferenz in Teheran im vergangenen Dezember teilgenommen hatte.

Der Untersuchungsrichter Marc Sommerer ist mit dieser Aufgabe betreut worden, so wurde aus selber Quelle berichtet.

Am 15. Dezember vergangenen Jahres hatte Präsident Chirac den Justizminister Pascal Clément beauftragt, eine Voruntersuchung wegen der Äußerungen, die Herr Faurisson in Teheran "während einer Pressekonferenz getätigt hatte, die die Shoah in Zweifel zog", zu starten.

Bevor der Untersuchungsrichter eingeschaltet werden konnte mußte erst geprüft werden, ob die französische Justiz überhaupt zuständig sei. Dies ist dann der Fall, wenn u.a. eine Sendung oder eine Veröffentlichung in Frankreich oder über eine Internetseite aus Frankreich zugänglich ist. Es mußte auch geprüft werden, ob die Äußerungen unter das Gayssot-Gesetz fielen.

Die Verurteilung im Berufungsverfahren gegen Herrn Faurisson betrifft ein Interview, daß er per Telefon am 3. Februar 2005 dem iranischen Sender Sahar 1, das per Eutelsat in Frankreich empfangen werden kann, gegeben hatte. Er hatte u.a. erklärt, daß "es niemals die Absicht der Vernichtung der Juden durch die Nazis gegeben habe", geschweige denn "eine Politik der physischen Vernichtung der Juden."

Die Kammer, deren Urteil unmittelbar nicht verfügbar war, hat dagegen die Schadensersatzzahlungen geändert, die den drei klagenden Zivilparteien zugesprochen worden waren.

So wird Robert Faurisson nun nicht 1 Euro, sondern jeweils 1.000 Euro an jede der folgenden Vereinigungen zahlen müssen: die Liga der Menschenrechte (LDH), die Bewegung gegen den Rassismus und für die Freundschaft unter den Völkern (MRAP) und die Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus (LICRA).

AP-Meldung, 04.07.2007 | 17:53

[http://tempsreel.nouvelobs.com/depeches/societe/20070704.FAP3251/robert\\_faurisson\\_condamne\\_en\\_appel\\_et\\_ouverture\\_du\\_ne\\_no.html](http://tempsreel.nouvelobs.com/depeches/societe/20070704.FAP3251/robert_faurisson_condamne_en_appel_et_ouverture_du_ne_no.html)

BATAILLONE

## Wer Israel wirklich schadet

*Um das Buch "Die Israel-Lobby. Wie die amerikanische Außenpolitik beeinflusst wird" wurde viel Geheimniskrämerei und "Tabubruch" Gefuchtel betrieben. Jetzt ist es raus.*

**von Robert Misik**

Die Auslieferung des Buches ist generalstabsmäßig organisiert und von Geheimniskrämerei begleitet, wie das ansonsten nur bei "Harry Potter"-Romanen üblich ist. Es kommt in den USA und in Europa zeitgleich am heutigen Dienstag auf den Markt. Alles wurde getan, damit nur ja keine Halbsätze vorab durchdringen - als wäre es ein Thriller, auf dessen letzten Akt alle warteten. Die Bataillone sind aufgestellt. Und der Skandal programmiert. Nebenbei gibt es ein ziemliches "Tabubruch"-Gefuchtel.

Das Buch "Die Israel-Lobby. Wie die amerikanische Außenpolitik beeinflusst wird" der beiden US-Politologen John J. Mearsheimer und Stephen Walt ist so etwas wie die Langfassung ihres Essays, der vor knapp eineinhalb Jahren in den USA für helle Aufregung sorgte. Ihr seinerzeitiges "Working Paper" hatten die beiden Autoren eigentlich für das Magazin *The Atlantic* geschrieben, dessen Chefetage aber kalte Füße bekam. So musste es im *London Review of Books* erscheinen. "Seit Samuel Huntingtons 'The Clash of Civilisations' hat kein akademischer Essay mit solcher Wucht detoniert", schrieb später die *New York Review of Books*.

Das Buch ist nun eine faktenfette Studie geworden, sachlich im Ton, wie nicht anders zu erwarten, wenn ein Politikprofessor aus Chicago und einer von der Harvard-Universität über Mechanismen der Politiksteuerung schreiben - denn das ist es ja schließlich, was "Lobbys" tun. Die Autoren breiten eine Fülle von beeindruckendem Material aus und beweisen, was ohnehin jeder, der sich mit der Sache beschäftigt hat, heute weiß: Es gibt eine Vielzahl proisraelischer US-Organisationen, angeführt vom American Israel Public Action Committee (AIPAC), der Anti Defamation League (ADL) und anderen Gruppen, die ziemlich effektiv sind. "Beeinflusst die Israel-Lobby Amerikas Außenpolitik?", hatte der renommierte New Yorker Professor Tony Judt schon anlässlich von Mearsheimers und Walts Uressay gefragt und festgestellt: "Natürlich tut sie das, es ist eines ihrer Hauptziele, und sie ist darin ziemlich erfolgreich."

Es ist mit dem Begriff der Israellobby so eine Sache. Schon das Wort selbst hat, im Unterschied etwa zur "Rentnerlobby" oder "irischen Lobby" einen verschwörungstheoretischen Beiklang und spielt auf die Mutter aller Verschwörungstheorien an: auf die des kosmopolitischen Juden, der unpatriotisch ist und alles für seine Leute tut. Wer "Israellobby" sagt, muss sich fragen lassen, ob er Antisemit sei. Aber diese Frage ist, das ist eine der Kompliziertheiten dieses Themas, schon eine Mobbingstrategie: die proisraelischen Pressure-Groups stellen mit dem Antisemitismusvorwurf alle kritischen Positionen als illegitim dar.

Mearsheimer und Walt tun deshalb alles, um entsprechende Vorwürfe schon im Vorfeld zu entkräften. Die Israellobby bestünde bei weitem nicht nur aus Juden, stellen sie fest, und schon gar nicht vertrete sie die Ziele der amerikanischen Juden - denn während in der Lobby die Hardliner den Ton angeben, sind die US-Juden immer noch mehrheitlich auf der linksliberalen Seite. Die Loyalität amerikanischer Juden zu Israel ist nichts Schlechtes, ein "unvermeidliches Element jeder 'Schmelztiegel-gesellschaft'", beteuern sie, und auch nichts anderes als die Hilfsbereitschaft irischer oder italienischer Amerikaner gegenüber ihren ethnischen "Brüdern". Ein ganz normaler Diaspora-Sachverhalt eben.

Die Lobbyorganisationen im engen Sinn sind extrem effektiv, und Mearsheimer/Walt beschreiben, warum. Single-Issue-Gruppen, die nur ein Ziel auf ihrer Agenda haben, dies aber mit Verve verfechten und außerdem über erhebliche finanzielle und publizistische Macht verfügen, stehen ziemlich optimal da. Wohlverhalten von Politikern wird honoriert, wenn man sich aber gegen sie stellt, orchestrieren sie einen Aufschrei und drehen die Spendenflüsse ab, und dem steht kein Vorteil gegenüber, weil es keine Gegenlobby gibt. Das gilt für die Israellobby nicht anders als die Agrarlobby.

Das Problem bei Mearsheimer und Walt ist, dass sie einen ziemlich ausgefransten Lobbybegriff pflegen. Für sie gehört nicht nur der Kern der proisraelischen Organisationen wie AIPAC oder ADL zur Lobby, sondern auch das weite Spektrum der "Neokonservativen", die christlichen Ultrarechten, eine große Zahl an Thinktanks und unzählige Einzelpersonen. "Die Verwendung des Begriffs 'Israel-Lobby' ist etwas irreführend, weil viele der Einzelpersonen und einige der Gruppen () keine unmittelbaren

Lobby-Aktivitäten ausüben." So weit gefasst ist die Lobby freilich nichts anderes als ein Meinungsspektrum - jener Teil der amerikanischen Rechten und Ultrarechten, die für eine aktivistische Außenpolitik plädieren.

Um dieses gesamte Spektrum der Israellobby zuzuschlagen, müssen sie ihrem Argument bisweilen Gewalt antun. Daraus folgt ein Hang zu monokausalen Erklärungen. Die gesamte neokonservative Argumentationslinie, der Jargon vom Demokratieexport mit militärischen Mitteln, der Antiarabismus und die "War on Terror"-Rhetorik wird damit erklärt, dass die Protagonisten letztendlich nur die Sicherheitsinteressen Israels im Auge hätten. Auch der Irakkrieg erkläre sich "zu einem guten Teil durch den Wunsch, Israel mehr Sicherheit zu verschaffen", ohne die Lobby hätte "es sehr wahrscheinlich keinen Krieg gegeben".

All das ist nicht ganz falsch, aber auch nicht die ganze Wahrheit. Der Neokonservatismus ist eine zu umfassende Ideologie, als dass sie auf einen Beweggrund reduziert werden könnte.

Wenngleich die jüdischen Organisationen nichts anderes machen als andere ethnische Lobbys auch, sei es freilich keiner anderen gelungen, die US-Politik "so weit von dem abzubringen, was eigentlich im amerikanischen Nationalinteresse läge". Dies ist das zentrale Argument der Autoren: dass die Lobby den USA schadet - und Israel. "Die Lobbyisten, die sich am eifrigsten für eine bedingungslose Unterstützung durch die USA eingesetzt haben, haben () unbeabsichtigt dem Land, dem sie eigentlich helfen wollten, schweren Schaden zugefügt." Israel stünde besser da, hätte sanfter Druck seine Führung zu einer Friedenspolitik gedrängt, und die USA hätten ein paar Probleme weniger, wenn sie das beizeiten getan hätten. Ein doppelter Schaden.

Außer verbohrten Propagandisten der Likud-Politik wird das kaum jemand bestreiten. Dennoch hängen die Autoren einem altmodischen Begriff des nationalen Interesses an. Mag sein, dass Israel geostrategisch wertlos und eine Bürde ist und dass die Unterstützung, die Washington Israel gewährt, in der arabischen Welt den Antiamerikanismus schürt. Aber dennoch kann es auch im nationalen Interesse liegen, einen Partner zu unterstützen, der unpopulär ist, wenn man mit ihm durch gemeinsame Werte verbunden ist. Was denn eigentlich der Begriff nationales Interesse in einer globalen Ordnung noch bedeuten kann, wird nirgendwo in dem Buch tiefergehend diskutiert.

Es ist, kurzum, eines von jener Art Bücher, denen man am ehesten mit folgender Formel gerecht wird: Es ist ein gutes schlechtes Buch. Am besten sieht man es als Symptom: Die proisraelischen Organisationen haben in den vergangenen Jahren den Bogen entschieden überspannt, und die vielen Führer jüdischer Gruppen und Gemeinden haben weder ihren Mitgliedern noch Israel einen Dienst erwiesen, dass sie sich vor den Karren von Sharon, Olmert & Co. spannen ließen. Spätestens mit den aggressiven, global orchestrierten Kampagnen gegen jüdische Kritiker der israelischen Militär- und Siedlungspolitik, die zuletzt beinahe im Monatsrhythmus vom Zaun gebrochen wurden, wurde eine Grenze überschritten. Persönlichkeiten wie Tony Judt oder Tony Kushner mussten sich sagen lassen, sie seien jüdische "Israelhasser". Kein Vorwurf war zu abstrus, als dass er nicht geäußert wurde: So wurde sogar Ex-US-Präsident Jimmy Carter beschuldigt, er sei ein Antisemit, weil er die Entrechtung der Palästinenser in den besetzten Gebieten beklagte.

Die Machtübernahme der Hardliner in den jüdischen Organisationen passierte nicht zufällig. Sie wurde seit 30 Jahren durch die Likud-Partei in Israel gefördert, die begriffen hat, wie nützlich es ihr wäre, wenn die Diaspora-Organisationen, besonders in den USA, von rechten Haudraufs geführt wären. Die versuchen nun, so Mearsheimer/Walt, "Andersdenkende zum Schweigen zu bringen". Die Klügeren der neokonservative Ideologen, wie der Publizist William Kristol, haben mittlerweile erkannt, dass "die etablierten jüdischen Organisationen die Antisemitismuskarte so oft ausgespielt haben, dass sie nicht mehr sticht".

Den komplexen emotionalen Prozessen in den jüdischen Organisationen selbst widmen sich die Autoren kaum. Sie beruhigen sich damit, dass die Mehrheit der amerikanischen Juden im Lager der Demokraten steht - während die Anführer der Lobbyorganisationen weit rechts stehen. Das verschließt aber die Augen vor dem Phänomen, dass auch innerhalb der Gemeinden die moderaten Kräfte unter Druck geraten sind.

Warum? Weil viele in der Diaspora aus schlechtem Gewissen und nachvollziehbarer Überidentifikation 150-prozentige Israelis sind, weil das Friedenslager demoralisiert und eingeschüchtert ist, weil die Propaganda, wonach es auf arabischer Seite "keinen Friedenspartner" gäbe, gegriffen hat, und generell weil die globale islamistische Welle schwere Verstörungen hervorruft. Ein Bedrohungsgefühl. Angst, gewiss, ist immer ein schlechter Ratgeber, und wenn sie sich mit den Post-Holocaust-Traumata paart, dann versagt "der Verstand" (Leon Wieseltier) schnell vollends.

Über diese Emo-Spirale findet sich wenig in dem Buch der beiden Wissenschaftler. Dafür hätte es auch einen Schuss Empathie für das Objekt ihrer Kritik bedurft. So beschreibt das Buch nicht nur einen Meinungskampf, es ist bereits Teil desselben.

TAZ 4.09.07

[http://www.taz.de/index.php?id=digi-artikel&ressort=ku&art=4137&no\\_cache=1](http://www.taz.de/index.php?id=digi-artikel&ressort=ku&art=4137&no_cache=1)

SITTEN

## Noch einmal: Gegen Apion. Der neue kulturelle Antisemitismus.

Geschrieben von Miriam Magall

Um das Jahr 100 d.Z. verfasst der römische Bürger jüdischer Abstammung mit dem Namen **Flavius Josephus** in Rom seine Schrift *Gegen Apion*. Schrieb er zuvor über die Geschichte seines Volkes, tritt er in diesem Text für sein vielfach geschmähtes, verleumdetes Volk ein. Denn schon lange vor der Zeitwende, also noch vor der Zerstörung des zweiten Tempels, hat es in Kleinasien, Ägypten und Nordafrika, in Griechenland und Italien, ja sogar im fernen Spanien, Gallien und Germanien gehässige Angriffe auf Juden gegeben. Schon damals wurden Hass und Neid auf die jüdischen Mitbürger geschürt dank gehässiger Hetzschriften aus der Feder von Chairemon, Lysimachos und Apion, um lediglich die bekanntesten zu nennen. Ihre üble Weisheit über die Juden schöpften alle drei Autoren aus noch älteren Quellen: u.a. aus den Werken des ägyptischen Oberpriesters Manetho.

Flavius Josephus und die Verfasserin dieser Zeilen trennt eine Zeitspanne von beinahe zweitausend Jahren. Und doch wirkt das damals verträufelte Gift bis zum heutigen Tag fort, wenngleich es in West- und Mitteleuropa im Augenblick glücklicherweise nicht zu den tätlichen Übergriffen, Pogromen und Metzereien von Juden kommt, die bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts immer wieder aufflammten. Aber auch die unzähligen Nadelstiche sind mehr als beredt. Der eine meint, man dürfe doch seine Meinung sagen, der andere spricht hinter -- noch -- vorgehaltener Hand von jüdischer Weltverschwörung und jüdischem Kapital, das die Welt umspannt. **Spätestens seit dem Herbst 1985 zeichnet sich ein „Ende der Schonzeit“ für Juden ab.** Damals sollte in Frankfurt in den Kammerstücken ein Stück des Filmemachers und Dramatikers **Rainer Werner Fassbinder** mit dem Titel *Der Müll, die Stadt und der Tod* aufgeführt werden.

Im Juni 1986 löste der in der *Frankfurter Allgemeinen* veröffentlichte Vortrag des Berliner Historikers **Ernst Nolte**, der unter dem Motto "Ende der Schonzeit" stand, den berühmten **Historikerstreit** aus. Und auch **Martin Walsers** *Rede in der Paulskirche* im Herbst 1998 markiert das Ende eben dieser Schonzeit. Auch die Wissenschaftler wollen anscheinend nicht abseits stehen. Im Namen der Wissenschaft verbreiten sie ihre neuen „Wahrheiten“ über die Juden, über ihre Religion und ihre Kultur, über Israel und seine Entstehungsgeschichte. Sie haben die Verfasserin dieser Zeilen dazu inspiriert, ihre Werke, insgesamt achtzehn Sachbücher über Jüdisches und Israelisches, jüdische Kultur, Geschichte und Religion, einer kritischen sprachwissenschaftlichen Analyse zu unterziehen. Dabei kommen weder Fragen der richtigen Anwendung der Fachsprache Jüdisches und Judentum zu kurz, noch die der richtigen Schreibung und Benennung von Orten, historischen Plätzen und Fakten. Das Spektrum der untersuchten Sachbücher beginnt mit einem jüdischen Kochbuch, fährt fort mit Katalogen über Ausstellungen, in deren Mittelpunkt Jüdisches steht, und übergeht nicht die populärwissenschaftlichen Äußerungen bekannter Fachleute und Professoren. Dabei wird auch der Frage nachgegangen, inwieweit jüdische bzw. israelische Autoren antijüdische und antiisraelische Stereotypen so gut verinnerlicht haben, dass ihnen nicht einmal auffällt, dass sie sie mit derselben Leichtigkeit bedienen wie ihre nichtjüdischen Kollegen. Die Verfasserin dieser Zeilen konnte überdies nicht der Versuchung widerstehen, Übersetzer und Redakteure unter die Lupe zu nehmen. Sind sie doch zum Teil verantwortlich für falsche Benennungen und Schreibungen, die zu der von der Verfasserin dieser Zeilen beklagten Verzerrung der Fakten führen. Sozusagen als Sahnehäubchen kommen zum Schluss die so genannten christlichen Alttestamentler mit ihren zeitweise geradezu abstrusen Theorien über Jüdisches und Judentum zu Wort. Nach einer eingehenden Diskussion und Interpretation der erfolgten Analyse kommt die Verfasserin dieser Zeilen zu einem hoffentlich nicht nur für sie erschreckenden Schluss. Genau wie Flavius Josephus vor beinahe zweitausend Jahren kann sie seine damalige Aussage erneut bekräftigen: Ja, der neue kulturelle Antisemitismus ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Dieses Buch soll die Augen dafür öffnen.

November 2006. **Über die Autorin** : Miriam Magall ist Übersetzerin (12 erlernte Sprachen, 6 Arbeitssprachen; 260 übersetzte

Bücher) und lebte bis 1988 in Tel-Aviv, Israel; danach in Heidelberg, und seit 2002 wohnt sie in München.

Shoa.de

<http://www.shoa.de/content/view/751/45/>

## 20 JAHREN FRÜHER

### Der Historikerstreit

Jochen Böhmer

Zunächst werden die geschichtlichen Hintergründe des sogenannten „Historikerstreits“ (1986/1987) kurz ausgeleuchtet, ohne die diese Kontroverse nicht zu verstehen ist. Der „Historikerstreit“ drehte sich um die Frage, wie bzw. ob die nationalsozialistische Judenvernichtung 40 Jahre nach Kriegsende historisch einzuordnen ist. Die Diskussion kann als Resultat einer gewissen Entwicklung gesehen werden, die zu Beginn der 80er Jahre begann. Danach sollen die Hauptaussagen der Protagonisten Ernst Nolte und Jürgen Habermas dargestellt werden. Zum Abschluss geht es um eine Bewertung aus heutiger Sicht.

#### I. Geschichtlicher Hintergrund:

Nach den „unruhigen“ Jahren, die mit den Studentenunruhen 1968 begannen und im Deutschen Herbst 1977 kulminierten, brach ein konservativer Roll-Back an (u. a. Preußen-Ausstellung 1981 in Berlin). Im Jahre 1982 war die sozialliberale Koalition unter Helmut Schmidt (SPD) am Ende und es begann die Ära von Helmut Kohl (CDU). Ein bekanntes Schlagwort dieser Zeit ist die – von Kohl geforderte - „geistig-moralische Wende“, die durch die neue Regierung eingeläutet werden sollte. Auf einer Israel-Reise im Jahre 1984 prägte der damalige Kanzler das Wort von der „Gnade der späten Geburt“. Diese Äußerung entlastete die gegenwärtige deutsche Gesellschaft von jeder Verantwortung für die im Nationalsozialismus begangenen Verbrechen. Eine solche Tendenz zu einer Normalisierung der nationalen Identität Deutschlands wurde durch Bitburg 1985 verstärkt. Auf das Drängen der damaligen Bundesregierung besuchten US-Präsident Ronald Reagan und Bundeskanzler Helmut Kohl einen Soldatenfriedhof im rheinland-pfälzischen Bitburg, auf dem auch SS-Männer begraben liegen. In der amerikanischen Öffentlichkeit löste dies heftige Kritik aus. Auch jüdische Gruppen protestierten aufs Schärfste gegen den Friedhofsbesuch.

Kurze Zeit danach, am 8. Mai 1985, erklärte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker den Jahrestag des Kriegsendes als „Tag der Befreiung“. Des Weiteren zählte von Weizsäcker erstmals alle Opfergruppen des Nationalsozialismus auf (auch Kommunisten, Homosexuelle, Sinti und Roma)! Diese neue Sichtweise des deutschen Staatsoberhauptes wurde international begrüßt und glättete die Wogen nach Bitburg etwas, während es in den eigenen Reihen Kritik daran gab (z. B. vom CDU-Politiker Alfred Dregger).

Allerdings lässt sich eine Tendenz zur Normalisierung der deutschen Identität auch auf der „anderen“ Seite des politischen Lagers ausmachen. In der Friedensbewegung der 80er Jahre dominierten antiamerikanische Töne. Deutschland wurde immer wieder als Spielball zwischen den Supermächten gesehen. Außerdem gab es in der Linken eine fast ausnahmslose Solidarisierung mit den Palästinensern, die häufig zu einer Dämonisierung Israels führte. Gerade die Auseinandersetzung um antisemitische Klischees im Theaterstück von Rainer Werner Fassbinder „Die Stadt, der Müll und der Tod“ zeigte deutlich, dass die „Schonzeit“ (Henryk M. Broder, *Der ewige Antisemit*, S. 9) zu Ende war.

#### II. Der Historikerstreit

Der „Historikerstreit“ im engeren Sinne begann mit einem Artikel des Historikers **Ernst Nolte**. Diesen veröffentlichte er in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (F.A.Z.) unter dem Titel „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ am 6. Juni 1986. Seine Thesen spitzte er, in einigen Fragen zum Ende des Aufsatzes hin, zu: „Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine >asiatische< Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer >asiatischen< Tat betrachteten? War nicht der >Archipel GULag< ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der >Klassenmord< der Bolschewiki das logische und faktische Prius des >Rassenmords< der Nationalsozialisten?“ (E. Nolte, *Vergangenheit, die nicht vergehen will, Historikerstreit*, S. 45)

Im Laufe der öffentlichen Debatte bildeten sich nun zwei Lager heraus, die in je verschiedenen

Medien publizierten: Die Verteidiger Noltes (Kohl-Berater Michael Stürmer, Joachim Fest, Andreas Hillgruber) primär in der F.A.Z., die Kritiker (Jürgen Habermas, Hans Mommsen, Eberhard Jäckel, Rudolf Augstein) in der *Zeit*, im *Spiegel* oder in der „*Tageszeitung*“ (TAZ). Kommuniziert wurde in Form von Leserbriefen und längeren Aufsätzen.

Der Aufsatz von Jürgen Habermas „Eine Art Schadensabwicklung“ (*Die Zeit*, 11. Juli 1986) konzentrierte sich auf die Thesen von Ernst Nolte. Aber auch Michael Stürmer und Andreas Hillgruber wurden von Habermas angegriffen. Der Aufsatz beginnt zunächst mit einer Kritik am Kölner Historiker Hillgruber, welcher kurz zuvor das Buch „*Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums*“ veröffentlichte. Die Hauptthese bestand darin, dass Hillgruber die Verteidigung des deutschen Ostens durch die Wehrmacht ins „rechte Licht rücken“ (J. Habermas, Eine Art Schadensabwicklung, *Historikerstreit*, S. 65) will: Nämlich als eine Art „Notwehr“ vor der heranrückenden Roten Armee. Die Tatsache, dass die Wehrmacht damit die Aufrechterhaltung der Todesfabriken garantierte, bleibt dabei höchstens ein „tragisches historisches Dilemma“ (D. Diner, Zwischen Aporie und Apologie, in: *Ist der Nationalsozialismus Geschichte*, S.66). Ähnlich wie Stürmer reduziert Hillgruber den Willen zur Judenvernichtung auf Hitler und einige Fanatiker. Die Beteiligung ganz „normaler Deutscher“ an der Vernichtung ist jedoch spätestens seit Christopher Browning („Ganz normale Männer“), Daniel Goldhagen („Hitlers willige Vollstrecker“) oder Götz Aly („Hitlers Volksstaat“) einer interessierten Öffentlichkeit bekannt.

Habermas geht nun dazu über, Ernst Noltes Aufsatz „Zwischen Mythos und Revisionismus“ - der bereits 1980 erschien - zu kritisieren. Bereits dort verweist Nolte auf die angebliche „Kriegserklärung“ Chaim Weizmanns an Deutschland. Diese hätte „Hitler dazu berechtigt“ (J. Habermas, Eine Art Schadensabwicklung, *Historikerstreit*, S. 69), die deutschen Juden als Kriegsgefangene zu behandeln (siehe dazu: W. Benz, Die >jüdische Kriegserklärung< an Deutschland, in: *Geschichtsmysen*, S. 11 – 27).

In den Thesen Noltes, die er im Aufsatz von 1986 vertritt, sieht Habermas den Versuch, die Nazi-Verbrechen als „Antwort auf bolschewistische Vernichtungsdrohungen“ darzustellen und Auschwitz auf das Format einer „technischen Innovation“ zu reduzieren (J. Habermas, Eine Art Schadensabwicklung, *Historikerstreit*, S. 71). Nolte & Co. streben – laut Habermas – eine Historisierung der Verbrechen an, um eine ungebrochene (und konservative) nationale Identität zu schaffen. Zum Schluss seines Aufsatzes plädiert er für einen Verfassungspatriotismus und nennt die Öffnung hin zur „politischen Kultur des Westens“ (ebda, S. 75) die herausragende Leistung der Bundesrepublik.

Weitere „Höhepunkte“ der Debatte waren z. B. der Artikel von Joachim Fest (am 29. August 1986 in der F.A.Z.). Er unterstellt Habermas eine „elende Praxis“ (J. Fest, Die geschuldete Erinnerung, *Historikerstreit*, S. 101), da dieser nur die vermuteten Motive seiner Kontrahenten darlegt. Rudolf Augstein wiederum publizierte im SPIEGEL (am 6. Oktober 1986) einen Aufsatz mit dem Titel: „Die neue Auschwitz-Lüge“. Hier wird Hillgruber als „konstitutioneller Nazi“ (R. Augstein, Die neue Auschwitz-Lüge, *Historikerstreit*, S. 198) bezeichnet. Versachlichende Beiträge blieben die Ausnahme.

Noltes Thesen waren und werden auch heute noch von Rechtsextremisten vorgebracht. Gerade dieses Spektrum profitierte von seiner Darstellung (obwohl er die Shoa keineswegs geleugnet hat). Gerade zu Beginn der 90er Jahre konnte man bei Nolte eine „Annäherung an die neofaschistische Holocaustleugnung“ beobachten. (siehe: Gerd Wiegand, Ernst Nolte und der Holocaust, in: *Antifaschistisches Infoblatt* Nr. 72, S. 13)

Außerdem landete Nolte auch selbst weiterhin immer wieder in der Nähe offen rechtsextremer Diskurse. Er kritisierte u. a. die Handhabung des § 130 (Holocaustleugnung und Volksverhetzung) oder solidarisierte sich mit dem CDU-Abgeordneten Martin Hohmann. Dieser wurde aus der Partei ausgeschlossen, nachdem er eine Rede mit antisemitischem Inhalt gehalten hatte. Dennoch erhielt er im Jahre 2000 den Deutschlandpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung. In der Zeitung „*Die Welt*“ forderte Volker Kronenberg im Februar 2006 „Gerechtigkeit für Ernst Nolte“.

Der Protagonist der Kritiker Noltes, Jürgen Habermas, ist sicherlich der bekannteste Sozialphilosoph der Gegenwart. Im Februar 2003 veröffentlichte er mit Jacques Derrida einen Artikel (in der F.A.Z.), der eine europäische Identität jenseits amerikanischen Einflusses forderte. Habermas sah in den Demonstrationen gegen den Irak-Krieg eine Geburtsstunde europäischer Identität.

Darüber hinaus gibt es auch eine immanente Kritik an den Argumenten von Habermas gegen Nolte. Habermas schrieb in seinem bereits zitierten Aufsatz: „Eine in Überzeugungen verankerte Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien hat sich leider in der Kulturation der Deutschen erst nach – und durch – Auschwitz bilden können.“ (J. Habermas, Eine Art Schadensabwicklung, *Historikerstreit*, S. 75). Genau diese Formulierung provozierte Helmut Fleischer zu der Frage: „Die moralische Katastrophe als moralische Katharsis?“ (H. Fleischer, Die Moral der Geschichte, *Historikerstreit*, S. 131)

### III. Heutige Perspektiven

Aus heutiger Sicht kritisiert der Historiker Nicolas Berg in einem Interview die Ergebnislosigkeit des „Historikerstreits“: „Die Debatte hinterließ nicht mehr Wissen, das macht sie aus heutiger Sicht kritikwürdig. Es wurde über Meinungen und Wertungen gestritten...“ (Streit um Gedächtnis, Interview mit Nicolas Berg, in: *Antifaschistisches Infoblatt* Nr. 72, S. 14) Tatsächlich blieb ein Erkenntnisgewinn über die Funktionsweise des nationalsozialistischen Terrors aus. Dies lieferten erst spätere Forschungen. Beide Seiten stritten um die Deutungshoheit einer deutschen Identität nach dem Nationalsozialismus.

Aus der zeitlichen Distanz lassen sich – neben dem fehlenden Wissenszuwachs – noch andere Schlüsse ziehen. Für beide Seiten spielte eine gewisse Rehabilitierung des deutschen Nationalbewusstseins eine Rolle. Während die einen eine traditionelle deutsch-nationale Geschichtsschreibung intendierten, diente für die anderen die Erinnerung an Auschwitz als Geburtsstunde einer geläuterten Nation. Auschwitz wurde so von beiden Seiten für den jeweiligen Zweck instrumentalisiert.

Dan Diner plädierte für eine Geschichtsschreibung aus der Sicht der Opfer. Diese könnten als einzige den Zivilisationsbruch, der in der Shoa geschah, beschreiben und somit einer Instrumentalisierung des Grauens vorbeugen. Er schrieb dazu: „Auschwitz ist ein Niemandland des Verstehens, ein schwarzer Kasten des Erklärens, ein historiographische Deutungsversuche aufsaugendes, ja, außerhistorische Bedeutung annehmendes Vakuum. Nur ex negativo, nur durch den ständigen Versuch, die Vergeblichkeit des Verstehens zu verstehen, kann ermessen werden, um welches Ereignis es sich bei diesem Zivilisationsbruch gehandelt haben könnte. Als äußerster Extremfall und damit als absolutes Maß von Geschichte ist dieses Ereignis wohl kaum historisierbar. Ernst gemeinte Historisierungsbemühungen endeten bislang in geschichtstheoretischen Aporien. Anders gemeinte, relativierende und das Ereignis einebnende Historisierungsversuche enden hingegen notwendig in einer Apologie. Auch dies ist eine Lehre aus dem Historikerstreit.“ (D. Diner, *Zwischen Aporie und Apologie*, in: *Ist der Nationalsozialismus Geschichte?*, S. 73)

### Literatur

*Antifaschistisches Info Blatt* Nr. 72, Sommer 2006, Berlin, Schwerpunkt: „Vergangenheit, die nicht vergehen will“. Der Historikerstreit, S. 6 – 16  
Benz, Wolfgang/Reif-Spirek, Peter: Geschichtsmysmen, Metropol Verlag, Berlin, 2003  
Broder, Henryk M.: Der ewige Antisemit, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1986  
Diner, Dan (Hg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte?, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1987  
Kludt, Michael: Geschichtspolitik, PapyRossa Verlag, Köln, 2000  
Markovits, Andrei: Amerika, dich haßt sich's besser, Konkret Verlag, Hamburg, 2004  
Peter, Jürgen: Der Historikerstreit und die Suche nach einer nationalen Identität der achtziger Jahre, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main, 1995  
Piper, Ernst Reinhard (Hg.): „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, Serie Piper, München, 1987

### Links

<http://www.hagalil.com/archiv/2004/12/auschwitz.htm>  
<http://de.wikipedia.org/wiki/Historikerstreit> [http://de.wikipedia.org/wiki/Ernst\\_Nolte](http://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Nolte) [http://www.welt.de/print-welt/article199849/Gerechtigkeit\\_fuer\\_Ernst\\_Nolte.html](http://www.welt.de/print-welt/article199849/Gerechtigkeit_fuer_Ernst_Nolte.html) [http://www.welt.de/print-welt/article225260/Historikerstreit\\_Ernst\\_Nolte\\_im\\_WELT-Gespraech.html](http://www.welt.de/print-welt/article225260/Historikerstreit_Ernst_Nolte_im_WELT-Gespraech.html)  
<http://www.shoa.de/content/view/764/45/>

RECHTSKRÄFTIG

## Holocaust-Leugner Zündel scheitert mit Revision

17.09.2007

Mannheim (AFP) — Die Verurteilung des Holocaust-Leugnens Ernst Zündel zu fünf Jahren Haft wegen Volksverhetzung ist rechtskräftig. Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe verwarf nach einer Mitteilung vom Montag die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des Landgerichts Mannheim.

Laut dessen Urteil hatte der in Kanada lebende Zündel unter anderem im Internet beharrlich den Holocaust geleugnet und in 14 Fällen "zum Hass gegen die deutschen Juden" aufgestachelt.

Der 68-Jährige wollte mit der Revision erreichen, dass seine Abschiebehaft in Kanada auf das Strafmaß von fünf Jahren angerechnet wird. Der BGH wies dies nun zurück. Der gebürtige Deutsche war im Februar 2003 in Kanada verhaftet und im März 2005 nach Deutschland ausgeliefert worden.

<http://afp.google.com/article/ALeqM5gkpoddAn5UfbHHUFJB2-c6rKjD8Q>

KORB

## Revision von Ernst Zündel - durch BGH verworfen

Jürgen Rieger

Gegen das Urteil des Landgerichts Mannheim, womit Ernst Zündel zur Höchststrafe für politisch nicht genehme Äußerungen zur Zeitgeschichte von 5 Jahren verurteilt wurde und ferner festgestellt wurde, daß 2 Jahre vorherige Haft in Kanada, die seiner Abschiebung dienten, nicht angerechnet wurden, ist durch mich und andere Verteidiger Revision eingelegt worden. Diese ist mit Beschluß vom 12.09.2007 verworfen worden. Dies, obwohl es eine ganze Reihe von offensichtlichen absoluten Revisionsgründen gegeben hat, die vom BGH nicht beachtet worden sind.

Der BGH erwähnt nur zwei Punkte. Einmal, daß ich über 20 Aktenbände nicht in meine Kanzlei übersandt bekam, so daß ich keine Kopien fertigen konnte und nur in der Geschäftsstelle des Landgerichts Mannheim hätte einsehen dürfen, was der BGH für in Ordnung befindet, obwohl die allgemeine Übung eine andere ist. Sodann wird nur mit einem kurzen Satz gesagt, daß die Verweigerung der Anrechnung der 2 Jahre Haft in Kanada rechtsfehlerfrei zustande gekommen sei.

Damit ist ein Urteil rechtskräftig geworden, das aufgrund eines Verfahrens zustande gekommen ist, das geradezu beispiellos in der Bundesrepublik ist. Die krassesten Mängel, die auf der Hand liegen, werden nachfolgend kurz dargestellt:

1.

Das gesamte Verfahren zeichnete sich dadurch aus, daß die Öffentlichkeit lediglich von den Vorwürfen einige Sätze, die in der Anklageschrift zitiert worden waren, erfuhr. Diese waren oftmals aus dem Zusammenhang gerissen, teils handelte es sich nur um Halbsätze, oder sie waren durch Auslassungen im Sinn verändert.

Wie der Zusammenhang war, erschloß sich nur demjenigen, der den mehreren hundert Seiten umfassendem Band "Selbstleseverfahren" las; der Öffentlichkeit wurden die Zusammenhänge vorenthalten.

2.

Dieses Selbstleseverfahren wurde dann noch während der Hauptverhandlung ausgedehnt, wobei dies mir - weil ich an dem fraglichen Tag nicht anwesend war - nicht mitgeteilt wurde. Ich wußte dies also gar nicht, kannte auch gar nicht die Dokumente, die dann zusätzlich im "Selbstleseverfahren" eingeführt wurden. Ich habe deswegen dazu natürlich auch keine Beweisanträge machen können und in meinem Plädoyer auch darauf nicht eingehen können. Obwohl jedem Prozessbeteiligten die Dokumente, die im Selbstleseverfahren eingeführt werden, zwingend zugänglich gemacht werden müssen, spielte das in meinem Falle keine Rolle. Im Urteil werden mithin Schriftstücke dem Angeklagten vorgeworfen, von denen ich gar nicht wußte, daß sie Gegenstand des Prozesses und der Urteilsbegründung werden würden.

3.

Als die Verteidiger **Dr. Schaller** und ich begannen, umfangreiche Beweisanträge zu stellen, wurde ihnen verboten, diese noch mündlich vorzutragen; sie mußten schriftlich eingereicht werden. Anschließend wurde beiden Verteidigern dann zusätzlich verboten, Gegenvorstellungen gegen Beschlüsse der Kammer, die die Beweisanträge abgelehnt hatten, mündlich vorzutragen; auch diese mußten schriftlich eingereicht werden. Sodann wurde beiden Verteidigern eine Frist von einer Woche gesetzt, in der sie noch weitere Beweisanträge einreichen dürften. Hinsichtlich der anschließend eingereichten Beweisanträge sei die Kammer nicht verpflichtet, diese in der Hauptverhandlung auch zu bescheiden; eine Bescheidung erfolge im Urteil.

Damit war es der Verteidigung nicht möglich, sich auf eine ablehnende Begründung der Kammer einzustellen und gegebenenfalls über eine Gegenvorstellung oder einen ergänzenden Beweisantrag

dem Angeklagten zu helfen. Dies ist ein krasser Verstoß gegen die Strafprozessordnung, weil danach bis zum Schluß der Beweisaufnahme Beweisanträge durch die Verteidigung gestellt werden können, die dann auch von der Kammer beschieden werden müssen; sogar wenn neue Beweisanträge anschließend gestellt werden, muß die Kammer erneut in die Beweisaufnahme eintreten, und dazu Beschlüsse verkünden.

4.

Als ich zu elf ablehnenden Beschlüssen, die auf Beweisanträge von mir ergangen waren, Gegenvorstellungen machen wollte, gab mir der Vorsitzende dafür eine Zeit von 15 Minuten. Ich beantragte Gerichtsbeschluß dazu, woraufhin mir die Kammer dann die Zeit um 15 Minuten verlängerte, insgesamt also 30 Minuten gab. Dies bedeutete für jede Gegenvorstellung eine Zeit von unter 3 Minuten. Da mir auferlegt worden war, alle Gegenvorstellungen nur schriftlich einzureichen, bedeutete dies, daß ich in einer Zeit von unter 3 Minuten meinen Beweisantrag mit dem ablehnenden Beschluß des Gerichtes vergleichen mußte, sodann schriftlich dazu meine Bedenken darlegen mußte.

Es liegt auf der Hand, daß dies technisch unmöglich ist. Damit war klar, daß den Richtern völlig gleichgültig war, was der Angeklagte oder die Verteidigung vortrug; sie hatten auch vorher schon x-mal gezeigt, daß sie an einem fairen Verfahren kein Interesse hatten, und machten dies nun offensichtlich.

Daraufhin erfolgte ein Befangenheitsgesuch gegen die Mitglieder der Kammer. Sowohl Generalbundesanwalt wie auch der BGH haben diese Richter aber nicht als befangen angesehen, sondern störten sich an diesem Vorgehen der Richter nicht. Mit anderen Worten: Verteidiger sind in solchen Prozessen nur Staffage; auf das Urteil haben sie keinen Einfluß.

5.

Die Kammer hat in einem Beschluß gerügt, daß der Angeklagte angeblich die zutreffenden Opferzahlen von Auschwitz bezweifle. Seitens der Verteidigung war deshalb angefragt worden, und zwar mit Rücksicht auf die vielfach unterschiedlichen Zahlen, die in der Literatur an Auschwitzopfern genannt werden, welches denn nach Auffassung der Kammer die richtige Opferzahl sei.

Daraufhin teilte die Kammer dem Angeklagten und der Verteidigung mit, daß sie eine solche Zahl nicht bekanntgeben werde, da es darauf nicht ankomme; nicht wegen der Opferzahl, sondern wegen der Leugnung des Holocaustes als ganzem durch Bezweiflung der Gaskammern käme eine Bestrafung in Betracht. Daraufhin hat die Verteidigung zu den Opferzahlen in verschiedenen Konzentrationslagern natürlich keine Beweisanträge mehr gestellt. Im Urteil ist der Angeklagte dann durch dieselbe Kammer verurteilt worden, weil er angeblich zu niedrige Opferzahlen im Konzentrationslager Auschwitz genannt hat.

6.

Dem Urteil und den Akten ist zu entnehmen, daß die Webseite "Zundelsite" im Mai 1996, März 1998, August 1998 durch Staatsanwaltschaft bzw.

Kriminalbeamte überprüft worden ist, das Verfahren im August 1998 gegen den Angeklagten wegen Abwesenheit eingestellt wurde (weil er in Kanada lebte und sein Verhalten dort nicht strafbar war), nach seiner Verhaftung in den USA wegen angeblichen Passvergehens am 5.2.2003 der Staatsanwalt Klein am 16.2.2003 wiederum ins Internet sah, am 17.2.2003 das Verfahren wieder aufgenommen wurde und am 20.2.2003 der Inhalt der "Zundelsite" durch das BKA gesichert wurde. Dem Urteil ist ferner zu entnehmen, daß das Dokument "Holocaust 101" im August 1998 noch nicht auf der Zundelsite war, aber am 16. und 20.2.2003 dort festgestellt wurde. Zur Zundelsite finden sich im Urteil zahlreiche widersprüchliche Angaben: mal soll der Angeklagte daran mitgewirkt haben, mal soll er Hauptverantwortlicher gewesen sein, mal ist von "Ingrids Zundelsite" die Rede, mal wird Frau Dr. Rimland als diejenige, die lediglich die technische Arbeit mache, wogegen der Angeklagte den Inhalt bestimme, geredet. Ausweislich des Urteils wurde der Angeklagte zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren wegen des Internetauftritts verurteilt, wobei als beanstandenswert hinsichtlich der Internetseite insbesondere die Schrift "Starben wirklich 6 Millionen?" und das Dokument "Holocaust 101" genannt werden.

Hinsichtlich des letzteren Dokumentes läßt sich aber überhaupt nicht feststellen, wann es auf die Seite kam; wenn es beispielsweise am 10.2.2003 auf die Seite gekommen sein sollte, was die Kammer nicht ausschließen kann, wäre dies während der Haftzeit des Angeklagten passiert, wo er keinerlei Einflußnahme schon aus tatsächlichen Gründen auf die Internetseite haben konnte. Die Kammer unterstellt also eine strafrechtliche Verantwortlichkeit, obwohl sie überhaupt nicht weiß, ob der Angeklagte überhaupt darauf Einfluß nehmen konnte.

7.

Aus den Akten ergab sich ein intensives Zusammenspiel zwischen den deutschen Behörden und den kanadischen Behörden, damit der Angeklagte nach Deutschland abgeschoben würde. Andere Länder,

die keine Strafbarkeit von "Holocaustleugnung" kennen, hätten ihm Asyl gewährt, so daß er dort hätte in Freiheit leben können. Er wurde mit Kosten von über 100.000 \$ in einer Privatmaschine von Kanada nach Deutschland geflogen, wohingegen der Spionage verdächtige Ausländer lediglich in ein Linienflugzeug ihrer Wahl gesetzt werden, da es Kanada schließlich gleichgültig sein kann, wo sie landen:

Hauptsache, sie sind weg. Nur aus "Opportunitätsgründen" war kein Auslieferungersuchen an Kanada gestellt worden, weil die kanadischen Behörden den deutschen Behörden zugesichert hatten, daß nach den neuen Terrorismusgesetzen, die nach dem 11. September 2001 ergangen waren, es leichter sei, Zündel nach Deutschland zu verbringen. Das kanadische Verfahren war ein Geheimverfahren, wo weder dem Verteidiger noch dem Betroffenen Ernst Zündel Zeugenaussagen oder Dokumente zugänglich gemacht wurden, zahlreiche von ihm benannte Zeugen nicht gehört wurden, so daß irgendeine Verteidigungsmöglichkeit nicht gegeben war. Die Mannheimer Richter waren trotzdem der Meinung, daß die Entscheidung des kanadischen Richters Blais korrekt zustande gekommen sei, obwohl erst ein Obergericht - noch während des laufenden Prozesses - und nach Ergehen des Urteils auch das höchste kanadische Gericht das ganze Verfahren, nach dem der Angeklagte abgeschoben wurde, als verfassungswidrig bezeichnet haben. Das war für niemanden, der auch nur oberflächliche Rechtskenntnisse hat, verwunderlich.

Die Gesetze brachen mit einer 400jährigen angelsächsischen Rechtstradition. Obwohl es sich weitgehend um ein Geheimverfahren handelte, war aus der Anschuldigungsschrift des kanadischen Geheimdienstes schon ersichtlich, daß der entscheidende Grund für Zündels Abschiebung sein Revisionismus war. Es wird ihm vorgeworfen, einer der weltweit führenden Holocaustleugner zu sein und die deutsche Regierung zu destabilisieren, indem er seine revisionistischen Thesen nach Deutschland verbreite. Da die Sicherheit Kanadas von der Sicherheit verbündeter Staaten abhängig sei, destabilisiere er damit auch die Sicherheit Kanadas. Es wird ihm Zusammenarbeit mit dem Holocaustleugner Althans vorgeworfen und daß er die Propaganda nationaler Gruppen in Deutschland finanziere. Mit seiner revisionistischen Propaganda stachele er zum Hass gegen Juden auf - dieselben Vorwürfe wurden ihm in Deutschland gemacht. Anders als andere Betroffene nach den s. g. "Terrorismusgesetzen" wurde Zündel nicht auf Kautionsfuß gesetzt, weil Sinn und Zweck der Maßnahme war, ihn nach Deutschland abzuschieben.

Trotzdem wurden seine 2 Jahre Haft in Kanada nicht angerechnet, so daß er im Endeffekt für eine nach Auffassung des Gerichtes falsche historische Meinung 7 Jahre Freiheitsstrafe bekommen soll. Und dann stellt sich Frau Merkel hin und kritisiert Putin, die chinesische Führung, den Iran und welche Staaten sonst noch deswegen, weil bei ihnen angeblich die Meinungsfreiheit nicht hinreichend gewährleistet sei! In allen diesen Ländern gibt es mehr Meinungsfreiheit und mehr Rechte für Personen, die diese Meinungsfreiheit ausdrücken wollen, als in der BRD!

8.

Meine Revisionsbegründung hat - da die ganzen übergangenen Beweisanträge mit eingearbeitet werden mußten - einen Umfang von über 600 Seiten. Die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft Mannheim dazu ist mir nicht zur Kenntnis gebracht worden. Die Stellungnahme des Generalbundesanwaltes ist mir übersandt worden, wobei allerdings eine Seite fehlte. Die Verteidigung hat das Recht, zur Stellungnahme der Staatsanwaltschaft und der Bundesanwaltschaft eine "Gegenerklärung" abzugeben. Dies kann natürlich nur erfolgen, wenn sie bekannt ist. Ich habe eine 60ig-seitige Gegenerklärung verfasst und an den Bundesgerichtshof übersandt, die beim Bundesgerichtshof auch vor Ergehen der Entscheidung eingegangen ist. Wenn sie von den Richtern am Bundesgerichtshof gelesen worden wäre, hätten sie mir die eine fehlende Seite in der Stellungnahme des Generalbundesanwaltes und die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft Mannheim zu meiner Revision zusenden müssen mit der Aufforderung, innerhalb von 2 Wochen hierzu Stellung zu nehmen, da ich in meiner Stellungnahme vom 5.9.07 dies gerügt hatte. Dies haben sie nicht getan. Daraus entnehme ich, daß meine Stellungnahme vom 5.9.2007 überhaupt nicht von den Richtern des BGH gelesen wurde, zumal diese Stellungnahme in ihrem Beschluß lediglich erwähnt, aber mit keinem Wort darauf eingegangen wird.

9.

Das Mannheimer Gericht hat zu einigen Beweisanträgen keine Beschlüsse gemacht und auch im Urteil dazu keine Stellung genommen, sie offensichtlich also nicht einmal zur Kenntnis genommen, was in der Revision gerügt wurde.

10.

Der Vorsitzende hat mehrfach im Gerichtssaal angebliche Beschlüsse der Kammer verkündet, obwohl sich die Richter vorher nicht zur Beratung zurückgezogen hatten.

Zusammenfassend ist folgendes festzustellen:

Wenn es um historisch abweichende Meinungen geht, ist gegenüber Angeklagten in der BRD alles erlaubt: Richter brauchen ihre Befangenheit überhaupt nicht mehr zu verstecken, die Höchststrafe kann ausgeworfen werden, obwohl es keine Beweise gibt, vorverbüßte Haft wird nicht angerechnet, die Strafprozessordnung braucht nicht angewandt zu werden, der Öffentlichkeit brauchen wesentliche Umstände dessen, was dem Angeklagten vorgeworfen wird, und was die Verteidigung vorzutragen hat, nicht mitgeteilt zu werden, Beweisanträge müssen nicht beschieden werden, Schriftsätze nicht zur Kenntnis genommen werden. Nationale Deutsche werden in diesem Staat zunehmend zu Freiwild. Es gilt der Grundsatz: "Im Zweifel gegen den Angeklagten". Der Verurteilte wird wegen der skandalösen Rechtsbrüche - von denen hier nur einige erwähnt worden sind - Verfassungsbeschwerde einlegen.

<http://www.juergen-rieger.de/ineigenersache/revisionernstzuendel.html>

## SCHULEN

Für eine Woche reisen die 16 Landessieger von „Jugend debattiert international“ aus Mittel- und Osteuropa in die tschechische Hauptstadt, um sich dort in Vorrunden für das Finale zu qualifizieren. In den Qualifikationsrunden geht es um Themen wie das kommunale Wahlrecht für Ausländer und das Verbot religiöser Symbole in Schulen. In der Finaldebatte können die Schüler unter der Fragestellung: „Soll in der Europäischen Union die Leugnung von Völkermord unter Strafe gestellt werden?“ ihre Kompetenzen in Ausdruck und Überzeugungskraft sowie ihre Sachkenntnis unter Beweis stellen. Die Veranstaltung steht unter der Schirmherrschaft des ehemaligen tschechischen Staatspräsidenten Václav Havel.

<http://www.tschechien-online.org/news/10050-erstes-finale-jugend-debattiert-international/>

## RACHE

### Anklage gegen Nazi-Anwalt Jürgen Rieger

Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat gegen den Blankeneser Rechtsanwalt Jürgen Rieger Anklage wegen Volksverhetzung in neun Fällen erhoben. Dem 61 Jahre alten Juristen wird nach einer Mitteilung der baden-württembergischen Behörde vorgeworfen, als Verteidiger des Holocaust-Leugners Ernst Zündel (68) vor dem Landgericht Mannheim den nationalsozialistischen Völkermord an den Juden selbst wiederholt öffentlich abgestritten oder verharmlost zu haben.

Rieger ist als NPD-Funktionär nicht nur Verfassungsschützern bundesweit bekannt. Brisant: Weil er bereits einschlägig vorbestraft ist, strebt die Staatsanwaltschaft an, dass gegen den Juristen neben der Strafe ein Berufsverbot als Strafverteidiger verhängt wird. Das hätte weitreichende Auswirkungen für die rechtsextreme Szene in Deutschland, die Rieger zuletzt häufig in Prozessen vertreten hatte.

Zündel war in dem international beachteten Prozess im Februar zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden, weil er im Internet und in einschlägigen Publikationen den millionenfachen Mord an den Juden während der NS-Zeit bestritten hatte. Die Entscheidung ist rechtskräftig, nachdem der Bundesgerichtshof die Revision verworfen hat.

Ein Termin für den Prozess gegen den Blankeneser Juristen steht noch nicht fest. Rieger war zuletzt in den Schlagzeilen, weil er in Melle bei Osnabrück nach eigenen Angaben ein Schulungszentrum für die rechte Szene einrichten will. Nach einem gescheiterten Versuch in Delmenhorst bei Bremen soll das Zentrum nun im alten Bahnhof von Melle entstehen.

cd, AFP

Abendblatt.de erschienen am 19. September 2007

<http://www.abendblatt.de/daten/2007/09/19/795897.html>

BRIEF

## Neuer, definiver Holocaust mit Bunkerbau, Stalin-Deportationen und Auswanderung

Michael Palomino

Sehr geehrte Damen und Herren,

1999 bis 2003 habe ich am Holocaust geforscht.  
Es ist ein neues Holocaust-Bild entstanden

- mit einer NS-Seite (mit Bunkerbau und Ghettos etc.)
- mit einer russischen Seite (mit Stalin-Deportationen, "Flucht vor Barbarossa", Massentod in Sibirien, Massentod in der Roten Armee, Sowjetisierung vieler Juden ab 1948)
- mit Auswanderung.

Alle Daten finden Sie auf meinem Holocaust-Index:

<http://www.geschichteinchronologie.ch/judentum-aktenlage/holocaust-index.html>

Eine übersichtliche Tabelle über den Holocaust mit Fussnoten habe ich hier gemacht:

<http://www.geschichteinchronologie.ch/judentum-aktenlage/hol/6-mio-aufteilung-D.html>

Somit ergibt sich ein klares und diskussionsloses neues Holocaustbild, wo alles das hineinpasst, was Auschwitz betrifft.

Die Juden sind also nicht alle in Auschwitz gestorben, Auschwitz muss herabgestuft werden, dafür ersetzen der Bunkerbau und der russische Teil des Holocaust das Zyklon B.

Das Strafgericht in Basel gab in einem Schreiben vom 13.9.2007 an, es brauche keine weiteren Beweisanträge, es seien genügend Geschichtskennntnisse vorhanden, bereichert durch die DVD über den Bunkerbau "Das unterirdische Reich".

Damit ist die Frage um den Holocaust gelöst.

Einige Leute in der Schweiz wollen es aber bis heute nicht wahrhaben und begehen weiterhin Rufmord im Internet gegen mich (akdh, Samuel Althof), und akdh wird von der Basler Staatsanwaltschaft gedeckt, denn Anzeigen gegen akdh und Samuel Althof nützen nichts.

Aber das kennt man ja.  
Freundliche Grüsse

WAS BEDEUTET... ?

## Info über meine Verfolgungen

Klaus Krusche

Man stellt doch Texte ins Internet, damit sie gelesen werden, damit sie Verbreitung finden, und insofern handelte Schöler ja auch genau so, wie man sich das als Seitenbetreiber wünscht - bis auf die Strafanzeigen eben. Tatsächlich schlimm hingegen ist, dass Schöler sich - wohl in jedem einzelnen Falle - der falschen Verdächtigung schuldig macht! Ich behalte mir eine Gegenanklage vor.

Ich zitiere aus dem Strafgesetzbuch:

»StGB § 164 Falsche Verdächtigung

(1) Wer einen anderen bei einer Behörde oder einem zur Entgegennahme von Anzeigen zuständigen Amtsträger oder militärischen Vorgesetzten oder öffentlich wider besseres Wissen einer rechtswidrigen Tat oder der Verletzung einer Dienstpflicht in der Absicht verdächtigt, ein behördliches

Verfahren oder andere behördliche Maßnahmen gegen ihn herbeizuführen oder fort dauern zu lassen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer in gleicher Absicht bei einer der in Absatz 1 bezeichneten Stellen oder öffentlich über einen anderen wider besseres Wissen eine sonstige Behauptung tatsächlicher Art aufstellt, die geeignet ist, ein behördliches Verfahren oder andere behördliche Maßnahmen gegen ihn herbeizuführen oder fort dauern zu lassen.«

Entsprechend „Daten-Fakten-Hintergründe“ möchte ich nun einige Worte zu den Begriffen sagen, die immer wieder benutzt werden, um mich zu kriminalisieren.

Da wäre als erstes das Wort „Holocaust“:

Bis 1981, als die amerikanische Fernsehserie „Holocaust“ über das Schicksal einer jüdischen Familie auch in Deutschland ausgestrahlt wurde, war dieses Wort völlig unbekannt.

„Eine Seifenoper mit ungeheurer Wirkung“, nannte es am Sonntag, den 4. März 2007, der Historiker Prof. Dr. Michael Stürmer bei Sabine Christiansen in der ARD-Sendung „Flucht, Vertreibung - Versöhnung?“

Doch sie war die Geburtsstunde des Holocaustdogmas. Eine scharfe Waffe in der psychologischen Kriegsführung mit vielen Verwundeten.

Robert Ménard, Gründer und Verantwortlicher der „Reporter ohne Grenzen“ sowie seine Frau Emmanuelle, Verantwortliche der „Internationalen Föderation der Menschenrechtsligen“, veröffentlichten das Buch *Die Zensur der Gut-Denkenden*. Darin finden sich u. a. folgende Aussagen: »Die Revisionisten haben Recht. Sie sind das Objekt einer wahrhaftigen Hexenjagd, Opfer dessen, was man sehr wohl als Gedankenpolizei bezeichnet muß, eine Unterschlagung des Rechts“.

Sie halten das antirevisionistische Gesetz für eine »Dummheit« (S. 154) und für einen »einmaligen Text, unwürdig für eine Demokratie« (S. 163)

Bei der Verurteilung von Ernst Zündel erklärte Richter Ulrich Meinerzhagen unmissverständlich, dass es völlig unerheblich sei, ob der Holocaust stattgefunden habe oder nicht. Seine Leugnung stehe in Deutschland unter Strafe. Und nur das zähle vor Gericht.

Also „Leugnung“:

Der des Leugnens Angeklagte kann nur dann verurteilt werden, wenn er nicht nur objektiv die Unwahrheit gesagt hat, sondern daß er dies vorsätzlich getan hat, also lügen wollte. Ist jemand überzeugt und gewillt, etwas ihm als wahr Bekanntes zu sagen, kann er nicht als Lügner verurteilt werden. Die Autoren der Texte, die ich veröffentlicht habe, sind natürlich überzeugt, daß ihre Behauptungen richtig sind. Daß meine Autoren die nationalsozialistischen Verbrechen geleugnet hätten, ist sich die Staatsanwaltschaft selbst nicht sicher. Das zeigt ihr Zusatz "oder verharmlost". Mit "verharmlost" meint die Anklageschrift wahrscheinlich "angezweifelt". Doch der Zweifel an den Hitlerverbrechen ist nicht strafbar.

Die Floskel von der „Offenkundigkeit“ der Geschehnisse hilft da auch nicht.

Was bedeutet „Offenkundig“?

Was Offenkundigkeit ist, muß definiert werden. Diese Definition lautet in der deutschen und österreichischen Rechtssprache gleich. Demnach ist eine bloß offenkundige Tatsache keine wirkliche Tatsache, sondern nur eine Meinung über eine Tatsache. Namhafte deutsche Rechtsgelehrte haben das so beschrieben: "Freilich gehört zum Begriff der Offenkundigkeit nicht die Wahrheit. Die Offenkundigkeit ist eine Meinung über Tatsachen, eine von verlässlicher Seite vorgetragene, eine vielleicht unwidersprochen gebliebene, vielleicht von vielen Menschen geglaubte, möglicherweise aber falsche Meinung." Eine offenkundige Tatsache ist also bloß eine vermeintliche Tatsache. Diese Meinung kann, wie schon gesagt, richtig, ebenso gut aber falsch sein.

Damit komme ich zum Wort „Volksverhetzung“.

**Volksverhetzung ist, wenn man die Deutschen gegeneinander aufhetzt!**

Man hat es geschafft, daß hier im Lande schon jeder gegen jeden kämpft: „Linke“ gegen „Rechte“, Reiche gegen Arme, Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer, Junge gegen Alte, „noch“ Arbeitende gegen Arbeitslose.....

Wie wäre es zum Beispiel, wenn man die „linken“ Chaoten, die unter öffentlicher Duldung an die Wände schmieren: "Deutschland verrecke!", auf Spruchbänder schreiben: "Nie wieder Deutschland!" und "Deutschland halt's Maul" brüllen, wegen Volksverhetzung belangen würde? Der Staatschutz

nimmt keine Anzeigen an. Wobei er, anstatt alles zu bündeln, jede einzelne Anzeige des B. Schöler, meine HP betreffend, der Justiz zur Bestrafung zugeführt hat.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal zu der „Meldung“ der BZ vom 21.02.07 zurückkommen.

Wenn irgend etwas als Volksverhetzung angesehen werden kann, dann ist e dieser Text. Ja, es stimmt, dass ich mehrmals verurteilt wurde. Aber kein Urteil ist bisher rechtskräftig. Und so lange habe ich als „Unschuldig“ zu gelten. Auch die Angaben meines vollen Namens (selbst bei Serientätern wird der Nachname abgekürzt) widerspricht den journalistischen Gepflogenheiten.

Natürlich hätte ich dagegen angehen können. Nur was hätte es mir genutzt? Es stand ja in der Zeitung. Für mich ist dieser Artikel eindeutig Volksverhetzung und Rufmord.

Zum § 130:

Im §130 des Strafgesetzbuches steht explizit eine einzige, herausgehobene Minderheit, deren Vertrauen in die Rechtssicherheit geschützt werden soll. Es geht nicht einmal darum, daß Texte diese Gruppe in der Menschenwürde angreifen, es genügt, daß sie geeignet sind, das zu tun.

Der Paragraph 130 ist nicht etwa 1945 oder 1949 in dieser Form ins Strafgesetzbuch übernommen worden, (ein Versuch dies zu tun, wurde damals von der Länderkammer abgewiesen) sondern erst 1995 - und wird seitdem laufend verschärft. Seit 2003 läuft eine Verfassungsklage dagegen, aber das Bundesverfassungsgericht hat einfach noch keine Zeit finden wollen, darüber zu entscheiden.

Es geht bei diesem Paragraphen hauptsächlich darum, ein bestimmtes Geschichtsbild in den Rang eines Glaubensdogmas zu erheben, das auf Grund seiner festgeschriebenen „Offenkundigkeit“ nicht mehr bezweifelt werden darf. Wer Gegenargumente durch eine „Offenkundigkeit“ generell ausschließt, zeigt damit, daß er in einer schwachen Position ist, die nur durch Gewaltanwendung aufrecht erhalten werden kann.

Es ging, bei meinem Urteil, nicht darum, Aussagen zu bestrafen, die es in vergleichbarer Form zuhauf im Internet gibt. Da hat ein Student der Theologie (Gott beschütze uns vor diesem angehenden Pastor) den „entrüsteten Staatsbürger“ gespielt. Inzwischen wird er als Held gefeiert und gibt Zeitungs- und Fernseh-Interviews.

Wir hatten in Deutschland schon immer eine Klassenjustiz, von der Prominente immer deutlich besser behandelt wurden, als einfache Bürger. Jetzt sind wir auf dem besten Weg zur Unterdrückungsjustiz, in der eine „empfundene Rechtssicherheit“ mehr gilt, als das Grundrecht auf Meinungsfreiheit

Meine Seiten waren alle zur Volksaufklärung gedacht – nie zur Volksverhetzung!

Die Bezeichnung „Volksverhetzer“, mit der ich jetzt stigmatisiert wurde, ist ehrverletzend, und ich bitte nicht, sondern verlange, dass ich von diesem Makel freigesprochen werde.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

**From:** krusche-kontakt@web.de [mailto:krusche-kontakt@web.de]

**Sent:** Saturday, 29 September 2007 1:05 AM

**To:** info@adelaideinstitute.org

**Subject:** Info über meine Verfolgungen

UND FRÜHER :

Berlin: Gestern berichteten wir über den Prozeß gegen den Dissidenten Klaus Krusche, der am 18. Oktober wegen vorgeblicher „Volksverhetzung“ und „Leugnung“ des „Holocaustes“ zu einer Geldstrafe verurteilt worden war. Im Nachhinein erreichte uns dazu noch ein Rundbrief, in dem sich Krusche an die Leser seiner früheren Homepage „**Die Oppositionelle**“ richtet und den wir an dieser Stelle wie folgt nachtragen wollen:

„Ich denke, es ist an der Zeit, daß ich mich wieder einmal bei allen meinen damaligen Rundbrief-Abonnenten der Homepage „Die Oppositionelle“ melde.

Viele Leser haben mich angeschrieben und sind voll Sorge, daß ich ausgewandert oder im Gefängnis wäre. In dieser Hinsicht kann ich alle beruhigen. Nein, auswandern würde ich sofort, wenn ich jünger und vermögender wäre und um mich ins Gefängnis zu stecken, dazu bin ich einfach nicht „radikal“ genug.

So versucht man mich eben finanziell fertig zu machen und zu kriminalisieren. Einige liebe Menschen, bei denen ich mich, an dieser Stelle, noch einmal herzlich bedanken möchte,

haben mich mit Solidaritätsspenden unterstützt, die zumindest zur Bezahlung der Anwaltskosten gereicht haben.

Wie ist es mir, in der Zwischenzeit, ergangen?

Daß ich, unter etwa 400 Themen auf meiner Homepage auch das Thema Holocaust benannt habe, war sicher ein Fehler. Doch meine HP würde auch heute noch existieren, wenn sie nicht von einem Psychopaten, einem Studenten der THEOLOGIE, Herrn Benjamin Schöler aus Greifswald, angezeigt worden wäre. Als sich dann die Anzeigen häuften und auch von Seiten des Staatsschutzes kamen, und selbst ein Text, den ich als Rundbrief verschickt hatte, angezeigt wurde, habe ich mich entschlossen (erst einmal) alles zu beenden.

Mein Gerichtsordner ist inzwischen gut gefüllt. Anklagen, Urteile, Einlassungen meinerseits .... Um nur einiges zu nennen. Ich möchte Sie mit den Details nicht langweilen. Falls Sie allerdings Interesse an der Hetzjagd auf mich haben sollten, schicke ich Ihnen gern entsprechende Unterlagen zu.

Warum schreibe ich Ihnen heute diesen Brief?

Weil ich enorm dazu gelernt habe, da ich mich, zu meiner Verteidigung, nun intensiv mit der Thematik vertraut gemacht habe. Deshalb möchte ich Sie bitten, dies, falls Sie es bisher noch nicht gemacht haben, auch zu tun. Informieren Sie sich allseitig – wenn Sie wollen auch bei mir – über die wahren Hintergründe der Holocaust-Legende und der enorm schädlichen Einflüsse auf die Weltpolitik der Zionisten. (Ich schreibe absichtlich nicht „Juden“, da es eine große Anzahl von klar denkenden Menschen aus dieser Religionsgemeinschaft gibt. Und sie werden immer mehr.)

Und informieren Sie sich bitte über folgende Fakten:

Das Deutsche Volk lebt in einem Gebiet, daß auch heute noch das Deutsche Reich ist und durch fremde Gewalt bewußt handlungsfähig gehalten wird.

Allen Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland lag das Grundgesetz zu Grunde, welches nie vom Deutschen Volk ratifiziert wurde und darüber hinaus von den Alliierten nur zum Zwecke der Ratifizierung durch das Deutsche Volk genehmigt war. Es sollte durch eine, vom Volk beschlossene, Verfassung ersetzt werden. Statt dessen ist am Grundgesetz so oft geändert worden, daß es jetzt nur noch ein Flickwerk ist.

Der heutige Art. 23 GG enthält, statt der an dieser Stelle von den Vätern des Grundgesetzes zwingend vorgeschriebenen Festlegung des Geltungsbereichs, nur noch Floskeln über eine verfassungslose EU! Diese stellen keinen Geltungsbereich eines Grundgesetzes oder Existenzrecht der BRD dar.

Diese Tatsache muß sich herum sprechen !!!

Ich gehöre inzwischen zu der Gruppe, die für die Wiedereinsetzung der Verfassung des Deutschen Reiches eintritt. Lassen Sie sich nicht von Sprüchen wie „Volksverhetzer, Spinner, ewig gestrige“ und schlimmere verunsichern. Jeder, der von öffentlicher Seite bei uns mit Schmutz beworfen wird, dem sollten Sie zuhören. (Es muß ja nicht sein, daß er nun Recht hat, dafür sind Sie ja nun selbst denkend genug!) Ein Mensch, wie der Staatspräsident des Iran, der als Irrer tituliert wird, besitzt eine weit höhere Intelligenz als Bush und seine Vasallen zusammen.

Was nun meine weitere Internettätigkeit anbetrifft, muß ich Sie noch um etwas Geduld bitten. Noch habe ich nicht alle Gerichtstermine hinter mir. Noch habe ich nicht „das Ende der Fahnenstange“ erreicht. Natürlich wird, bei Gerichtsterminen, als Plus gewertet, daß ich meine HP aus dem IN genommen habe, was sich allerdings keineswegs strafmildernd auswirkt.

Ich wünsche allen Glück und Gesundheit ..... und FRIEDEN

**Klaus Krusche**

P.S.: Dies ist ein einmaliges Schreiben – keine Neuauflage des Rundbriefes. (noch nicht!)

Und an den, oder die, aus dieser Runde, welche sich als „U-Boot“ bei mir eingeschlichen hatten:

Ihre Anzeige hat zu keinem Erfolg geführt!

Müssen Sie nun Ihr Honorar zurückzahlen?

Quelle: Rundbrief Klaus Krusche vom 19.10.06

[http://de.altermedia.info/general/klaus-krusche-an-die-fruheren-leser-seiner-homepage-die-oppositionelle-201006\\_7310.html](http://de.altermedia.info/general/klaus-krusche-an-die-fruheren-leser-seiner-homepage-die-oppositionelle-201006_7310.html)

## Seh. More on the Death of Free Speech in Modern Germany: the punishment of Klaus Krusche

David Irving Website (in deutsch)

<http://www.fpp.co.uk/online/07/05/Krusche.html>

RASSISMUS ?

## Welcome to Israel

Von **Wu Ming 4**

(Italienische Schriftsteller)

Athen, EU, 4. April 2002, h 0.01

Griechenland ist in Europa. Mitgliedstaat der Europäischen Union meine ich. Vielleicht schon etwas weniger europäisch als die anderen: im Flughafen von Athen lassen sie dich rauchen, auch wenn es verboten ist.

Mitten in der Nacht schlendere ich zwischen geschlossen Duty-Freeshops, taghell blendenden Lichtern und Stahlseilkonstruktionen von überbezahlten Architekten herum. Flughäfen sind alle gleich. — Ich muss mir das Genuasyndrom eingehandelt haben, sagt Vittorio Agnoletto kurzatmig und mit besorgter Miene — ich kann keine fünf Minuten sprechen, ohne daß mir ein trockener, lästiger Husten im Hals kratzt. Das ist das Tränengas... wer weiß, was die da für einen Dreck reinton. Ich muss mich unbedingt untersuchen lassen.

Ich kann mich noch gut an die Tränengaspatronen von Genua erinnern, besonders an zwei: die, die mir ein eifriger Karabiniere zwischen die Füße geworfen hat, unter das Plexiglasschild, das ich festhielt. Erstickung ist das richtige Wort dafür. Ich war in der Via Tolemaide (1). Ein beinahe biblischer Name.

Wir anderen rauchen, um die Anspannung zu lösen. Wir reden viel, ich, Guido vom "Corto Circuito" und Anubi. Anubi ist sein richtiger Name, kein Spitzname. Er ist 1970 geboren, in der Zeit der exotischen Reize, der Zeit der jungen und freakigen Eltern. Wir reden, Agnoletto geht über den verlassen Flughafen, klebt am Telefon.

— Die Genossen haben aus Jerusalem angerufen. Unser Kommen ist in den Zeitungen angekündigt worden.

— Da werden wir uns was ausdenken müssen.

— Die lassen uns nie durch.

— Wie läuft der Krieg?

— In Nablus konnten die Palästinenser einen bewaffneten Widerstand organisieren. Sie haben die Panzer aufgehalten. Betlehem steht in Flammen. Die Journalisten sind aus der Kirche draußen, die Franziskaner vermitteln. Die Italiener von Indymedia sind weiterhin in Dehijen eingeschlossen, aber es gibt ein Projekt für eine humanitäre Brücke, damit sie raus können. Sie haben Bedingungen gestellt, aber nicht alle sind damit einverstanden zu gehen. Sie nerven sich gegenseitig an.

Anubi liefert, als guter Journalist, einen Bericht aus erster Hand. Er hat Stellung im Internet bezogen und lässt nun nicht mehr locker. Alle halbe Stunde neue Nachrichten. Und an Zeit fehlt es hier ja nicht.

— Unser Programm?

— Wir müssten eine Pressekonferenz machen und die pazifistischen Israelis in Jerusalem treffen. Dann sofort nach Ramallah weiterfahren.

— Neuigkeiten von dort?

— Sie warten auf uns. Die, die wir ablösen sollen, fahren morgen ab. Wir müssten sie am Flughafen treffen. Sie beim Einchecken, wir an der Grenze.

— Die lassen uns nie durch.

— Wenigstens die Abgeordneten schon.

Ich lasse "unsere" Abgeordneten Revue passieren. Pagliardio von den italienischen Kommunisten. Um die Fünzig, glatzköpfig, Brille, Krawatte, distinguierte Miene, südlicher Akzent. Kann kein Wort Englisch. Martone von den Grünen. Jung, Brille, gutes Englisch, Windjacke. Luana Zanella, blonder Stufenschnitt, sympathisches Lächeln, Koffer mit Rollen, Schuhe mit Absätzen, immer einen Witz auf den Lippen.

Der Rest der Delegation schlummert oder trinkt einen Kaffee an der Bar. Da ist Luciano Nadalini, denkwürdiger Fotograf aus Bologna. Er kennt mich seit ich geboren bin oder zumindest ungefähr. Valerio Ncianoì Monteventi. Komunalrat aus Bologna, Statur eines Rugbyspielers, Weltmeister der Rückblicke auf ¥77. Auch er kennt mich seit ich mit Knete spielte. Freunde des alten Vaters, der sich heute in Kuba von der Sonne bescheinen lässt. Der Glückliche. Egidio. Wie in den siebziger Jahren gelebt mit einem Gesicht, das man nicht vergisst. Dann Gianni. Er ist gerade in Palau vom Schiff gegangen, als ich ihm angekündigt habe, dass ich zu den Genossen in Palästina will. Er hat das Auto und die Fähre gewendet und ist zurückgekommen, um mit mir zu kommen.

Zusammen mit Guido vier Genossen aus Rom. Zwei von der Cgil (2) aus Trento. Marco Revelli, ein Intellektueller, der kein Vorstellen benötigt, Cana blanca, Schnauzer und rostfreies Lächeln, um die Sechzig. Agnoletto spricht immer noch am Telefon, er hört nie auf. Es ist unglaublich, dass sich in einem so kleinen Mann so viel Energie konzentriert.

Guido Lutrario, einer der Sprecher des Centro Sociale (3) Ncorto Circuitoì (4) in Rom. Er ist Grundschullehrer. Er meint, wenn sie uns ausweisen könne er wenigstens seine Tochter heute nachmittag von der Schule abholen.

Anubi D'Avossa Lussurgio. Was für ein Scheißname. Schwarzer Ledermantel und changierende Sonnenbrille. Was für ein Scheißaufzug.

Ich schaue sie alle an. Es fehlt nur einer. Ich spiegele mich in einer Glasscheibe. Da ist er ja. Der Schriftsteller. Die lassen uns nie durch.

Tel Aviv, Israel, 4. April ¥02, h 4.15

Flughäfen sind alle gleich. Gleiche taghelle Beleuchtung. Gleiche Konstruktionen. Gleiche Vorschläge für die Passkontrolle. Die erste Person, die ich beim Eintreten sehe, ist Giovanni De Rose, Präsident der Arci Emilia-Romagna (5). Ich will ihn gerade begrüßen, aber er macht mir mit der Hand ein kaum wahrnehmbares Zeichen. Dann bemerke ich den riesigen Bullen, der ihn begleitet. Ich tue so als sei nichts und warne die Anderen. Sie bringen ihn in ein Büro auf der rechten Seite. Dort sind weitere Italiener. Ein paar erkenne ich wieder. Claudio "Scarface" Sabbatini (ich erinnere mich an ein Foto, das im Zimmer seines Sohnes hängt: er und Arafat, Arm in Arm) und Luciana Castellina. Es sind ungefähr zehn. Die erste Delegation, die vor einer Stunde mit dem ersten Flugzeug angekommen ist.

Wir stellen uns zur Passkontrolle an. Hinter der Scheibe ist ein Mädchen. Ehrlich gesagt sind die meisten Bullen in Sichtweite weiblich.

Unsere Antworten in ungefährem Englisch bringen sie zum Grinsen.

— Kommst du zum ersten Mal nach Israel?

— Ja.

— Wohin willst du?

— Nach Jerusalem.

— Ich dachte, du willst nach Ramallah.

— Nein. Nach Jerusalem.

— Ach ja? Und was bist du von Beruf?

— Freiwilliger Sozialarbeiter.

— Sicher, sicher, klar doch... Und warum kommst du ausgerechnet nach Israel?

— Um an einem Friedensprojekt unserer Abgeordneten teilzunehmen.

— Sicher, sicher. Setz dich ruhig schon mal ins Büro.

Ich stelle mich als letzter in die Reihe. Ich habe Zeit, sie lange zu betrachten. Fünfundzwanzig Jahre, Pickel im Gesicht, unverschämter Ton. Ich kann ihre Gedanken in ihren Augen lesen. Da sind sie ja die Freunde von Arafat, die Terroristeneskorte. Dieses Komitee von Gammlern, die hierher kommen und glauben sie können in unserem Land tun, wozu sie Lust haben.

— Warum bist du nach Israel gekommen?

— Ich begleite unsere Abgeordneten, die für ein Friedensprojekt hier sind.

Ein gelangweiltes Schnauben. Sie sammelt alle Pässe ein und sagt:  
— ...Um sie nach Hause zu begleiten.

Als ich zu den Anderen stoße, sagen sie mir, dass die erste Delegation schon zur Gepäckkontrolle zurückgeführt wurde. Nadalini ruft De Rose an.

— Sie weisen uns aus. Sie haben schon unser Gepäck durchsucht und haben die Aufkleber für den nächsten Flug nach Linate [Mailand] drauf geklebt. Nur die Abgeordneten haben sie durchgelassen. Besser als nichts. Die müssen unbedingt Ramallah erreichen.

— Was wollt ihr tun?

— Wir werden versuchen, sie zu überzeugen.

Die Zeit vergeht. Die Abgeordneten fragen mehrmals nach Erklärungen für unser Festhalten, aber die Polizisten geben keine Antwort. Die Polizistinnen sind alle jung. Luciano bemerkt, daß ich sie betrachte.

— Hast du gesehen, dass sie alle hässlich sind? Sie haben alle riesige Ärsche. Wie unsere Politessen. Wir lächeln.

— Wer wohl all diese Leute sind?

In der Tat kommen andauernd hunderte von Leuten an. Kaum aus dem Flugzeug ausgestiegen, reihen sie sich vor den Verschlängen für israelische Staatsbürger ein. Ich habe noch nie eine so massenweise Ankunft erlebt wie hier, um diese nächtliche Zeit und dann auch noch in einem Land im Kriegszustand.

Ein Verdacht. Unsere Blicke treffen sich.

Ein Land im Kriegszustand.

Eine Gänsehaut jagt uns über den Rücken während wir beobachten, wie sie sich sammeln und dann davoneilen.

### **Reservisten.**

Israelische Staatsbürger mit Wohnsitz im Ausland, die zurückkommen, um sich freiwillig zu melden. Vielleicht sogar mit Spezialflügen. Sharon hat bereits 40.000 einberufen.

Ich schaue sie an und kann es fast nicht glauben. Es sind Familienväter, junge Männer im Strandress, die aus dem Urlaub zurückkommen, Mädchen in Tops. Normale Leute. Bürger, die aus den Ferien zurückkommen, die aber morgen früh nicht ins Büro gehen. Sie werden einen Tarnanzug tragen und eine M16 im Arm halten. Sie werden einen Panzer fahren. Vielleicht werden sie jemanden umbringen.

Ich schlucke angestrengt. Die Gänsehaut verlässt mich nicht mehr.

Mit uns zusammen warten andere Italiener. Es sind Friedenshelfer. Sie sagen uns, dass sie seit zwölf Stunden hier festgehalten werden. Sie werden ausgewiesen.

Ich nähere mich vier Typen mit identischen Bäuchen und Schnauzern. Es sind Griechen. Ärzte ohne Grenzen.

— Wir sind gekommen, um zu helfen. Um den Verwundeten beizustehen. Aber sie wollen uns nicht., sagt der Jüngste.

Ein weiblicher Bulle tritt aus dem Büro und bittet uns, dem Kollegen, der unsere Pässe hat, zur Gepäckkontrolle zu folgen.

Agnoletto protestiert, fragt warum wir festgehalten wurden.

Der "Kollege" ist zwei Meter auf zwei Doppelzentner.

— Wir sind die Polizei. Das was wir sagen, musst du tun. Hier funktioniert das so.

— In Italien auch - sagt der Pimpf - aber es ist unser Recht zu erfahren, was ihr zu tun gedenkt. Wenn ihr uns ausweisen wollt, müsst ihr uns einen Grund nennen.

— Das hier ist keine Frage von Rechten. Das, was ich sage, musst du tun.

Agnoletto beginnt sich aufzuregen, er dreht sich zu uns um.

—Man muss etwas unternehmen. Wir sollten die Ansa (6), die Botschaft, das Konsulat, die Farnesina (7) anrufen...

Die Abgeordneten telefonieren. Die Abgeordneten debattieren mit der Polizei.

Die Abgeordneten telefonieren wieder. Sie holen ihre Ausweise heraus.

Die Spannung steigt. Ich bleibe etwas abseits mit Ciano, der mir zuraunt: -Sag mal, weißt du, dass ¥70 die Arbeiterbewegung Potere Operaio ein Plakat mit Leyla Kahled gemacht hat, die an einer Schreibmaschine sitzt mit einem Maschinengewehr an der Seite. Und weißt du was der Titel war? "Herrscher, Bastarde, wir werden euch zur Kursänderung zwingen!"

Dann lacht er laut. Die Anspannung treibt seltsame Früchte.

Plötzlich ein Anruf, der uns mitteilt, dass auf der anderen Seite der Grenze ein Vertreter der Botschaft ist.

— Endlich. Der Konsul?

— Nein. Der Handelsattaché.

Ich lache. Es ist allen scheißegal, dass wir hier sind und dass sie uns zurückschicken, ohne irgendeinen Grund vorzubringen.

— Wir haben noch genau solange Zeit zu überlegen, was wir tun wollen, bis wir bei der Gepäckkontrolle sind. - sagt Agnoletto.

Guido, Giangi und Anubi mit ihren inzwischen beinahe entladenen Handys nehmen mit den Genossen Kontakt auf, die vor dem Flughafen auf uns warten und teilen ihnen die Situation mit.

Dann kommt die schlechteste Nachricht. Es ist De Rose, die erste Delegation wird mit Gewalt an Bord eines Flugzeuges nach Italien gebracht.

— Sie haben Sabbatini geschubst, die Castellina haben sie an den Füßen bis zum Ausgang geschleift und De Rose haben sie den Knöchel verstaucht. Sogar der Handelsattaché ist herum geschubst worden! - kündigt Nadalini an.

Ok, dann wissen wir ja jetzt, was uns erwartet.

Jetzt müssen wir entscheiden. Agnoletto hat Recht, es bleibt nicht mehr viel Zeit, wir bewegen uns schon auf die Gepäckkontrolle am Ende des Flughafens zu.

Und da sind wir.

Der Pimpf läßt nicht locker. -Ihr könnt uns nicht einfach so ausweisen.

Die Abgeordneten protestieren. -Ihr müsst uns eine Begründung liefern. Es ist nicht hinzunehmen, dass wir nicht erfahren, warum ihr uns wegschickt. Wir wollen mit einem Vertreter unseres Konsulats sprechen.

Es kommt ein anderer Polizeibeamter, in Zivil.

— Euer Konsulat hat hiermit nichts zu tun. Dies ist ein Land im Kriegszustand und wir sind es, die entscheiden, wer rein darf und wer nicht.

Sie sind alle höflich. Bis jetzt. Bestimmt aber höflich. Taub gegenüber den Protesten aber höflich.

— Wollt ihr einen diplomatischen Zwischenfall auslösen? fragt Martone.

Das ist denen völlig egal. Dies ist ein Land im Kriegszustand etcetera etcetera.

— Wir sind in Kontakt mit unserem Außenministerium.

Dies ist ein Land im Kriegszustand etcetera.

— Italien hat noch nie einen israelischen Staatsbürger ausgewiesen.

Dies ist ein Land im Kriegszustand etcetera.

Während diese Diskussion weitergeht, bemerke ich, dass sie uns eingekreist haben. Es sind immer noch vor allem Frauen. Sie lachen und verarschen uns. Klar doch, wir sind ja auch die Freunde der Terroristen. Aber es sind auch fünf oder sechs Bestien in Uniform da. Und weitere Bullen in Zivil.

Ich bemerke, dass Ciano außerhalb des Kreises geblieben ist, mit einer langsamen und höflichen Geste von der Gruppe isoliert. Er muss als Erster zur Gepäckkontrolle, d.h. sie durchsuchen ihn und führen ihn dann woanders hin. Während sie ihn weg eskortieren, wird er den eben angekommenen Passagieren präsentiert. Ich verstehe kein Hebräisch. Aber das Wort 'Arafati' ertönt so klar wie ein Glockenschlag und wird in jedem Satz wiederholt. Diese nicken und lächeln.

Ciano ist ein Berg. Ciano ist der Größte der Reisegesellschaft. Zu groß. Es ist besser, ihn höflich wegzubringen, bevor man bei uns härter zugreift.

Agnoletto und die Parlamentarier diskutieren wieder, aber die Polizisten werden immer nervöser. Ich höre das Geräusch von klapperndem Holz und kann flüchtig sehen, wie einer einen Knüppel in der Gepäckkontrolle versteckt. Dort, wo die Bullen uns überreden wollen hineinzugehen, um uns zu durchsuchen.

Scheiße.

Sie versuchen uns hinein zu drängen, indem sie den Kreis enger schließen.

Nach kurzer Beratung beschließen wir, uns hinzusetzen und uns gegenseitig unterzuhaken. Sie werden uns wegschleifen wie sie es auch mit den Anderen getan haben.

Eine Polizistin bückt sich, um mit Agnoletto zu sprechen.

— Wenn ihr so weitermacht, müssen wir Gewalt anwenden

— Ihr habt kein Recht uns auszuweisen. Wir sind friedfertig und haben nichts getan.

Eine zwei Meter große Bestie in Uniform schiebt die Polizistin beiseite und zieht den Pimpf gewaltsam hoch. Er holt ihn heraus wie eine Sardine aus der Dose und wirft ihn ohne jede Anstrengung in das Durchsuchungszimmer. Die anderen verbieten uns, uns zu bewegen. Nadalini, den sie wahrscheinlich wegen der Fernsehkamera um den Hals für einen Journalisten halten, wird an der Tür festgehalten. Er soll sehen, was uns erwartet.

Agnoletto wird auf eine Bank gestoßen, den Arm auf den Rücken gedreht. Der Polizist drückt ihm sein Knie auf die Wirbelsäule und die anderen schlagen und treten ihn. Man kann die Schreie draußen hören. All das dauert nur wenige Sekunden, dann schicken sie ihn wieder raus.

— Kinder, die prügeln....- sagt er mit aufgerissenen Augen und erstickter Stimme.

Wir eilen ihm zu Hilfe. Er hat nichts gebrochen, auch wenn er aussieht, als würde er so leicht zerbrechen wie ein Grissini. Nur ein paar Beulen im Gesicht.

Jetzt ist Marco Revelli dran. Sie schleifen ihn am Kragen rein und treten ihm währenddessen in die Rippen. Dann ergreifen sie Egidio, der zum Glück nur wenig abbekommt.

Wir sind inzwischen alle wieder auf den Beinen und schreien. Emilianische und römische Dialekte vermischen sich zu einem Chor aus 'Aufhören!' und 'Stop the violence!'

Wir sind mitten auf einem internationalen Flugplatz. Ein Flugplatz wie jeder andere. Gleiche blendende Lichter, gleiche Scheißhängekonstruktionen, gleiche Raumaufteilung, gleiches Eisen und gleicher Zement. Die Polizei verprügelt einen 40 Kilo schweren Pimpf und einen 60jährigen Mann. Ich schaue mich um, versuche die Blicke der Leute aufzufangen, die den Saal füllen. Sie sind gleichgültig. Niemand sagt etwas.

Ich zische zwischen den Zähnen: — Ihr seid fertig.

Es reicht jetzt. Es hat keinen Sinn, uns alle massakrieren zu lassen. Sie wären dazu bereit. Das ist ihnen völlig egal. Sowohl der Polizei als auch denen, die der Szene beiwohnen, ohne mit der Wimper zu zucken. Sie sind im Kriegszustand. Wir sind Feinde. Oder Freunde der Feinde. Wir können uns zu Hause gegenseitig ins Knie ficken.

Resigniert treten wir einer nach dem anderen ein, um uns durchsuchen zu lassen. Sie verschonen nur die Parlamentarier. Ich bleibe als Letzter übrig.

Als sie mich rein rufen, stehe ich vor einem Jungen. Er ist höchstens 20, rote Haare und Sommersprossen. Er ist mindestens 30 Zentimeter kleiner als ich. Hinter ihm die Bestien, die mich anstarren.

Zuerst die Jacke. Dann der Bauchbeutel, Gegenstand für Gegenstand. Die Kontaktlinsenflüssigkeit. Der Junge hält ein. Er schaut mich an und sagt: -Stand!- und deutet auf einen Punkt vor sich und imitiert die Haltung mit abgespreizten Armen.

Er muss mich durchsuchen.

Ich bleibe stehen. Schau ihn an. Schau die Bullen an, die meine Reisegefährten verprügelt haben. Es ist wirklich vorbei. Sie jagen uns davon, sie werden unsere Pässe abstempeln, unsere Namen registrieren. Wahrscheinlich können wir nie wieder einen Fuß in dieses Land setzen. Um ehrlich zu sein, haben wir nie einen Fuß hinein gesetzt. Unsere Genossen sind in einem Krankenhaus in Ramallah, um einem schwachen Hoffnungsschimmer einen Spalt offen zu halten. Unsere Genossen haben den Scharfschützen und den Strassensperren getrotzt, um der Zivilbevölkerung Lebensmittel zu bringen. Sie haben Krankenwagen eskortiert. Sie waren Augenzeugen des Horrors. Der Scharfschützen und der Exekutionen. Der massakrierten Zivilisten. Wir hätten sie ablösen sollen. Die Abgeordneten eines europäischen Parlaments begleiten, um zu sehen, was in Ramallah vor sich geht. Um die Sicherheit der humanitären Konvois zu garantieren, und um die palästinensischen Ärzte zu verteidigen. Wir werden es nicht tun können. Das haben sie auf äußerst eindeutige Weise klar gemacht. Ihr habt gewonnen Bastarde. Wir gehen.

Ich kreuze ihre Blicke. Und dann sinke ich auf die Knie, die Arme über dem Kopf erhoben.

Der Junge ist schnell, er zieht mich sofort wieder auf die Beine, rot vor Scham und übergibt mich den Bullen.

Tel Aviv, Israel, 4. April '02, h 8.15

Die gute Nachricht ist, dass wir in das gleiche Flugzeug eingeecheckt werden wie unsere Genossen, die in Ramallah waren und nun nach Hause fahren. So machen wir die Reise wenigstens in Begleitung ihrer Erzählungen. Ein warmes Bad Menschlichkeit nach der kalten Dusche.

Ich bleibe auch diesmal am Ende der Schlange. Und als ich den Fuss auf die Treppe setze, halte ich inne, um einem der Bullen die Hand zu drücken.

Der ist dermaßen überrascht von der Geste, dass er sie nicht einmal zurückzieht.

— Ich wollte nur dein Land besuchen. Mit eigenen Augen sehen. Meine Freunde treffen. Warum darf ich das nicht tun?

Er schüttelt den Kopf, weiß nicht, ob ich es ernst meine oder ihn verarschen will. Er blickt zu seinen Kollegen und stottert irgendetwas Unverständliches.

Ich steige die Treppe hoch mit pochendem Herzen, aufgeregt alle meine Lieblingssuperhelden wiederzusehen.

Drauf geschissen, ich bin Schriftsteller. Ich fahr nach Hause zurück und schreibe.

#### Anmerkungen der Übersetzerin

Via Tolemaide: Ptolemaios  
Cgil: Arbeitergewerkschaft der Kommunisten  
Centro Sociale: selbstverwaltete Kulturzentren meist der Linken  
Corto Circuito: Kurzschluss  
Ansa: italienische Presseagentur  
Arci Emilia-Romagna: Kulturelle Vereinigung der Emilia-Romagna  
Farnesina: Sitz des italienischen Außenministeriums

<http://www.wumingfoundation.com/italiano/downloads.shtml>

ZEHN JAHREN FRÜHER

## Ein freies Land ?

**Februar 1996:** Auf Beschluß des Amtsgerichtes Starnberg wurden die Geschäftsräume der Verlagsgesellschaft Berg durchsucht: Unter anderem suchten die Beamten nach angeblich vorhandenen Büchern, die Anfang der 60er Jahre in Österreich erschienen waren. Da diese Bücher nicht im Verlag aufgefunden wurden, beschlagnahmten die Beamten einen Videofilm, der 1992 als Ansichtsexemplar von einem bekannten Grossisten geliefert worden war.

**Februar 1996:** Die Geschäfts- und Privaträume eines Verlegers in Vlotho wurden von rund 20 Beamten durchsucht, wobei - ungeachtet des Datenschutzes - alle Verlagsadressen und Computerprogramme überspielt und etliche Akten, sowie Bücher und Hefte beschlagnahmt wurden.

**Februar 1996:** Bei der Durchsuchung von 22 Wohnungen im Kreis Recklinghausen und in Lübenau bei Cottbus beschlagnahmten rund 150 Polizeibeamte zwei Lastwagenladungen voll mit politischen

Druckschriften, einen Computer und Programme.

**März 1996:** Das Amtsgericht Mannheim beschlagnahmte die Bücher von **Jan van Helsing**, erschienen im Ewert-Verlag, welche sich mit der Thematik der geheimen Gesellschaften auseinandersetzen. Laut »Börsenblatt« war die Beschlagnahmeanordnung sämtlicher Exemplare bundesweit vollstreckbar. Neben Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüssen wurden gegen Buchhändler Verfahren wegen »Volksverhetzung« eröffnet und gegen den Autor ein **Haftbefehl** beantragt.

**März 1996:** Wegen einer Werbeanzeige gegen die Wehrpflicht, in der die Bundeswehr in die Tradition der deutschen Wehrmacht gestellt wurde, hatte die Polizei die Geschäftsräume der Tageszeitung TAZ in Berlin durchsucht. Festgestellt werden sollte der Auftraggeber der Werbung.

**März 1996:** In Mohrkirch wurden aufgrund des Beschlusses des Amtsgerichtes Kappeln die Geschäftsräume des Lühe-Verlages durchsucht. Grund für diese Durchsuchung war das Vorrätighalten und Versenden der Bücher des Autoren **J. G. Burg**, in denen die staatlich festgelegte Geschichtsschreibung bezweifelt wird.

[Seh. <http://aaargh.com.mx/fran/livres/livres.html> ]

**April 1996:** Von rund 450 Polizeistellen wurden in ganz Deutschland etwa 1.000 Buchhandlungen nach Comics von Walter Moers und Ralf König und nach einem Sachbuch von Midas Dekkers durchsucht, ohne daß den Verlegern oder Buchhändlern ein richterlicher Beschluß dazu zunächst bekannt gegeben wurde. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft weigerte sich, an der Aktion teilzunehmen.

**Mai 1996:** Der Tübinger **Grabert-Verlag** teilte mit, daß zu diesem Zeitpunkt fünf Titel des Verlages verboten bzw. beschlagnahmt waren.

**Mai 1996:** Ein 74jähriger Buchautor und Versandbuchhändler wurde vom Schöffengericht Bad Neuenahr-Ahrweiler wegen Verbreitung seines Buches zu einer Geldstrafe von 24.000 DM verurteilt. Ein besonderer Höhepunkt der neuen Rechtsprechung: Da das Buch bereits vor Jahren erschien, war presserechtliche Strafverjährung eingetreten. Das Gericht erklärte deshalb das Buch für »jugendgefährdend« und bestrafte den Verfasser nicht als »Autor« sondern als »Versender«, weil man jugendgefährdende Bücher nicht im Versandhandel vertreiben darf und diese Straftat nicht verjährt war.

**Mai 1996:** Der Bundesanzeiger Nr. 100 teilte die Indizierung eines Buches des Verlages "**Neue Visionen** GmbH" aus der Schweiz mit, welches eine andere Geschichtsauffassung vertritt, als die staatlich festgelegte. Außerdem wurden zwei Schallplatten mit Tondokumenten aus der Zeit vor 1945 indiziert.

**Mai 1996:** Zum dritten Mal innerhalb von 14 Monaten fand eine Hausdurchsuchung bei VAWS in Bingen statt. Während es bei der ersten Durchsuchung um bis heute unbekannte Anschuldigungen gegen die Unabhängigen Nachrichten ging, suchten die Polizisten bei der zweiten Hausdurchsuchung CDs, die überall in Kaufhäusern angeboten wurden. Lediglich bei VAWS sah man darin eine Straftat. Bei der dritten Durchsuchung ging es um zwei Bände der Bücher von **Jan van Helsing**.

**Juni 1996:** Der Bundesanzeiger Nr. 119 vom 29. Juni 1996 teilte die Indizierung von zwei weiteren **Schallplatten** einer Düsseldorfer Firma mit, welche lediglich historische Tondokumente beinhalten.

**Juni 1996:** Beim »Buchdienst Südtirol« in Nürnberg führten Beamte der Polizei und des Landeskriminalamtes eine Hausdurchsuchung durch. Der Grund dafür war das Angebot einer Neuerscheinung von **Serge Thion** aus dem »Verlag der Freunde«, Berlin. [ <http://www.aaargh.com.mx/fran/livres/SThwpw.pdf> ]

**Juni 1996:** Der Inhaber des Grabert-Verlages wurde als Verleger eines Buches vom Amtsgericht Tübingen zu einer Geldstrafe in Höhe von 30.000 DM verurteilt, weil das Buch nicht der staatlich festgelegten Offenkundigkeit historischer Tatsachen entsprach.

**Juni 1996:** Zum zweiten Mal innerhalb von sieben Monaten veranstaltete die Staatsanwaltschaft im »Verlag der Freunde« eine **Razzia**. In der Ausgabe 1/96 der Zeitschrift *Sleipnir* sollte jemand in »strafrechtlich relevanter Weise beschimpft« worden sein. Bei der Aktion wurden mehrere tausend Exemplare der Zeitschrift und andere Druckerzeugnisse beschlagnahmt.

**Juli 1996:** Bei dem Druffel-Verlag in Starnberg wurden mehrere Druckerzeugnisse beschlagnahmt oder gänzlich eingezogen, einige tausend Exemplare versiegelt. Es handelte sich dabei um Schriften, die sich **kritisch mit der Justiz der Sieger** des Zweiten Weltkrieges auseinandersetzen.

**Juli 1996:** Der »Newsletter« der Bundesprüfstelle teilt mit, daß eine weitere CD eines Liedermachers aus Ehningen indiziert wurde (Bundesanzeiger Nr. 141, vom 31.7.1996).

**Juli 1996:** Mehr als 200 CDs und diverse Kassetten mit kritischem Inhalt hatte der Berliner Staatsschutz bei Durchsuchungen in einer Schallplattenfirma in Friedrichshain und in diversen Wohnungen beschlagnahmt. Gegen den 25jährigen Geschäftsinhaber sowie die vier Mitarbeiter im Alter zwischen 22 und 34 Jahren wurde unter anderem wegen "Verdachts des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

**August 1996:** Am 7.8.1996 wurden die Geschäftsräume der Versandbuchhandlung 'Lesen und Schenken' in Kiel auf Antrag der Staatsanwaltschaft Kiel durchsucht. Es wurden drei Buchtitel eines fremden Verlages gesucht. Gegen den Firmeninhaber wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

**August 1996:** Die Polizei nahm unweit von Rheinsberg 26 Jugendliche fest, weil sie Lieder mit politischem Inhalt abgespielt hatten. Mehrere Kassetten wurden dabei beschlagnahmt.

**Oktober 1996:** *Der Spiegel* meldete am 21.10.96, daß die Staatsanwaltschaft Bayreuth ein Ermittlungsverfahren wegen "Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole" gegen einen Parteivorsitzenden eingeleitet hatte, weil dieser bei einer Rede im fränkischen Kulmbach von »Verfolgungs-« und »Polizeistaatsmethoden « in der BRD gesprochen hatte.

**Dezember 1996:** Nach 18 Berufsjahren als Versandbuchhändler wurde Wieland Körner aus Bremen zu einer Geldstrafe von 13.500 DM verurteilt, weil er mehrere Exemplare eines umstrittenen Buches aus dem Hohenrain-Verlag verkauft hatte.

**1996** erhielten verschiedene Politiker, darunter Ministerpräsidenten und Innenminister, Drohbriefe mit angeblich rechtsextremistischem Hintergrund. Als Absender wurden fiktive Organisationen wie eine »Großdeutsche Befreiungsfront« oder ein »Kommando Volkszorn Brandenburg« genannt. Die Staatsanwaltschaft Hildesheim ermittelte den mutmaßlichen Täter: **ein Staatsschutzbeamter der Kripo in Braunschweig**. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurden die Kollegen fündig. Sie fanden neben vergleichbaren Briefen auch 2.000 Schuß Munition, eine Präzisionsschleuder und Sprengstoff. Wegen solcher Drohbriefe eines »Staatsschützers« wurden über 30 Wohnungen von behördlich registrierten »Rechten« durchsucht. Eine der erfundenen Terrororganisationen, die »National-Autonomes Zellen«, tauchte 1994 sogar im Niedersächsischen Verfassungsschutzbericht auf.

**Januar 1997:** Am 30.1.1997 wurden in Berlin die Geschäftsräume der »linken« Tageszeitung »*Junge Welt*« durchsucht. Auch dort wurde, wie schon im Januar 1996 bei den 'Unabhängigen Nachrichten' durch die Beschlagnahme von Recherche- und Arbeitsmaterialien sowie eines Personalcomputers das Redaktionsgeheimnis faktisch außer Kraft gesetzt.

**April 1997:** Das Landratsamt Starnberg teilte dem Verleger **Dr. Gert Sudholt** mit, daß seine gewerbliche Zuverlässigkeit im Sinne des § 35 GewO grundsätzlich in Frage gestellt sei, weil er als Gewerbetreibender wegen eines Verbrechens oder Vergehens verurteilt, oder wegen einer Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld belegt worden sei (Volksverhetzung und Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole). Wenn er also seine Publikationen nicht ändert, droht ein »Berufsverbot«.

**Mai 1997:** Eine Sonnwendfeier in einer Grillhütte wurde von einer Polizeihundertschaft umstellt, die Teilnehmer und Anreisende durchsucht - **und das von Reichspräsident Ebert (SPD) zur Nationalhymne erhobene Deutschlandlied beschlagnahmt** (siehe auch UN 8/97).

**Juli 1997:** Neun Objekte im Süden Sachsen-Anhalts und in Leipzig wurden von der Polizei durchsucht. Dabei wurde umfangreiches Material, rund 1.300 CDs, Musikkassetten, Broschüren und diverses Schriftmaterial beschlagnahmt.

**Juli 1997:** Die Polizei verbot eine geplante Demonstration auf dem Marktplatz von Halle. Die Kundgebung sollte unter dem Motto »Deutschland in Not« stehen.

**August 1997:** Der Liedermacher Veit Kelterborn wollte auf einem Konzert seine neue CD vorstellen. Nach ca. einer halben Stunde klirrten die Fensterscheiben und eine Hundertschaft SEK stürmte den von innen verschlossenen Saal. Der Liedermacher sowie einige Gäste wurden vorübergehend verhaftet.

**August 1997:** Autobahnen, Bundes- und Landstraßen glichen Heerlagern. Sämtliche Polizeikräfte der Republik waren im Einsatz. Der Grund: Es galt mit allen Mitteln zu verhindern, daß Demonstrationen durchgeführt wurden, die auf die mysteriösen Umstände des Todes von Rudolf Heß (**sein Rechtsanwalt erklärt unbeanstandet, er gehe davon aus, daß sein Mandant im Spandauer Gefängnis umgebracht worden sei, d.V.**) hätten hinweisen können, 800 Personen wurden vorsichtshalber festgenommen. Gegen mehr als 100 weitere wurde schon im Vorfeld eine Meldepflicht über 3 Tage verhängt. Sie mußten sich dreimal täglich bei den örtlichen Polizeistellen melden.

**1997:** Jüngst erschien das Buch »Der V-Mann«, das die Hintergründe um den Agenten und Betrüger Michael Wobbe aufdeckt, der jahrelang für das niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz eine inzwischen verbotene Partei ausspähte. Wenn der Verfassungsschutz Berichte brauchte, sollte Wobbe »was anleiern«. Er machte Schulungen und verteilte Propagandamaterial. Ohne seine Aktivitäten als V-Mann wäre so manche »neonazistische« Gruppe erst gar nicht entstanden. In einer Talkshow gab er zu, daß er gezielt in Orte geschickt wurde, um dort auffällige Jugendliche zu Straftaten zu »aktivieren«, so daß man sie aburteilen konnte." - **dazu wird umfangreich ergänzend auf die diversen Beiträge "Provokation" auf dieser Homepage hingewiesen!**

## BUCHMESSE MIT "WEISEN VON ZION"

### Antisemitische Literatur in Belgrad

Andrej Ivanji

Das antisemitische Pamphlet *Die Protokolle der Weisen von Zion* ist derzeit auf dem Stand des Verlags Ichtus auf der internationalen Belgrader Buchmesse ausgestellt. Besucher aus Israel wie die serbische Schriftstellerin jüdischer Herkunft, Ana Šomlo, waren über die Präsentation des antisemitischen Werkes "böse überrascht und enttäuscht". Zumal gegen Ichtus ein Gerichtsprozess wegen antisemitischer Publikationen wie *Das Serbentum in den Krallen der Juden* oder *Der Ritualmord bei den Juden* geführt wird.

Die jüdische Gemeinde in Belgrad protestierte bei den serbischen Behörden und forderte vergebens, die Bücher wenigstens von der Messe zu entfernen, die ansonsten in vielen Buchhandlungen in Serbien ausgestellt sind. Staatliche Institutionen in Serbien verhielten sich passiv gegenüber Antisemitismus, den Teile der serbischen orthodoxen Kirche schürten und auf den man vereinzelt in Politik und Medien stoße, sagte die Schriftstellerin Šomlo. Nur wenige Juden hätten den Zweiten Weltkrieg in Serbien überlebt; Persönlichkeiten, die aktiv am Holocaust mitgewirkt hätten, würde man heute in Serbien glorifizieren.

Antisemitismus und Klerikalfaschismus seien in Serbien die Folge einer aggressiven nationalistischen Politik und hätten ihre Wurzeln in einer ganzen Reihe nationalistischer Parteien und Verbände, meinte der Schriftsteller Filip David zu der Affäre.

*Der Standard*, 29.10.2007  
<http://derstandard.at/>

## HÖCHSTE BEDEUTUNG

### UNESCO verabschiedet Resolution zum Holocaust-Gedenken

Die Generalkonferenz der UNESCO hat vorgestern (23.10) einstimmig eine historische Resolution verabschiedet, die zur Förderung eines Holocaust-Bewusstseins durch Erziehung und **zum Kampf gegen alle Formen von Holocaust-Leugnung** aufruft. Die Resolution war vom israelischen Außenministerium entworfen und einer Gruppe von Staaten - neben Israel die USA, Russland, Australien und Kanada - vorgeschlagen und weiteren 72 Staaten mitgetragen worden. Sie ermöglicht es der UNESCO, neben dem vom UN-Sekretariat in New York entwickelten Programm für Holocaust-Bewusstsein ein eigenes Erziehungsprogramm zu planen und zu verbreiten. Israels stellvertretende Ministerpräsidentin und Außenministerin Tzipi Livni begrüßte diesen wichtigen Fortschritt innerhalb von Israels diesbezüglichen Bemühungen: "Die UNESCO-Resolution ist von höchster politischer und moralischer Bedeutung, insofern sie die moralische Verpflichtung der Staaten der Welt schärft, auf der Erinnerung an den Holocaust zu beharren und seine Leugnung zu bekämpfen. Dies ist unsere historische Pflicht gegenüber den Opfern und Überlebenden des Holocaust, und wird als **klare Warnung** für jede Gesellschaft dienen, das Versprechen 'Nie wieder' einzulösen."

Newsletter der israelischen Botschaft Berlin. Außenministerium des Staates Israel, 24.10.07) "die jüdische" 25.10.2007 16:55

[http://www.juedische.at/TCgi/v2/TCgi.cgi?target=home&Param\\_Kat=16&Param\\_RB=&Param\\_Red=8753](http://www.juedische.at/TCgi/v2/TCgi.cgi?target=home&Param_Kat=16&Param_RB=&Param_Red=8753)

## MEINUNGSFREIHEIT ? WO ?

### Gaskammer-Zweifel bei Feier für Mölzer-Blatt

Wien - Der Verteidiger von Holocaust-Leugner David Irving hat seine Aussage, dass es keinen Sachbeweis für die Existenz von Gaskammern gebe, wiederholt - diesmal allerdings auf österreichischem Boden. Es würde lediglich Zeugenaussagen und Geständnisse geben, erklärte er

bei einer Feier des Mölzer-Blattes "Zur Zeit". Mit einer ähnlichen Aussage hatte **Anwalt Herbert Schaller** bereits im vergangenen Dezember bei der Holocaustleugner-Konferenz in Teheran für Aufsehen gesorgt.

Schaller war bisher nicht zu verfolgen, da er die Aussagen in Teheran, also im Ausland getätigt hatte. Mehr Chancen hatte sich die Staatsanwaltschaft nach der Veröffentlichung einer Broschüre im Inland ausgemacht. Die laut Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) rechtsextreme Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) hatte die Rede in Teheran abgedruckt. Als Erscheinungsort ist Klagenfurt angegeben.



links zu recht : Wolfgang Fröhlich, Frederick Töben und Herbert Schaller in Teheran, Dez. 2006

### Irving-Video

Auch **David Irving** hat sich bei der Zehn-Jahres-Jubiläumsfeier via Videoeinspielung zu Wort gemeldet. Er war von einem Wiener Straflandesgericht für schuldig befunden worden, in zwei Reden 1989 Zweifel an dem vorsätzlichen Massenmord an Juden und der Existenz der Gaskammern in Auschwitz geäußert zu haben. Nach seiner vorzeitigen Entlassung war er im Dezember vergangenen Jahres auf Bewährung aus Österreich abgeschoben worden.

### "Wie damals bei den Nazis"

Irving verglich in seiner Grußbotschaft Österreich mit einem Polizeistaat und beschuldigte die Behörden, NS-Methoden bei seiner Verhaftung angewandt zu haben. "Wie damals bei den Nazis", beschrieb er seine Verhaftung, niemand habe gesagt, wofür er beschuldigt werde. "Es ist so, als wenn Anwälte und Staatsanwälte die Hacken zusammenschlagen, es fehlt ihnen nur der Ärmelstreifen." Abermals sah sich Irving von der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) verfolgt.

### "Sturmgeschütz der Meinungsfreiheit"

Harmloser gerieten die Reden von "Zur Zeit"-Chefredakteur Andreas Mölzer und Ex-FPÖ-Vizechef Otto Scrinzi. Mölzer lobte die Taten seines "Leitmediums des Dritten Lagers" als "Sturmgeschütz der Meinungsfreiheit in diesem Land". Außerdem verteidigte er die Zuspelung mit Irving: Auch Leute, die einmal "gesessen" seien, hätten ein Recht auf Meinungsfreiheit. Scrinzi referierte wiederum etliche Zeit über "die Freiheit, die er meint". (red/APA)

Der Standard 30. Oktober 2007

<http://derstandard.at/?url=/?id=3094182>

ISRAELISCHE LÜGE

## Strittiger Tod des "Dr. Tod"

**Aribert Heim dürfte am Leben sein, sagt Historiker Zuroff  
Dass der SS-Mann 1982 von einem Geheimkommando in Kalifornien getötet wurde, sei reine  
Erfindung**

**András Szigetvari**

Wien – Der SS-Arzt Aribert Heim war in Vergessenheit geraten. Seit über 40 Jahren war „Dr. Tod“ untergetaucht. Es gab keine heiße Spur. 2004 änderte sich das schlagartig. Die deutschen Behörden entdeckten damals ein Berliner Konto mit einer Million Euro Guthaben. Der Inhaber war jener „Doktor“ Heim, der in den KZs Sachsenhausen, Buchenwald und Mauthausen von 1941 bis 1945 hunderte Menschen mit Giftspritzen ermordet haben soll. In Deutschland wurde eine Ergreiferprämie ausgesetzt, eine Sonderkommission eingerichtet. Heim lebt, stand für die Ermittler fest.

Vergangenes Wochenende ist die bisher spektakulärste These über den Verbleib Heims aufgetaucht. Der ehemalige israelische Offizier **Danny Baz** behauptet in seinem neuen Buch („*Weder Vergessen noch Verzeihen. Im Zentrum der Treibjagd nach dem letzten Nazi*“), dass er 1982 an der Tötung Heims beteiligt war. Eine Gruppe namens „Eule“ soll Heim auf eigene Faust ausgeforscht und in Kalifornien getötet haben.

„**Das ist unmöglich**“, sagt der Historiker und Leiter des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Jerusalem, Efraim Zuroff. „Alles deutet darauf hin, dass Heim lebt.“ Da sei etwa ein Brief Heims aus dem Jahr 1986, der belege, dass Heim damals noch am Leben war. Baz wolle mit seinen Angaben **nur PR für sein neues Buch machen**.

Seit dem Fund des Berliner Bankkontos jagt auch Zuroff den „kleinen Mengele“ Heim. Der in Bad Radkersburg geborene Heim ist die Nummer zwei auf der Liste des Wiesenthal-Zentrums der meistgesuchten Kriegsverbrecher. Nummer eins ist der österreichische Eichmann-Vertraute Alois Brunner, der aber laut Zuroff in Syrien verstorben sein könnte. „Was die Suche nach Heim so schwer macht, ist, dass er sehr wohlhabend ist“, erzählt Zuroff.

Heim arbeitete **bis 1962** unbehelligt als Mediziner in Deutschland. Dann wurde ein Haftbefehl gegen ihn erlassen, Heim tauchte ab. Zuroff vermutet, Heim lebe heute in Spanien oder Südamerika. Zuroff will den SS-Arzt nicht nur vor Gericht stellen, damit ein Verbrecher nicht ungeschoren davonkommt. „Er ist ein Symbol für die Pervertierung der Medizin im Dienste der Nazis.“ Und es geht darum, ein Zeichen zu setzen, dass die Welt die Shoah bis heute nicht vergessen hat. Sollte Heim verhaftet werden, empfiehlt Zuroff eine Anklage in Österreich. „Das hätte die größte Wirkung. Schließlich wurde in Österreich seit 30 Jahren kein NS-Verbrecher mehr verurteilt.“

*Der Standard*, 15.10.2007

GENERALMAJOR !

## Lüneburg: Geschichtsfälscher-Vortrag fiel aus

Am 20. Oktober sollte in Lüneburg eine Veranstaltung mit dem Geschichtsrevisionisten **Gerd Schultze-Rhonhof** stattfinden.

Nachdem die örtliche Antifa dagegen Mobil machte und auch die VVN-BdA protestierte, sagten die Veranstalter die Veranstaltung eine Woche vorher wieder ab. Dennoch trafen 12 Personen am Veranstaltungsort ein und standen vor verschlossener Tür. Scheinbar wurden sie nicht von der Absage des Vortrags informiert.

Für eine Vortragsveranstaltung am 20. Oktober 2007 in Lüneburg hatte sich der "Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum - Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung" den ehemaligen Generalmajor der Bundeswehr und Geschichtsrevisionisten Gerd Schultze-Rhonhof eingeladen. Der

"Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum" ist eine Vereinigung aus dem Milieu revanchistischer Vertriebenenvereinigungen um die niedersächsische Landesvorsitzende der "Landsmannschaft Ostpreußen", Barbara Loeffke aus Lüneburg.

Gerd Schultze-Rhonhof ist **einer der prominentesten Geschichtsrevisionisten in der BRD**. Der Ex-Generalmajor aus Buxtehude leugnet in Vorträgen, Büchern und Zeitungsartikeln die Kriegsschuld und Expansionspolitik Deutschlands und behauptet, das Deutsche Reich sei von den Nachbarstaaten quasi in den Krieg getrieben worden.

Ließ die Vertriebenenfunktionärin Loeffke zunächst über die örtliche Presse noch verlauten, sich nicht von Linken "terrorisieren" zu lassen und die Veranstaltung durchzuführen, ist jetzt in der "Preußischen Allgemeinen Zeitung" (Ostpreußenblatt) zu lesen, dass die Veranstaltung "leider ausfallen muss".

Gerd Schultze-Rhonhof:

Mit seinem Buch *Der Krieg der viele Väter hatte* tourt Schultze-Rhonhof seit Jahren durch diverse Vereine und Gruppierungen der extremen Rechten.

Obwohl Schultze-Rhonhof von der Geschichtswissenschaft fachlich nicht anerkannt wird, finden seine Thesen eine recht große Leserschaft. In extrem rechten Publikationen wie der *Deutschen Nationalzeitung* wird Schultze-Rhonhof regelmäßig als Kronzeuge herangezogen. In der Parteizeitung der NPD, der *Deutschen Stimme*, wird das Machwerk von Schultze-Rhonhof empfohlen und ist auch im Sortiment des Verlages erhältlich. Im Mai 2006 trat Rhonhof gemeinsam mit den umstrittenen Historikern Stefan Scheil und Walter Post auf einer Tagung der beiden revisionistischen Verleger **Wigbert Grabert** und **Gert Sudholt** auf. Im Februar trat dieses Trio bei der extrem rechten Burschenschaft "Germania" in Marburg auf und im März auf einer Veranstaltung der rechtskonservativen "Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft" (SWG) in Hamburg. In neofaschistischen Kreisen hat er sich mittlerweile durch sein Buch **einen Namen als revisionistischer Historiker gemacht**.

In seinen Schriften zur Entstehungsgeschichte des Zweiten Weltkriegs vertritt Schultze-Rhonhof Positionen, die von der überwiegenden Mehrheit der Geschichtswissenschaft als abwegig beurteilt werden. Sofern seine Arbeiten von Fachautoren rezipiert worden sind, haben diese Schultze-Rhonhofs Arbeiten einer tendenziös geschichtsrevisionistischen und nicht einer objektiv wissenschaftlichen Auseinandersetzung zugeordnet.

So geht sein 2003 erschienenes Buch davon aus, dass Hitler den Überfall auf Polen nur begangen hätte, um die "Wahrung der Menschenrechte der Volksdeutschen, [die] Wiederangliederung Danzigs und [den] Bau exterritorialer Verkehrsverbindungen nach Ostpreußen" zu garantieren. Dabei wird eine Einordnung in das aggressiv-expansionistische Gesamtkonzept der Nazis nicht vorgenommen. Dokumente, die dieses expansionistische Gesamtkonzept belegen, werden entweder verschwiegen oder wie die so genannte Hoßbach-Niederschrift in die Nähe einer alliierten Fälschung gerückt. Überhaupt geht Schultze-Rhonhof davon aus, dass amtliche Quellenbände wie die "Akten zur deutschen und auswärtigen Politik" systematisch von den Alliierten gefälscht worden seien.

Der militärische Einmarsch in die Tschechoslowakei wird von ihm lediglich aus militärisch-strategischer Sicht als "Sündenfall" gewertet, eine Distanzierung erfolgt nicht. Die Tschechoslowakei wird mit der wiederholten Verwendung des Terminus "Resttschechei" der damaligen nationalsozialistischen Machthaber systematisch delegitimiert.

Eine Auseinandersetzung mit den Arbeiten seriöser Historiker findet fast durchweg nicht statt oder es wird generell deutschen Historikern unterstellt, dass sie gezwungen seien, ein den Alliierten gefälliges Geschichtsbild zu vermitteln. Als wichtigste Belege Schultze-Rhonhofs werden andere Hobbyhistoriker und Geschichtsrevisionisten wie **David L. Hoggan**, der ehemalige Gaupresseleiter, SS-Mann und Landserheftautor **Erich Kern**, das frühere Mitglied der Deutschen Reichspartei Friedrich Grimm sowie **der französische Holocaust-Leugner Paul Rassinier** herangezogen. Allen genannten Autoren konnten Historiker in den letzten vierzig Jahren systematische Quellenfälschungen und Entstellungen nachweisen, so dass diese in der Geschichtswissenschaft nicht als zitierwürdig angesehen werden .

Das italienische Innenministerium beantwortete jüngst eine Parlamentsanfrage zu Vorfällen bei den "Südtiroler Schützen" - einer der größten deutschen Traditionsvereinigungen in Norditalien - im letzten Jahr. Ein "deprecabile errore" (bedauernswerter Fehler) war nach Aussage des Kommandanten der "Südtiroler Schützen" die Einladung an Generalmajor a.D. Schultze-Rhonhof. Sein Vortrag führte dazu, dass der Kulturverantwortliche der Südtiroler Schützen im Januar 2007 von seinem Amt enthoben wurde. Das italienische Innenministerium macht bei der Beantwortung der Parlamentsanfrage eine klare Aussage über Schultze-Rhonhof: "der von den deutschen

Sicherheitsdiensten der extremen Rechten zugeordnet wird, da er bekannt ist für seine revisionistischen Thesen und die Verleugnung der nazistischen Schuld".

In Deutschland ist Schultze-Rhonhof nach wie vor Referent bei der extremen Rechten. So trat er am 30. Juni 2007 in der sog. "Gedächtnisstätte" im sächsischen Borna auf. **Diese "Gedächtnisstätte" ist ein Zentrum von Alt- und Neonazis, das eng mit den Holocaustleugnern des sog. "Collegium Humanum" in Vlotho zusammen arbeitet.** Verschiedene Internetseiten von sächsischen Neonazigruppen berichteten anlässlich des Auftritts von Schultze-Rhonhof am 30. Juni 2007 in Borna: "Zu diesem Vortrag, welcher einen kritischen Blick auf die Ereignisse vor dem 2. Weltkrieg zum Thema hatte, kamen auch etwa 130 junge nationale Sozialisten aus Leipzig, dem Leipziger Umland und Chemnitz." Schultze-Rhonhof bezeichnete diese Neonazis später in einem Leserbrief im Stader Tageblatt als "junge, höfliche, sauber gekleidete Leute".

Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen 20.10.2007  
<http://de.indymedia.org/2007/10/197432.shtml>

FERTIG

### **Keine Haft mehr für Holocaust-Leugner in Spanien**

Wer den Holocaust leugnet, muss in Spanien künftig nicht mehr mit einer Haftstrafe rechnen. Das Verfassungsgericht entschied nach Presseberichten vom Freitag, dass ein entsprechender Paragraph des Strafgesetzbuches geändert werden müsse. Wer den millionenfachen Mord an Juden im Nationalsozialismus leugnete, musste bisher in Spanien mit bis zu zwei Jahren Haft rechnen.

Nach einer Klage des Neonazis Pedro Varela, entschied das Gericht, dass die Äußerung von Zweifeln am Holocaust unter die Meinungsfreiheit fallen müsste und eine Strafe verfassungswidrig wäre. Die ausführliche Begründung des Urteils wird in einigen Tagen erwartet. Weiterhin mit bis zu zwei Jahren Haft geahndet werden soll hingegen die Rechtfertigung jeglichen Völkermordes, was den Holocaust miteinschließt.

Im Unterschied zu Österreich und Deutschland, wo auf die Anzweiflung und Leugnung des Holocausts teils langjährige Haftstrafen stehen, existieren in zahlreichen europäischen Staaten bisher keine vergleichbaren Strafbestimmungen. Ein Rahmenbeschluss der EU vom April 2007 strebt eine Mindestharmonisierung von Strafvorschriften zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit an

*Kleine Zeitung* 9.11.07.  
<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/627534/index.do>

MEHR GELD, IMMER MEHR

### **Holocaust-Überlebende: Israel fordert mehr Geld Wiedergutmachungsverträge sollen "Löcher" haben**

Israel will mit Deutschland über die Wiedergutmachungsverträge von 1952 nachverhandeln. Das fordert der israelische Minister Eitan. In den Verträgen seien viele Aspekte von Holocaust-Überlebenden nicht berücksichtigt worden. Die Bundesregierung will nicht nachverhandeln.

Eitan sagte der Tageszeitung "Haaretz", er wolle diesen Wunsch Israels während des geplanten Besuchs von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) ansprechen. Die Bundesregierung will die Wiedergutmachungsverträge für jüdische Holocaust-Überlebende allerdings nicht nachverhandeln. Finanzminister Peer Steinbrück beabsichtige nicht, während seines Besuches in Israel "derartige Gespräche zu führen", sagte dessen Sprecher Torsten Albigh am Freitag in Berlin.

#### **INFOBOX**

##### **Die Wiedergutmachungsverträge**

Deutschland hatte am 10. September 1952 mit Israel und der Jewish Claims Conference (JCC) das sogenannte Luxemburger Abkommen geschlossen. Darin verpflichtete sich die Bundesrepublik,

jüdischen Opfern des Nationalsozialismus Wiedergutmachung zu leisten. Insgesamt 3,5 Milliarden DM sollten an Israel wegen der Verfolgung, Sklavenarbeit und Diebstahl an jüdischem Eigentum gezahlt werden. In enger Partnerschaft mit Israel hat die Jewish Claims Conference seither Zahlungen von Deutschland, Österreich, anderen Staaten und Industrieunternehmen bekommen. JCC finanzierte damit verschiedene Programme zur Unterstützung der NS-Opfer.

### **Deutschland verantwortlich**

Eitan begründete den Wunsch nach Nachverhandlungen damit, dass in den Verträgen viele Aspekte der Holocaust-Überlebenden nicht berücksichtigt worden seien. Nach Angaben Eitans hat Israel zwischen 1954 und 2004 mit 3,5 Milliarden Dollar (2,38 Milliarden Euro) mehr als vier mal so viel an die Betroffenen ausgezahlt, als von der Bundesrepublik überwiesen worden sei. "Wir sehen Deutschland als Verantwortlichen für die Holocaust-Überlebenden", sagte Eitan.

### **LINKS**

### **Interaktiv Holocaust-Mahnmal - Gedächtnis aus Stein**

Die Verträge mit Deutschland hätten viele Löcher gehabt. Niemand habe beispielsweise die hohen Lebenskosten und die um zehn Jahre höhere Lebenserwartung voraussehen können, sagte der Minister. Niemand habe auch mit der Einwanderung von 175.000 Holocaust-Überlebenden aus der früheren Sowjetunion rechnen können.

### **Entrüstungstürme in der Öffentlichkeit**

Anfang August hatten in Jerusalem rund 2500 in Israel lebende Holocaust-Überlebende gegen eine Zusatzrente protestiert, die nur minimal ausfallen sollte. Nach ersten Plänen der israelischen Regierung sollte die Rentenaufbesserung für die 120.000 Überlebenden umgerechnet rund 13,94 Euro pro Monat betragen.

Diese niedrige Summe hatte unter den Betroffenen und in weiten Teilen der Öffentlichkeit Entrüstungstürme ausgelöst, weil mehr als 60 Prozent der überlebenden Opfer des Holocaust entweder unter oder nahe an der Armutsgrenze leben. Ministerpräsident Ehud Olmert traf sich dann erneut mit Vertretern der Verbände, um einen neuen Plan auszuarbeiten.

<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/12/0,3672,7122764,00.html>

DIE FRÜHERE ANWÄLTIN des Holocaust-Leugners Zündel muss sich wegen Volksverhetzung vor dem Mannheimer Landgericht verantworten

## **Fräulein Stolz' Glaube an Regen**

**Von unserem Redaktionsmitglied Steffen Mack**

Mannheim. Es ist wie bei einem internationalen Klassentreffen. "Bonjour" hier, "how are you" dort - die meisten der rund 120 Zuschauer vor dem Mannheimer Landgericht kennen und schätzen sich. Sie sind sozusagen Handlungsreisende in Sachen Holocaust-Leugnung. Und waren dabei, als hier ihre Ikonen Ernst Zündel und Gernar Rudolf verurteilt wurden. Deren frühere Anwältin ist die Nächste in der Reihe. Sylvia Stolz erscheint in hohen Stiefeln und kurzem Mantel. Lebensgefährte Horst Mahler - gerade mal nicht wegen rechtsextremer Straftaten im Gefängnis - drückt ihr einen Aktenkoffer in die Hand. "Da ist eine Atombombe drin", blökt der frühere NPD-Chef Günter Deckert fröhlich. Stolz lässt er sich in seinem schwarz-weiß-roten Pullover mit der Aufschrift "Steinar" fotografieren.

Überhaupt soll es an diesem gestrigen Tag harmonisch zugehen im Gerichtssaal 1. Nachdem Stolz' Verteidiger Ludwig Bock versichert hat, seine Mandantin und Mahler seien verlobt, darf dieser von seinem Aussageverweigerungsrecht als Zeuge Gebrauch machen und auf den Zuhörersitzen Platz nehmen. Wenige Minuten, nachdem Stolz mit ihren Ausführungen begonnen hat, schläft Mahler friedlich ein.

Man kann es ihm kaum verdenken. Die 44-Jährige nennt die Vorwürfe der Anklage, sie habe im Zündel-Verfahren selbst den Holocaust geleugnet und sich weiterer Straftaten schuldig gemacht, aus dem Zusammenhang gerissen. In ihrem langen, extrem wirrungsreichen Vortrag umreißt Stolz ihr

Weltbild: Das Deutsche Reich bestehe nach wie vor, werde aber seit 1945 von einer Fremdherrschaft unterdrückt, die Zweifel am Massenmord an den Juden bösartig unterdrücke. Mahler schlummert genüsslich. Staatsanwalt Andreas Grossmann fuchtel zwischenzeitlich unwirsch mit einem Gummiband, das er von seinem Aktenstapel entfernt hat.

Die Gerichte seien nicht bereit, sich sachlich mit ihr auseinanderzusetzen, schimpft Stolz. Man tue so, als sei der Holocaust ebenso offenkundig wie die Tatsache, dass "Regen von oben nach unten fällt".

Stolz wiederum traut man zu, auch auf Regen von unten zu beharren. Den Vorsitzenden Richter im Zündel-Prozess, Ulrich Meinerzhagen, brachte sie einst erkennbar an den Rande eines Nervenzusammenbruchs. Der habe mit seinem "Gezeter und Geschimpfe" das Verfahren selbst in die Länge gezogen, klagt Stolz, sie aber wegen ungebührlichen Betragens ausgeschlossen - statt einfach mal ausreden zu lassen.

Jetzt kann Stolz ausführlich reden. Der Vorsitzende Richter Rolf Glenz hört Stolz mit immenser Geduld zu. Zwischendurch stellt er ein paar ergänzende Fragen und lehnt sich dann wieder still zurück.

Die Angeklagte genießt ihren Auftritt. Auf ein eigens beantragtes Stehpult gelehnt, spricht sie mit weicher, märtyrerhaft anmutender Stimme zu ihrem Publikum (ihren schlafenden Lebensgefährten sieht sie von ihrer Position aus kaum). Sie schildert ihre Anfänge als radikale Tierschützerin, deren Interesse für den Holocaust durch eine Dokumentation im Fernsehen geweckt wurde und sich später vertiefte. "Zu welcher Zeit war das ungefähr?", fragt Glenz behutsam. Das sei gleichgültig, keift Stolz zurück.

Als sie beginnt, 20 Seiten aus einem Machwerk ihres Ex-Mandanten Rudolf vorzutragen, scheint die Geduld des Richters zur Neige zu gehen. Er ermahnt Stolz, ihre Einlassungen zu Prozessbeginn seien nicht zum Vorlesen gedacht. Die Juristin widerspricht "Herrn Glenz" vehement. Der knurrt kurz: "Die übliche Anrede ist ‚Herr Vorsitzender‘ - ich weise Sie nur einmal darauf hin."

Doch zumindest Glenz scheint gewillt, die Stolz-€-schen Ausführungen bis zum Ende zu ertragen. Die zunehmenden Unmutsbekundungen seiner Kollegen auf der Richterbank unterbindet der Vorsitzende mit sachtem Handauflegen.

Derlei Dissonanzen nimmt Stolz gern auf. Wenn die Richter tuscheln, liest sie die angefangene Passage mit strafendem Blick nochmal von vorne vor. Mittlerweile hat Mahler im Publikum Gesellschaft von weiteren Schlafenden. Selbst auf der Verteidigerbank sieht man mitunter geschlossene Augen.

Irgendwann wird es selbst Stolz zu viel. Nach rund dreieinhalb stündigem Vortrag bittet sie entkräftet um eine Pause, anschließend um Vertagung. Das Gericht ist einverstanden. Heute soll es weitergehen, insgesamt sind 19 Verhandlungstage vorgemerkt. Stolz hat angekündigt, noch viel vorlesen und zahlreiche Beweisanträge stellen zu wollen. Ermattet gehen die Zuhörer nach Hause. Die meisten sind extrem stolz auf "ihre Sylvie". Aber auch am Ende dieses Prozesses wird es nicht von unten nach oben regnen.

*Mannheimer Morgen* 16. November 2007

[http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/20071116\\_srv0000001746328.html](http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/20071116_srv0000001746328.html)

FRANKREICH

## AUFRUF DES KOMITEES ZUR UNTERSTÜTZUNG GEORGES THEILS

Die französische Justiz hat gegen unseren Freund Georges Theil erbarmungslos zugeschlagen. Er wurde zu Bußen und Entschädigungszahlungen in Höhe von insgesamt über 100.000 Euro verurteilt und muß damit rechnen, daß das letztinstanzliche Gericht Ende November 2007 seine Verurteilung zu **sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung** bestätigen wird. Der Grund : Er hatte einige Dutzend Exemplare eines autobiographischen Buchs verbreitet, in dem die von den Alliierten 1945-1946 bei der Nürnberger Prozessfarce **diktieren** « Wahrheiten » in Frage gestellt werden, und seine Zweifel an diesen « Wahrheiten » später in einem Interview wiederholt, welches anschließend im Fernsehen ausgestrahlt wurde. Da er kein persönliches Vermögen besitzt, benötigt er Ihre Unterstützung und diejenige aller Menschen, denen Meinungsfreiheit, geschichtliche Wahrheit und Genauigkeit am Herzen liegen.

Forschungsfreiheit und Meinungsfreiheit sind nämlich überall im Westen schwer bedroht. Auf unserer Gesellschaft lastet eine ungeheuerliche **geschichtliche Verleumdung**. Diese hat gigantische politische und finanzielle Auswirkungen; ganz abgesehen davon, daß sie ein mächtiges Erpresserkartell schützt, nährt und ihm immer neue Munition liefert, zielt sie darauf ab, unsere Völker mitsamt ihrer historischen Kultur psychologisch und physisch zu zerstören und ihre Identität auszulöschen, um sie versklaven zu können. Seit Juli 1990 ist diese Verleumdung in Frankreich durch ein Sondergesetz geschützt, das vom Oberrabbiner Joseph Sirat sowie dem Sozialisten und damaligen Premierminister Laurent Fabius ausgeheckt und dem Parlament vom kommunistischen Abgeordneten Gaysot vorgelegt worden war.

**Mit diesem Sondergesetz ist der von Orwell vorausgeahnte Schrecken allgegenwärtig!** Ein untrügliches Zeichen hierfür ist die strenge Selbstzensur, welche sich unsere Politiker, unsere Journalisten und sonstigen Medienschaffenden sowie unsere selbsternannten Historiker (die ihre Diplome vermutlich in den Fächern Feigheit und Duckmäuserei erworben haben) permanent auferlegen. Für sie gilt: Lieber lügen, lieber verunglimpfen, als sich ernsthaft um geschichtliche Wahrheit und Genauigkeit zu bemühen und dadurch das größte Tabu unserer Zeit zu verletzen!

Doch gibt es freie Geister, welche den Mut aufgebracht haben und weiterhin aufbringen, den Gerichten zu trotzen, die sich – welch unglaublicher zivilisatorischer Rückschritt! – bei uns das Recht anmaßen, eine « geschichtliche Wahrheit » mittels Haftstrafen, Bußen sowie Entschädigungszahlungen an jene Organisationen, die von der Verleumdung profitieren, zu verteidigen. Diese freien Geister wollen hierdurch ein Zeugnis ablegen, selbst wenn sie damit ihren finanziellen Ruin sowie Gefängnisstrafen riskieren. Sie sind der Ansicht, daß ihr Opfer den Anstoß zu einer entscheidenden Revolte gegen Unterwerfung und Sklaverei geben wird. Georges Theil ist einer von ihnen, wie Prof. Robert Faurisson, Vincent Reynouard, Germar Rudolf, Ernst Zündel, Dr. Frederick Töben und Dutzende anderer. Als ehemaliger Inhaber einer Kaderstelle bei einer französischen Firma ist G. Theil in seinem autobiographischen Werk das Risiko eingegangen, Zeugnis abzulegen und so eine pflichtvergessene Justiz herauszufordern.

Wenn Sie diese Botschaft verstanden und diesen Aufruf zur Hilfe gehört haben, und wenn sie sich gegen Unterwerfung und Sklaverei erheben wollen, dann stehen Sie Georges Theil zur Seite, indem sie dem Komitee zu seiner Unterstützung finanzielle (oder sonstige) Hilfe zukommen lassen. Die Anschrift lautet:

*Georges Theil (C. S.)*  
6, rue Gallice  
F- 38100 Grenoble/Frankreich

[gmtheva@yahoo.fr](mailto:gmtheva@yahoo.fr)

Sie können Schecks auf den Namen G. Theil ausstellen; vollkommene Diskretion wird Ihnen zugesichert. Bank Überweisungen bitte an:

Georges Theil

IBAN : **FR76 30003 03190 00050325112 40**

SWIFT : **SOGEFRPP**

(Bank Adresse : Societe Generale / 6, rue de Sevres / F-75006 PARIS Frankreich)

Man wird Ihnen dann das Buch G. Theils zustellen, wobei sie zwischen der französischen und der englischen Version wählen können. Eine deutsche Fassung wird schon in einigen Monaten vorliegen.

MYTHOS

## Der Konvertit, der alle Register zog

Von **Bernhard Schmid**

*Jungle World* <http://www.jungle-world.com>

47 vom 22. November 2007

Der ehemals linke französische Philosoph **Roger Garaudy** gehört zu den einflußreichsten Holocaustleugnern. Eine neue biografische Studie erhellt seinen verschlungenen Lebensweg, der ihn vom Christentum zum Islam und vom Kommunismus zum Antisemitismus führte...

Vor zwölf Jahren erschien die liberale Pariser Abendzeitung *Le Monde* mit einer relativ unscheinbaren Artikelankündigung auf dem Titel: »Der ehemalige KP-Philosoph Roger Garaudy unterstützt in einem neuen Buch **negationistische Thesen**.« Im Spätherbst 1995 war Garaudys Buch *Les mythes fondateurs de la politique israélienne* («*Die Gründungsmythen der israelischen Politik*») erschienen.

<http://aaargh.com.mx/fran/livres/livres.html>

Darin wird der von den Nazis begangene Genozid an den europäischen Juden als ein »Mythos« dargestellt, der zur ideologischen Unterstützung und Rechtfertigung der israelischen Militär- und Besatzungspolitik diene, ja eigens geschaffen worden sei. Eine politisch-ideologische Grenze schien eingerissen. Aber wer war Roger Garaudy?

Ältere Leser erinnerten sich, daß der Mann einige Jahre vor seinem Ausschluß aus der KP 1970 prestigeträchtige Ämter bekleidet hatte. In der französischen Nationalversammlung hatte er den Abgeordnetensitz des großen historischen Sozialistenführers Jean Jaurès inne, der als Kriegsgegner im August 1914 von einem Chauvinisten ermordet worden war. Garaudys Parteiausschluß war seine Opposition gegen den sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei im Herbst 1968 vorausgegangen. Danach, so erinnerte man sich dunkel, durchlief Garaudy verschiedene religiöse Konversionen. Nacheinander wurde er Protestant, Katholik und schließlich Muslim. Was aber konnte ihn veranlaßt haben, sich ausgerechnet auf die Seite der Auschwitz-Leugner zu schlagen?

Dank des in diesem Jahr erschienenen umfangreichen Werks von Michaël Prazan und Adrien Minard weiß man nun ein wenig mehr über die Umstände seiner Konversionen. Über Jahre hinweg haben die beiden Autoren die gesamte Vita ausgewertet, 1998 haben sie an seinen beiden Pariser Prozessen – dem Strafverfahren und dem Berufungsprozeß, in dem das Strafmaß für Garaudy verschärft wurde – teilgenommen. Sie rekonstruieren seine politische Biographie, dabei bestätigen sie zum Teil Bekanntes, liefern aber auch neue, bisher unbekannt Informationen.

So widerlegen die beiden Verfasser die Annahme, Garaudy habe seine religiösen Konversionen erst begonnen, nachdem er die französische KP hatte verlassen müssen. Roger Garaudy wurde 1913 in einem als atheistisch geltenden Elternhaus in Marseille geboren. Der junge Garaudy engagierte sich in der kommunistischen Partei, bekannte sich aber noch während seiner Philosophiestudien auch zum Protestantismus. Anlässlich seines Parteibeitritts machte er es zur Bedingung, daß er – in der damals überwiegend vom militanten Atheismus geprägten KP – seinem Glauben nicht abschwören mußte. Die Partei meinte, mit Hilfe dieses »atypischen« Intellektuellen in neue, ihr bis dahin verschlossene Milieus eindringen zu können.

Garaudy selbst hatte sich durch diese Sonderbedingung einen ganz eigenen Status innerhalb der Partei geschaffen. Vermeintlich garantierte ihm dieser intellektuelle Selbständigkeit in einer autoritär strukturierten Partei. Tatsächlich aber, so zeigen Prazan und Minard, führte dieser Sonderstatus zu intellektueller Beliebigkeit und schuf die Möglichkeit zum willkürlichen Zusammenfügen miteinander kaum vereinbarer Ideologieversatzstücke.

Aber erst in den sechziger Jahren gelang es den aufstrebenden marxistischen Intellektuellen, deren jüngere Vertreter es geschafft hatten, die kommunistische Philosophie aus der stalinistischen Erstarrung zu lösen, Garaudy an den Rand zu drängen. Seine zentrale Position verlor er, nachdem 1964 der langjährige Parteivorsitzende Maurice Thorez verstorben war und sich mit **Louis Althusser** ein neuer intellektueller Konkurrent durchgesetzt hatte. Auch deshalb trat Garaudy in Opposition zur neuen offiziellen Parteilinie, insbesondere hinsichtlich der Politik gegenüber dem Ostblock. Dabei war seine Dissidenz freilich auch Ausdruck und Konsequenz seiner innerparteilichen Marginalisierung. 1970 endete dann auch diese Dissidentenkarriere: Garaudy wurde auf dem Parteitag in Nanterre aus der KP ausgeschlossen.

In den siebziger Jahren begab er sich auf die Suche nach etwas Neuem, was ihm die verlorene »politische Heimat« ersetzen könnte. Er schwang sich zum »Erneuerer« einer gesellschaftlichen Alternative auf und verabschiedete sich endgültig von den Bezügen zum Marxismus. Um sein neues Gedankengebäude zu fundieren, zog er immer mehr religiöse Versatzstücke, Moralansprüche und Glaubenssätze heran. Zunächst versuchte er es, nach einer Konversion zur anderen christlichen Großkonfession, mit einer Mischung aus katholischer Befreiungstheologie, Ökologie und Dritte-Welt-Solidarität. Im Laufe der Jahre fischte er dabei ideologisch immer mehr im Trüben, da er auf der Suche nach etwas »Absolutem« war, was seinem weltanschaulichen Gemisch eine Kohärenz verleihen könnte.

Er vertrat die Auffassung, die gesamte abendländische Geschichte sei eine einzige Aneinanderreihung von Verbrechen. Im Gestus des moralischen Ekels verkündete er den Satz: »**Der Okzident ist ein Akzident** (Unfall).« Dabei verwies er auf Verbrechen, die sehr real waren, wie jene der Kolonialeroberung, leugnete aber zugleich jegliche Dialektik in der Geschichte des »Abendlands« wie der Welt insgesamt und bestritt die Brüche – Revolten und Revolutionen, emanzipatorische Bewegungen, Frauenbefreiung oder Laizismus und einige andere Errungenschaften gesellschaftlicher Kämpfe –, die es auch gegeben hatte. Garaudy zog eindeutige Gut-Böse-Urteile einem Denken in Widersprüchen, wie es das Marxsche Denken ausmacht, vor. Nun war er noch auf der Suche nach dem »Anderen«, das er mystisch verklären und dem als rein negativ Definierten entgegensetzen konnte.

1982 heiratete er eine muslimische, palästinensischstämmige Frau und konvertierte selbst zum Islam. Den Islam interpretierte er völlig willkürlich, so wie es seinen persönlichen Bedürfnissen entsprach. So mochte er im Islam zunächst nur den Mystizismus der Sufis entdecken. Gleichzeitig adaptierte er ein Weltbild, das gesellschaftliche Blöcke aufweist, die in Gut (der Islam, die Moralsuche im »progressiven Katholizismus«) und Böse (der glaubens- und ideallos gewordene »materialistische Westen«, ...) eingeteilt werden können.

In dieser Phase ereigneten sich internationale Ereignisse, die Garaudy als Aufhänger für seine Ideologie dienen; insbesondere die israelische Invasion im Libanon im Frühsommer 1982 spaltete – nicht nur – die israelische Gesellschaft. In Tel Aviv demonstrierten 400 000 Menschen gegen den Einfall im Libanon. Verglichen mit der Bevölkerungszahl, entspräche das in der damaligen BRD rund sieben Millionen Demonstranten. Garaudy, frisch konvertiert, gab vor, die Ereignisse zu analysieren, indem er sie in sein Raster einfügt. Zugleich suchte er nach »absoluten« Antworten, die die Frage klären sollten, was auf die Seite des Guten oder des Bösen gehört. Er fand eine Antwort: Israel sei nicht nur ein Staat, der 1982 eine militärische Aggression im Libanon beging, sondern zugleich – Garaudy zufolge – auf eine Religion gegründet, die auf blutrünstigen Mythen aufbaute. Als Beleg zog Garaudy Textpassagen aus dem Alten Testament heran, die die Eroberung des »Gelobten Landes« schildern, bei der den Erzählungen des Josua zufolge dort ansässige Stämme – die Kanaanäer – massakriert wurden.

Da er nach »der Wahrheit« auf dem Grund der unterschiedlichen Religionen suchte, zog Garaudy eine direkte Verbindungslinie zu den aktuellen Ereignissen und kam zu dem Schluß: Die jüdische Religion sei aggressiv, und der Staat Israel bzw. seine konkrete Politik mit den »grundlegenden Mythen« dieser Religion gleichzusetzen. Es bleibt das Problem, daß die Gründungsgeschichte des israelischen Staates zwar tatsächlich eine religiöse Dimension aufweist, aber daneben und unabhängig davon auch einen eminent politischen Aspekt: die Entstehung des Zionismus als Reaktion auf den wachsenden europäischen Antisemitismus um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Im späteren Verlauf dieser politischen Geschichte spielte ein manifester Einfluß der Kolonialära – bei dem Versuch, die britische Kolonialmacht im Vorderen Orient als Verbündete zu gewinnen – eine Rolle. Aber ihre stärkste Durchschlagskraft erhielt die zionistische Bewegung, die zuvor unter den Juden weltweit minoritär gewesen war, nachdem der nationalsozialistische Staatsantisemitismus zum Vernichtungsprogramm der »Endlösung« für die europäischen Juden geführt hatte. Bei diesen widersprüchlichen politischen Aspekten mochte Garaudy sich aber nicht aufhalten. Für ihn war alles ein und dasselbe: die biblische Erzählung einschließlich der eher historiographischen denn religiösen Facetten des Alten Testaments; die Existenz und Politik des Staates Israel und seine Rechtfertigung durch den historischen Einschnitt des Genozids an den Juden im 20. Jahrhundert. Den Holocaust stellte Garaudy aus diesem Grund auf eine Stufe mit den Legenden und Erzählungen des Alten Testaments und qualifizierte diese als »Mythen«. Eben, in seinen Worten, als die »Gründungsmythen der israelischen Politik«.

Die grundlegenden »Ideen« seines 1995 veröffentlichten Buches waren bei Garaudy schon ab 1982 deutlich vorhanden und änderten sich seit diesem Zeitpunkt kaum noch. Bereits seit 1982

näherte Garaudy sich, auf der Grundlage einer essenzialistischen und ethnizierenden sowie konfessionalisierenden vorgeblichen Kritik am Judentum »an und für sich«, aus dem direkt die konkrete israelische Politik abgeleitet wird, rechtsextremen Denkern an. Sein wichtigster Verbündeter seit jener Zeit ist der katholische **Priester Michel Lelong**. Dieser galt vielen bis dato als »Mann des Dialogs«, da er einige Jahre lang für die französische katholische Kirche Beauftragter für den christlich-islamischen Dialog war. Tatsächlich ist Lelong ein rechtsextremer Priester, der bemüht ist, durch den Kontakt und die philosophische Konfrontation mit einer anderen Religion dem »christlichen Abendland« wieder stärker zu einer »kulturellen Identität« zu verhelfen. Der Islam und seine soziale Bindungskraft sollen dem katholischen Europa dabei letztlich als Spiegel dienen, um sich selbst »wiederzufinden«.

Lelong trat 1998 als Entlastungszeuge für Roger Garaudy in dessen Strafprozeß auf. Aber im selben Jahr war er auch Zeuge der Verteidigung im Prozeß gegen Maurice Papon, dem wegen seiner Rolle bei den Judendeportationen aus Südwestfrankreich im Zweiten Weltkrieg in Bordeaux der Prozeß gemacht wurde.

Garaudy ist heute zu alt, um in der Öffentlichkeit noch eine Rolle zu spielen. Die beiden Autoren haben den heute 94jährigen jedoch in seinem Wohnhaus, an der Marne in einem Pariser Vorort, treffen können. Dort textete der greise Philosoph sie mit Verschwörungstheorien über den 11. September und einer wirren Rechtfertigung seiner den Holocaust anzweifelnden Veröffentlichungen zu. »Als Denker ist er seit langem gestorben«: Mit diesen Worten schließen Prazan und Minard ihr Buch ab. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Michaël Prazan/Adrien Minard: *Roger Garaudy. Itinéraire d'une négation*. Calmann-Lévy, Paris 2007, 442 Seiten, 20,90 Euro

<http://www.hagalil.com/01/de/Europa.php?itemid=1489>

## RICHTIGSTELLUNG

### Ursula Haverbeck: Was ist der Holocaust?

(21.11.07)

#### 1. Eine erste offizielle Richtigstellung, was Holocaust nicht ist.

Die deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, deren Präsidentin Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth ist, hat in nicht zu übergehender Weise die erste Verunsicherung gebracht. In ihrem Mai-Heft 2002 brachte sie den Beitrag eines leitenden Spiegel-Redakteurs mit dem Titel "Die Zahlen der Opfer von Auschwitz". Darin wird anhand der Entdeckung neuer Dokumente ein völlig verändertes Bild des Geschehens in Auschwitz während des Zweiten Weltkrieges gezeichnet.

Da sowohl angesehene Wissenschaftler dahinter stehen, als auch deutsche Staatsanwälte in Veröffentlichung und Verbreitung dieses Artikels keinerlei strafbare Handlung, insbesondere keinen Verstoß gegen § 130 StGB, sahen, ist damit ein neues Faktum in der deutschen Nachkriegsgeschichte geschaffen.

**Fritjof Meyer**, der Spiegel-Redakteur, beweist mit diesem Artikel, daß

- Dr. **Wilhelm Stäglich** mit seinem *Auschwitz-Mythos* recht hatte,
- all diejenigen unverdient bestraft wurden, die die ungeheure Zahl von 6 Millionen vergaster Juden öffentlich in Zweifel zogen,
- **Fred Leuchter** und **Gerhard Rudolf** zu recht die Krematorien als Orte der Vergasung in Frage stellten,
- die unter schwerster Folter vom Lagerkommandanten **Höß** gemachten Aussagen nicht als glaubhafte Rechtsgrundlage genommen werden können, - immer noch Unsicherheiten bei Orts- und Zahlenangaben vorliegen.

So sagt Meyer doch ausdrücklich, daß "mutmaßlich 510.000 Tote festzustellen" seien, davon "wahrscheinlich 356.000 im Gas ermordete." (a.a.O., S. 641) Die in Moskau verwahrten Totenbücher von Auschwitz geben etwa 76.000 Tote an.

Zitat von Fritjof Meyer: "Der tatsächlich begangene Genozid fand wahrscheinlich überwiegend in den beiden umgebauten Bauernhäusern außerhalb des Lagers statt; vom ersten, dem 'weißen Haus' oder Bunker I wurden erst jüngst die Fundamente entdeckt." (a.a.O. S. 632)

## 2. Die Streichungen weiterer Kennzeichen

In den zahlreichen Holocaust-Prozessen der letzten drei Jahre wurden weitere Kriterien, die bisher als kennzeichnend für den Holocaust angesehen wurden, von Seiten der Richter und Staatsanwälte fallengelassen.

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk vom 5. Februar 2007, dessen wichtigste Aussagen am 7. Februar in einer dpa-Meldung festgehalten wurden, war sogar von der Bundesjustizministerin zu hören und zu lesen: "... wenn jemand in einer Diskussion sage, er glaube nicht daran, daß Millionen Juden ermordet worden seien, dann sei das nicht strafbar, darüber könne man diskutieren".

Auf ein Schreiben an die Bundesjustizministerin, sie möge uns bitte nachvollziehbar erläutern, was nun Holocaust ist, erfolgte bis heute keine Antwort. Immerhin wäre nach mehreren Monaten eine Antwort aus einem Ministerium mit seinen vielen Mitarbeitern in einer so brisanten Angelegenheit zu erwarten gewesen.

Aus dem Schweigen der Ministerin läßt sich nur eines entnehmen:

Sie ist auch nicht in der Lage, zu definieren, was mit Holocaust tatsächlich gemeint ist. Das konnte auch nicht bei den vielen Prozessen nach § 130 StGB Volksverhetzung geklärt werden, und schon gar nicht bei den Prozessen von Gernar Rudolf und Ernst Zündel in Mannheim.

Wir stehen also allesamt vor einem großen Rätsel. Eine Sache, für die es keine Definition gibt, die weder einen Begriff noch einen Ort hat, kann jedoch nicht geleugnet werden.

- Es kann nicht mehr Auschwitz sein, siehe die so drastisch reduzierten Opferzahlen,
- es können auch nicht die gezeigten Gaskammern sein, siehe Fritjof Meyer,
- es kann kein Völkermord sein,
- auch die sechs Millionen vergaster Juden nicht, wenn inzwischen bei Gericht gesagt wurde, daß es auf die Zahl nicht ankomme.
- Die Bundesjustizministerin erklärt sogar, daß die millionenfache Ermordung der Juden zur Diskussion stünde.

Diese Kriterien wurden also offiziell fallengelassen. Dennoch gilt der Holocaust als offenkundig, oder, wie es neuerdings heißt, als eine tatbestandliche Voraussetzung.

Was aber ist offenkundig, was ist diese Tatsache?

Es sind auch nicht die Konzentrationslager, denn diese gab und gibt es vielerorts: Zunächst in Südafrika, eingerichtet von den Engländern für die Buren, dann mit der kommunistischen Revolution im bolschewistischen Rußland, in Polen, und jetzt auch in Zusammenhang mit dem Patriot Act nach dem 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten von Amerika. Damit entfällt die Singularität für die NS-Konzentrationslager. Dies alles haben wir inzwischen gelernt. **Was heißt Holocaust?** Insbesondere Juden und Deutsche müssen nun darauf bestehen, daß diese sie so schwer belastende Frage untersucht und geklärt wird. Solange dies nicht geschehen ist, ist es unumgänglich, alle Inhaftierten nach § 130 StGB wegen Leugnung des zur Zeit nicht klar definierten Holocaust aus ihren Gefängnissen zu entlassen. Das ist insbesondere dringend geboten für all diejenigen, die auf Grund ihrer Kenntnisse und wissenschaftlichen Arbeiten in der Lage sind, an der Klärung dieser Frage mitzuwirken.

Kein mit hoher Geldstrafe oder sogar mit Gefängnis bestrafter sogenannter Holocaustleugner hat je bestritten, daß es deutsche Konzentrationslager gab, daß darin viele Menschen umgekommen sind und daß es auch Willkür und Grausamkeiten bei einzelnen Lagerkommandanten gegeben hat.

Darauf komme es nicht an - so heißt es bei Gericht. Es geht um das Leugnen des offenkundigen Holocaust. Doch was das ist, wird nicht definiert, neu definiert auf Grund der neuen Erkenntnisse.

Aber das mindeste, was ein Angeklagter erwarten darf, ist eine eindeutige Erklärung, welche offenkundige Tatsache er sträflicherweise geleugnet haben soll.

Juristen können sich auch nicht dahinter verstecken und darauf berufen, daß das Gesetz § 130 StGB für sie bindend sei. Das ist mitnichten der Fall. Dort wird eindeutig abgehoben auf begangene Straftaten des Nationalsozialismus. Das aber steht genau zur Debatte. Wie, wann und wo hat was für ein Holocaust stattgefunden? Diese Fragen schälten sich in den zahlreichen Verfahren zu diesem Paragraphen immer deutlicher heraus. Insofern hatten die Prozesse eine große Bedeutung.

## 3. Die entscheidenden neuen Erkenntnisse

Der § 130 StGB ist eingeführt worden, um den Holocaust als Faktum festzuschreiben, um jeden Zweifel daran zu unterbinden durch Strafandrohung. Mit jeder Anklage wegen Leugnung des Holocaust meinten die Gesetzgeber diesen Glauben zementieren zu können, um ihn unauslöschlich in die Geschichte einzuschreiben.

Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Mit jedem Prozeß treten immer mehr Widersprüche auf, werden alle der Wahrheitsfindung dienenden Beweisanträge abgelehnt, und die Urteilsbegründungen

immer verworrener und fadenscheiniger bis hin zu dem großen jüdischen Fluch des Dr. Meinertzhagen, geschleudert gegen Ernst Zündel, so daß die Verwirrung und Verunsicherung eines jeden Prozeßbeobachters fortwährend vergrößert wird.

Es gibt keine sachliche Widerlegung der Argumente der Revisionisten. Es steht Aussage gegen Aussage. Wenn auch die Medien über den Prozeßinhalt fast nichts berichten, so hat doch jeder Angeklagte einen großen persönlichen Umkreis, der Anteil nimmt, der Kenntnis erhält von diesen offenen Widersprüchen und in seinen bisherigen Urteilen verunsichert wird. Diese Verunsicherung veranlaßt immer mehr Bürger, offen kritische Fragen zu stellen, wodurch sich die Zunahme der Prozesse nach § 130 StGB erklärt. Die Strafverfahren gegen Rechtsextremisten, und zwar fast durchweg sog. Propagandadelikte, haben sich in den letzten vier Jahren nahezu verdoppelt.

Es sind also weniger die Revisionisten selbst oder ihre Bücher die Ursache für die allgemeine Verunsicherung hinsichtlich des Holocaust, sondern die Prozesse gegen die Revisionisten, die bisher nirgendwo zur Klärung der vielen offenen Fragen beigetragen haben.

Es sind dies die neuen Erkenntnisse zu Beginn des 21. Jahrhunderts, die eine Wiederaufnahme aller dieser Verfahren zwingend erforderlich machen. Die Juristen unter unseren Lesern sind aufgefordert, daran mitzuwirken. Es muß endlich nachvollziehbar und eindeutig geklärt werden, worin das größte und singuläre Verbrechen aller Zeiten besteht. Was heißt Holocaust?

Meinen, Glauben, Offenkundigkeit und tatbestandliche Voraussetzung sind mit ihrem hilflosen Stammeln Relikte der Vergangenheit. Eine neue Seite im Buch der Zeitgeschichte wird jetzt aufgeschlagen. Nehmen wir das Vermächtnis von Prof. Dr. Raul Hilberg wenige Monate vor seinem Tode, daß erst 20% erforscht seien, ernst. Und beherzigen wir auch, was der jüdische Holocaustforscher Hilberg über die Revisionisten sagt: "Man kann sogar von ihnen lernen. Sie sagen wie die Kinder: Beweis' das. Und wir müssen es beweisen." (Standard-Interview, 9.6.2006)

Genau das ist es, doch es ist dies nicht Aufgabe von Richtern, sondern die Aufgabe der Historiker. Was ist Holocaust, dessen Leugnung strafbar ist?

[http://de.altermedia.info/general/ursula-haverbeck-was-ist-der-holocaust-211107\\_11973.htm](http://de.altermedia.info/general/ursula-haverbeck-was-ist-der-holocaust-211107_11973.htm)

PSEUDOWISSENSCHAFTLICH

## Albtraum-Hochzeit unterm Hakenkreuz

*Die Verteidigerin des Holocaust-Leugners Ernst Zündel, Sylvia Stolz, und der Rechtsextreme Horst Mahler wollen sich das Ja-Wort geben. Aber erst muss Stolz ein Strafverfahren am Landgericht Mannheim hinter sich bringen - wegen Volksverhetzung*

### Klaus-Peter Klingelschmitt

Das wird die Albtraumhochzeit des Jahres: Der vom Links- zum Rechtsextremismus konvertierte Advokat **Horst Mahler**, 71, hat der rechtsextremistischen Rechtsanwältin **Sylvia Stolz**, 44, ein "Eheversprechen" gegeben. Das jedenfalls verkündete die "deutsche Jeanne d'Arc", wie die Holocaust-Leugnerin Stolz in den pseudowissenschaftlichen *Vierteljahrsheften für freie Geschichtsforschung* genannt wird, am Donnerstag - gleich nach Beginn des Strafverfahrens gegen sich am Landgericht Mannheim.

Die Angeklagte lebt in den Worten des Vorsitzenden Richters Rolf Glenz bereits "in wilder Ehe" im bayerischen Ebersberg. Sie muss sich vor der 4. Strafkammer am Landgericht Mannheim verantworten, und zwar wegen der wiederholten Leugnung des Massenmordes an den Juden, wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass sowie Nötigung und versuchter Strafvereitelung durch menschenrechtswidrige Bedrohungen von Richtern und Schöffen. Darüber hinaus wird ihr die Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole vorgeworfen. Wegen "Missbrauch des Berufes" will die Staatsanwaltschaft außerdem ein Berufsverbot gegen die Anwältin erwirken.

Der von der Kammer eigentlich als Zeuge geladene Mahler erklärte dann, dass er tatsächlich beabsichtige, das "Fräulein Stolz" zu heiraten. Dass er ansonsten aber von seinem Recht Gebrauch machen werde, die Aussage zu verweigern. Mahler durfte das Verfahren mit Billigung der Kammer dann weiter von den voll besetzten Zuschauerrängen aus verfolgen.

Rechtsextremisten aller Provenienzen und bekennende Revisionisten aus dem In- und Ausland waren angereist, um Stolz ihre Reverenz zu erweisen - und in den Verhandlungspausen im Foyer

kollektiv ihre absolute Lernresistenz zu demonstrieren. Von "Judenjustiz" war dort die Rede - wie schon im Verfahren gegen Holocaust-Leugner und Hitler-Verehrer Ernst Zündel. Zündel, den Stolz verteidigt hatte, wurde im Februar zu fünf Jahren Haft verurteilt. Weiter ließen die Zuschauer wissen, dass der Holocaust "nur eine Erfindung der Juden sei, die nach der Weltherrschaft streben". "Das Reich" aber sei dabei, sich zu erneuern. Und dann werde "aufgeräumt" in Deutschland.

In der Anklageschrift werden Stolz vor allem ihre Äußerungen und schriftlichen Einlassungen zur Last gelegt, die sie als Verteidigerin im Verfahren gegen Zündel in Mannheim und in einem weiteren Prozess in Potsdam von sich gab. Wiederholt habe sie dort den Holocaust geleugnet und Juden als "Kinder des Teufels" bezeichnet, die mit Geld und Medienmacht die Welt beherrschten. Die Bundesrepublik Deutschland heißt bei Stolz durchgängig "Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft" - kurz OMF. Unter Schriftsätze stempelte sie den Reichsadler mit Hakenkreuz. Nach ihrem Ausschluss aus dem Verfahren gegen Zündel wegen anwaltsfremdem Verhalten und der Bedrohung eines Schöffens mit der Todesstrafe "wegen Feindbegünstigung" unterzeichnete sie einen Schriftsatz an das OLG in Karlsruhe mit "Heil Hitler!".

Gestern musste für die in hohen Stiefeln, schwarzen Strümpfen, kurzem Rock und rosa Wollweste auftretende Stolz ein Stehpult herangeschafft werden. Die "mutigste Frau Deutschlands", wie ihr ein Bewunderer aus den Zuschauerbänken zurief, wollte sich nicht sitzend auf die Anklageschrift einlassen. Das Thema ihres Referats am Nachmittag: die Meinungsfreiheit.

TAZ 16.11.07

<http://www.taz.de/nc/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=in&dig=2007%2F11%2F16%2Fa0030&src=GI&cHash=fb13e97d12>

KEINE MILDE

## Urteil gegen Holocaust-Leugner Honsik bestätigt

**Es bleibt bei eineinhalb Jahren Haft für den verurteilten Holocaust-Leugner Gerd Honsik: Das Wiener Oberlandesgericht hat am Montag das Urteil bestätigt, mit dem der im August 2006 auf Malaga verhaftete Honsik im Mai 1992 wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung zu eineinhalb Jahren unbedingter Haft verurteilt worden war. Die Straferufung des mittlerweile 67-Jährigen, der im Hinblick auf sein vorgerücktes Alter und eine schwere Erkrankung auf Milde gehofft hatte, wurde als unbegründet zurückgewiesen.**

Der Berufungssenat leistete allerdings auch der Berufung der Staatsanwaltschaft keine Folge, die eine höhere Strafe gefordert hatte. Das Erstgericht habe bei den Strafzumessungsgründen keine „Fehlgewichtung“ erkennen lassen und Honsik „schuld- und tatangemessen“ bestraft, hieß es in der Begründung.

Bei dem vom rechtskräftigen Urteil umfassten Zeitraum handelt es sich nur um die Jahre 1986 bis 1989, als Honsik in seiner Zeitschrift „Halt!“ sowie mit seinem Buch „Freispruch für Hitler?“ „durch Jahre hindurch den Nationalsozialismus verharmlosend dargestellt und den Holocaust geleugnet hat“, wie Oberstaatsanwalt Georg Karesch im Justizpalast darlegte. Honsik habe damit „gedankliches Saatgut für Mitstreiter und Nachahmer gelegt“. Honsiks Verteidiger Herbert Schaller merkte unter anderem an, sein Mandant habe sich „nur historisch betätigt“, seine Erkenntnisse wären „bisher eher bestätigt als widerlegt“ worden.

**Honsik droht noch ein weiteres Verfahren** Auf Honsik dürfte ein weiteres Strafverfahren zukommen. Von seinem spanischen Exil aus hatte er sich weiter publizistisch betätigt, wobei ihm zuletzt weniger Zeitschriften, sondern verstärkt das Internet als Medium dienten. Auf seiner Homepage waren immer wieder Inhalte zu lesen, die nach Einschätzung von Rechtsexperten mit den Bestimmungen des Verbotsgesetzes, das das Leugnen oder Verharmlosen nationalsozialistischer Verbrechen unter Strafe stellt, nicht in Einklang zu bringen waren.

Als Honsik im vergangenen August auf Basis eines Europäischen Haftbefehls in Malaga verhaftet wurde, nachdem ihn die spanischen Behörden jahrelang unbehelligt gelassen hatten, beantragte die Wiener Justiz seine Auslieferung nicht nur zur Verbüßung der offenen Haftstrafe. Es wurde auch um Überstellung zwecks Verfolgung jener Straftaten ersucht, derer sich Honsik nach seiner Flucht auf publizistischem Weg schuldig gemacht hatte bzw. haben könnte.

Zu letzterem hatte sich Spanien zunächst die Zustimmung vorbehalten. Bei der

Staatsanwaltschaft Wien rechnet man allerdings damit, dass noch im Dezember die Zustimmung des ausliefernden Staates auch zum zweiten Punkt eintreffen wird, womit der Weg für eine weitere Anklage nach dem Verbotsgesetz frei wäre. Dem Vernehmen nach soll die Arbeit daran behördenintern schon weit gediehen sein, so dass ab Eintreffen des spanischen Sanktus relativ rasch eine Anklageschrift eingebracht werden könnte.

krone.at 4. Dez. 2007

[http://www.krone.at/index.php?http%3A/wcm.krone.at/krone/S25/object\\_id\\_85367/hxcms/](http://www.krone.at/index.php?http%3A/wcm.krone.at/krone/S25/object_id_85367/hxcms/)



Gerd Honsik in Wien

ZÜNDEL-RICHTER

## Zeuge Meinerzhagen und sein Alptraum

Steffen Mack

Mannheim. Der Mann betritt den Gerichtssaal. Er setzt sich nicht auf seinen üblichen Stuhl, sondern gegenüber auf den Zeugenplatz. "Ulrich Meinerzhagen, 56 Jahre alt, mit der Angeklagten weder verwandt noch verschwägert." Bei diesen Worten meint man zu sehen, wie ein kalter Schauer über seinen Rücken läuft. Was der Zeuge Meinerzhagen im Prozess gegen die Anwältin **Sylvia Stolz** vor dem Mannheimer Landgericht schildert, ist der Alptraum eines Vorsitzenden Richters.

Anfang 2006 nutzte - die bis dato nur rechtsextremen Fachzirkeln bekannte - Stolz den Prozess gegen Holocaust-Leugner Ernst Zündel, um den Vorsitzenden in beispielloser Weise zu gängeln. Die Verteidigerin habe sich als "gänzlich unzugänglich" erwiesen, erinnert sich Meinerzhagen. Obwohl er ihr das Wort entzogen habe, sei sie mit ihrem Mikrofon durch den Gerichtssaal gezogen, habe den Massenmord an den Juden als Erfindung und sich als Geschäftsführerin des Deutschen Reiches bezeichnet, Schöffen und Richtern wegen "Feindbegünstigung" den Tod durch den Strang in Aussicht gestellt. Ihre Gesinnungsgenossen auf den Zuschauerbänken johlten. Am Sitzungsende sangen sie die erste Strophe des Deutschlandlieds. Meinerzhagen verhängte Bußgelder, einmal vier Tage Ordnungshaft. Schließlich schloss er Stolz aus. Als ihn später eine Kopie ihres mit "Heil Hitler" unterzeichneten Beschwerdebriefes erreichte, zeigte er sie an. Wegen Volksverhetzung, Nötigung und weiterer Straftaten.

Darüber muss Rolf Glenz richten. Fünf Verhandlungstage ließ der Vorsitzende Stolz schwadronieren, ehe er eine Frist setzte. Als der erste Zeuge, Richter-Kollege Meinerzhagen, nun recht detailfreudig aussagt, bemerkt Glenz dezent: "Ich hätte keine Bedenken, wenn Sie etwas mehr skizzieren würden." Doch dann strapaziert Stolz seine Geduld zu sehr.

Es sind vor allem Spielchen. Sie nennt ihn "Herr Glenz", nicht "Herr Vorsitzender", fragt, ob er wirklich Richter sei, quakt mit ihrer leisen, aber penetranten Stimme dazwischen und versucht ständig, ihre kruden Weltverschwörungsthesen mit absurden Traktaten zu stützen.

Nachdem sich Stolz über eine zu kurze Mittagspause beschwert hat, bringt ihr Lebensgefährte Horst Mahler - den Vormittag verbrachte der 71-Jährige schlummernd unter den Zuschauern - ihr mit großer Geste Bäckertüte und Salat. Stolz ist Vegetarierin. Wie Adolf Hitler, was die 44-Jährige gern erwähnt.

Jetzt lässt Stolz ihr Essen stehen und sortiert minutenlang schweigend ihre Akten. Schließlich stellt sie Meinerzhagen eine Holocaust-Frage nach der anderen. Glenz erklärt alle für unzulässig. Dazu verlangt Stolz, um Revisionsgründe zu sammeln, jeweils formelle Beschlüsse. Im Zehn-Minuten-Takt wird die Sitzung unterbrochen. Meinerzhagen lehnt zusammengesunken im Zeugenstuhl. Über diese Frau müssen jetzt andere urteilen.

Mannheimer Morgen 05. Dezember 2007

[http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/20071205\\_srv0000001845775.html](http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/20071205_srv0000001845775.html)

## OFFENES GEHEIMNIS

### NPD-Chef Voigt und der Holocaust

von Patrick Gensing

NPD-Chef **Udo Voigt** äußert seine Sicht auf den Holocaust gegenüber iranischen Journalisten...  
<http://www.youtube.com/watch?v=5KP5vxi4BvI>

Sebastian Edathy (SPD), der Vorsitzende des Innenausschusses hat sich das Interview angesehen. Gegenüber dem ARD-Magazin Report Mainz kündigte er an, Strafanzeige gegen den NPD-Chef zu erstatten.

Die Zahl von sechs Millionen ermordeten Juden gilt in der seriösen Geschichtswissenschaft als unstrittig. Zumal Auschwitz - auf das Voigt Bezug nimmt - keineswegs das einzige der zahlreichen deutschen Konzentrations - und Vernichtungslager war. Die Einmaligkeit des Holocaust schließlich erklärt sich zudem weniger aus der Höhe der Opferzahlen, sondern vielmehr aus der Systematik der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik.

#### “Alles deutsche Städte”

Voigt forderte in dem Pressegespräch außerdem die Rückgabe der ehemals deutschen Gebiete in Osteuropa: “Pommern, Westpreußen, Ostpreußen, Schlesien, ob das Königsberg ist, ob das Danzig ist, ob das Breslau ist, das sind alles deutsche Städte für uns, (...) auf die wir natürlich Anspruch erheben”, so der NPD-Chef. Die deutschen Ostgrenzen allerdings sind völkerrechtlich festgelegt. Die Bundesrepublik hat im Rahmen der Wiedervereinigung alle Ansprüche auf die ehemals deutschen Ostgebiete aufgegeben.

#### “Mahler - ein politisch hervorragender Kopf”

Voigt hatte zuvor auch den Nazi und Holocaust-Leugner **Hort Mahler** als hervorragenden politischen Kopf bezeichnet. Mahler hatte sich ebenfalls per Brief an Ahmadinedschad gewandt. Dass Udo Voigt mit seiner Meinung zum Holocaust in der NPD nicht allein steht, ist ein offenes Geheimnis. Beispielsweise NPD-Bundesvorstandsmitglied Jürgen Rieger hat immer wieder Probleme mit der Justiz, da er den Holocaust geleugnet haben soll, zuletzt vor Gericht. Auch Hessens NPD-Chef Marcel Wöll musste deswegen vor Gericht.

#### “Nicht auf das 3. Reich festnageln lassen”

Die NPD hatte im Zuge ihrer Neuausrichtung in den 1990er Jahren die Fixierung auf das 3. Reich und die Relativierung der NS-Verbrechen aus strategischen Gründen zurückgestellt - besonders in den offiziellen Verlautbarungen und Programmen. Denn den Rechtsextremisten wurde “schon” 50 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs klar, dass der Nationalsozialismus und die dazugehörigen Verbrechen nicht so glorreich waren, als dass man damit Wahlen erfolgreich bestreiten könnte. Dementsprechend wurde der Einfluss der Holocaust-Leugner in der rechtsextremen Bewegung kleiner. Zwar gehört es wohl zu jedem zünftigen Besäufnis dazu, nach dem dritten Bier das

entsprechende Reich hochleben zu lassen, aber offiziell tut sich die NPD mit dem Thema schwer. In einer internen Schulungsbroschüre der Partei heißt es: `Auf den Themenkomplex Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus sollte sich mit dem Hinweis auf die Gegenwartsaufgaben der NPD niemand festnageln lassen.` Denn dann würden sich die Neonazis schnell verraten und außerdem droht das Parteienverbot. Doch verbieten lassen möchte man sich natürlich nicht, bei den hübschen Posten, die inzwischen zu vergeben sind.

#### **Unbelehrbare sehen sich als Opfer...**

Die oben erwähnte Verurteilung von Hessens NPD-Chef Marcel Wöll wegen Volksverhetzung brachte diesen Punkt aber wieder auf die Agenda; die NPD musste sich dazu äußern. Die Reaktion der Partei zeigt, was zu erwarten war. Zu gerne würde sie offenbar selbst öffentlich den Holocaust leugnen - und so die Opfer und die Überlebenden des industriellen Massenmords verhöhnern. In einer Pressemitteilung vom 07. August 2007 schreibt Frank Schwerdt, im NPD-Bundesvorstand für das `Amt Recht` zuständig: Der Straftatbestand der Holocaust-Leugnung diene dazu, `kritisches Hinterfragen der Darstellung der deutschen Geschichte vor allem in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts zu unterbinden`. Das Leugnen von Tatsachen wird also zum kritischen Hinterfragen - und die Unbelehrbaren, die Neonazis, die ihre historischen Vorbilder von ihren Verbrechen reinwaschen wollen, werden zu Opfern. Und weiter gehts in der Nazi-typischen Opfer-Rhetorik: Es `werden auch nur leise Zweifel an einer verordneten Geschichtsschreibung mit Freiheitsentzug bestraft. Es wird Zeit, daß das deutsche Strafrecht von Denkverboten gesäubert wird, damit endlich frei und unverkrampft die deutsche Geschichte dargestellt werden kann.`

#### **NPD-Shop: `Sturm 18` mit der CD unbelehrbar**

Was die NPD unter der freien und unverkrampften Darstellung der Geschichte versteht, können sich wohl die meisten ausmalen. Wem dies nicht möglich ist, dem sei ein Blick auf den Deutsche Stimme Verlag der NPD empfohlen. Dort wurde unter anderem die CD der Band `Sturm 18` (18 = Adolf Hitler) mit dem Titel `unbelehrbar` gleich auf der Startseite angeboten. Auch die Titel der anderen Bands sprechen eine deutliche Sprache.

11. Dezember 2007

[http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2007/12/11/npd-chef-voigt-und-der-holocaust\\_154](http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2007/12/11/npd-chef-voigt-und-der-holocaust_154)

## HINTERZIMMERRETORIK

### "Sechs Millionen kann nicht stimmen"

Von M. Reisinger

In einem Interview, das *Report Mainz* am Montag ausstrahlte, leugnet der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt in indirekter Weise den Holocaust...

In der Öffentlichkeit halten sich NPD-Funktionäre normalerweise bedeckt, wenn sie zum Massenmord an den Juden Europas durch die Nazis befragt werden. Die Argumentationshandreichung für Kandidaten und Funktionsträger der NPD empfiehlt in solchen Fällen, sich "auf den Themenkomplex Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus (...) mit dem Hinweis auf die Gegenwartsaufgaben der NPD" nicht festnageln zu lassen.

Fühlt man sich unbeobachtet oder in vermeintlich sicherer Umgebung, dann sprechen NPD-Führungskräfte aus der ersten Reihe allerdings Klartext.

Im Falle des Interviews, das *Report Mainz* mit Udo Voigt führte, war der Zungenlöser die iranische Nationalität des Reporters. Im Glauben, er könne jetzt dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad persönlich eine Botschaft übermitteln, trat der NPD-Parteivorsitzende ganz unbefangenen die Fußstapfen dieses Despoten, der vor einem Jahr Holocaustleugner aus der ganzen Welt in Teheran willkommen hieß: "Sechs Millionen kann nicht stimmen. Es können maximal 340.000 in Auschwitz umgekommen sein", so Voigt gegenüber seinem iranischen Gesprächspartner. "Es ist natürlich ein Unterschied, ob wir für sechs Millionen zahlen oder für 340.000. Und dann ist auch irgendwann die Einmaligkeit dieses großen Verbrechens - oder angeblich großen Verbrechens weg."

Im Gegensatz zu [Fritjof Meyer](#), der vor einigen Jahren in einem pseudowissenschaftlichen Aufsatz die Zahl der in Auschwitz ermordeten Juden auf 340.000 heruntergerechnet, behauptet Udo Voigt, dass die Gesamtzahl alle im 3. Reich um Leben gekommener Juden bei 340.000 läge. Durch die Formulierung "umgekommen" und der Bestreitung der "Einmaligkeit dieses großen Verbrechens - oder angeblich großen Verbrechens" bezweifelt der NPD-Chef indirekt, dass es überhaupt zur verbrecherischen Ermordung an Juden im größeren Stil gekommen sei.

Selbst eingefleischte Holocaustleugner sind, besonders nach den Verurteilungen von [Ernst Zündel](#) und [Germar Rudolf](#), in ihrer Wortwahl vorsichtig geworden. Allenfalls erklärt man sich noch, wie Udo Voigt in einem Interview mit Bernhard S. Arnhold im November 2006, freundschaftlich und solidarisch mit Horst Mahler verbunden und bedauert es, dass dieser "hervorragende politische Kopf" unter den Kennzeichen dieses Besatzerstaates leiden müsse.

Von solch einstudierten Statements weicht die Hinterzimmerretorik dieser Leute oft erheblich ab. Bernhard S. Arnhold, Voigts Interviewpartner, sagte in diesem Sommer bei einer Veranstaltung einer rechtsextremen Minisekte in einem verrauchten Kneipenhinterzimmer, dass er genau wisse, dass es keine Vernichtungslager gegeben habe. Nicht ein einziger Jude sein, so Arnhold weiter, durch Zyklon B umgebracht worden.

Obwohl Arnholds krude Ansicht essentieller Bestandteil der rechtsextremen Ideologie in Deutschland ist, riskiert man im Gegensatz zu Horst Mahler nicht, deswegen im Gefängnis zu verschwinden. Stattdessen belässt es die NPD offiziell bei der Forderung, den Volksverhetzungsparagrafen 130 aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. Ergänzt durch szenenübliche Codebegriffe wie "Holocaustreligion, die uns niederhält" und antisemitische Statements drücken NPDler unumwunden aber innerhalb der Legalität ihre Solidarität mit den inhaftierten Holocaustleugnern aus. Dass nun einer aus der Führungsriege der NPD so offen zum Thema Holocaust Stellung bezog, war im Grunde nur eine Frage der Zeit und der Gelegenheit.

Nachdem Sebastian Edathy (SPD), der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses das Interview vorab gesehen hatte, kündigte er gegenüber *Report Mainz* an, Strafanzeige gegen Voigt zu erstatten. Zum Thema NPD-Parteiverbot sagte Edathy ergänzend: "Wenn der höchste Repräsentant einer Partei sich so offen rechtsextremistisch äußert, wie es Herr Voigt getan hat, dann ist das natürlich ein Indiz dafür, dass es sich nicht nur um eine verfassungsfeindliche, sondern um eine verfassungswidrige Partei handelt. Und verfassungswidrige Parteien sind in unserem Land zu verbieten".

ha Galil

<http://www.hagalil.com/01/de/Antisemitismus.php?itemid=1573>

Sehen, Voigt ; NPD-Chef Voigt leugnet Holocaust

<http://www.youtube.com/watch?v=5KP5vxi4ByI>

## FÜR UND WIDER DER BESTRAFUNG

### Die EU ist in ihrer Erinnerungskultur auf einem guten Weg

Heiner Lichtenstein

Am 26. November dieses Jahres hat der Debattierklub der weltberühmten britischen Universität Oxford einen Mann eingeladen, der in zahlreichen europäischen Staaten bestraft wird, wenn er seine abstrusen Hypothesen öffentlich vertritt. Es geht um den englischen Buchschreiber David Irving. Für ihn hat es den Holocaust nicht gegeben. Dies sei eine jüdische Erfindung, um – auch im Namen des „Weltjudentums“ – die Bundesrepublik zu erpressen.

Zuletzt hat Irving seine Meinung in Österreich vortragen dürfen und dafür eine längere Haftstrafe kassiert. In Oxford hingegen ist ihm nichts geschehen. Das wird sich demnächst ändern. Die Justizminister der EU-Staaten haben sich nämlich darauf geeinigt, einheitlich und gemeinsam gegen Holocaust-Leugner vorzugehen. Neben die Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft tritt damit eine Wertegemeinschaft, die es unter anderem mit der Bundesrepublik, Frankreich, Polen, Belgien, Österreich und der Schweiz bereits gibt. [Leugner wie Irving oder Fred Leuchter](#), der die Existenz von Gaskammern bestreitet, geben sich als Außenseiter auf der Suche nach der wirklichen Wahrheit. Dabei gibt es in der weltweiten Forschung keinen Bereich, der so gründlich untersucht ist wie eben der Holocaust. Wer ihn in Frage stellt, ist kein Freigeist auf der Suche nach der gleichwertigen Nichtexistenz. Die Justizminister der EU wollen die Leugnung des Holocaust mit Strafe bedrohen, um

zu verhindern, dass ein neuer Nährboden für Antisemitismus entsteht.

Als vor Jahren in der Bundesrepublik über das Für und Wider der Bestrafung von Holocaust-Leugnern diskutiert wurde, hat sich die Seite, um deren Schutz es vordringlich ging, absichtlich herausgehalten. Weder Juden noch etwa Sinti und Roma haben sich öffentlich geäußert. In den großen, oft leidenschaftlich geführten Debatten setzten sich schließlich die Befürworter der Sanktionierung durch, wenngleich nicht immer in der Gewissheit, die uneingeschränkt richtige Position zu vertreten. Schließlich gab es damals kein Vorbild, an dem man sich hätte orientieren können. Umso größer war die Erleichterung, als einige Jahre später Frankreich einen entsprechenden Paragraphen in sein Strafgesetzbuch aufnahm. Danach lief es fast wie von selbst, weil immer mehr Staaten zu der Erkenntnis kamen, damit neuem Rassismus einen Riegel vorzuschieben. Die These, es gebe keine absolute Wahrheit, trifft beim Holocaust nicht zu. Bei ihm gibt es keine zwei Seiten wie bei anderen historischen Ereignissen.

In den EU-Staaten, nach deren Strafrecht sich Personen wie Leuchter, Irving und andere strafbar machen, sinkt die Zahl solcher Strafverfahren gegen null. Diese Tendenz sollte es den Justizministern der anderen EU-Staaten leichter machen zuzustimmen. Eine gemeinsame Erinnerungskultur würde die bereits erreichten Gemeinsamkeiten wertvoll ergänzen. Die deutsche Justizministerin **Brigitte Zypries** (SPD) hat mit ihren zahlreichen Initiativen versucht, ein dickes Brett zu bohren – mit Erfolg. Danach sah es noch vor wenigen Monaten öffentlich wahrnehmbar keineswegs aus. Was jetzt die Wende bewirkt hat, werden wir vielleicht bald erfahren, spätestens dann, wenn das EU-Parlament darüber öffentlich debattiert. Die EU ist in ihrer Erinnerungskultur auf einem guten Weg. Die Berliner Justizministerin zeigt, dass sie ihr Amt vorbildlich wahrnimmt. Das stärkt sie und damit die Bundesregierung.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/meinung/gemeinsamgegenholocaustleugner/?WWLAUTH=1a694e8e2b4ca0db7a39c5a82c3487ea>

## JAHRELANGE FORSCHUNG

### Umerziehung oder Vernichtung ? Die Quellen von Carlo Mattogno

#### Interview von Giovanna Canzano mit Carlo Mattogno

Am 10. September 2007 konnte die italienische Journalistin, Giovanna Canzano, deren Interviews legendär sind und die sich seit mehreren Monaten für den Revisionismus interessiert, unseren Freund Carlo Mattogno treffen und mit ihm, was außergewöhnlich ist, ein Interview führen, wovon wir hier in schneller Übersetzung [idem für die Übersetzung vom Französischen ins Deutsche] die wichtigsten Passagen wiedergeben. Wir erinnern vorab daran, daß sich Carlo Mattogno im französischen Revisionismus durch seinen Artikel berühmt gemacht hatte, den er in der ersten Ausgabe der „**Annales d'histoire révisionniste** (AHR)“ [Jahrbücher des historischen Revisionismus] (Frühjahr 1987) unter dem Titel: „Der Mythos der Vernichtung der Juden“ (S. 15-107) veröffentlicht hatte. Es versteht sich von selbst, daß diese erste Ausgabe des „AHR“ umgehend verboten wurde und im Nachgang der Verlag verurteilt wurde...

Seh. <http://www.aaargh.com.mx/fran/revu/ahr/AHRtdm.html>

*Keine Bildaufnahmen, Aufzeichnungsgerät abgeschaltet. Dies sind die Bedingungen um die Ehre zu haben, vor deren Veröffentlichung die Manuskripte von Carlo Mattogno studieren und lesen zu können.*

Mattogno hatte zum Ende der 70er Jahre begonnen, sich für den Revisionismus zu interessieren und hat 1985 seine ersten Bücher dazu veröffentlicht. Seit 1995 hatte er Zugang zu den Archiven in Moskau, welche einige Jahre zuvor allen Forschern geöffnet worden waren. Vor allem in den russischen National-Archiven zum 2. Weltkrieg konnte er gemeinsam mit **Jürgen Graf** nahezu 88.200 Seiten der Dokumente der Zentralbauabteilung von Auschwitz einsehen, die von den Sowjets beschlagnahmt worden waren und deren Zugang für die Forschung jahrelang untersagt worden war. Außerdem konnte er weitere 20.000 Seiten an Dokumenten aus den nationalen Archiven der russischen Föderation einsehen.

In seinen Studien hat er sich auf die originalen Dokumente gestützt, die in diesen oder auch anderen Archiven aufbewahrt werden. Mattogno erzählt: „Einige der Dokumente sind von mir selbst gefunden, übersetzt, untersucht und in die geschichtswissenschaftliche Debatte eingeführt worden. So zum Beispiel das holländische Manuskript ‚Tötungsanstalten in Polen‘, der Brief in schwedischer Sprache eines von Otter an Baron Lagerfeldt vom 23. Juli 1945, das Büchlein in polnischer Sprache von Rudolf Reder ‚Belzec‘, die Erinnerungen von Miklos Nyiszli in ungarisch ‚Dr. Mengele boncolórovosa voltam az Auschwitz-i krematóriumban‘ (Nyiszli war Anatomie-Arzt unter Dr. Mengele in den Krematorien von Auschwitz gewesen), verschiedene russische Veröffentlichungen der Untersuchungskommission über Auschwitz und zahlreiche deutsche Dokumente der Zentralbauabteilung von Auschwitz.“

Auschwitz : wie viele Nächte, wie viele Alpträume habe ich durchlebt über den alleinigen Gedanken, daß Menschen - keine „Tiere“ - nur einige Jahrzehnte zurück die Idee einer Massenvernichtung der Juden hätten haben können, und das alles unter der Verschwiegenheit aller Autoritäten dieser Zeit, sei es politischer oder religiöser Art, und unter Mitwirkung aller Deutschen (so Goldhagen).

Ich fühle mich vollkommen verwirrt, wenn ich lese und in meine Akten aufnehme, daß in einem Vernichtungslager, in dem menschliches Leben nichts bedeutete, es Krankenstationen für Leichterkrankte, Krankenstationen für Schwererkrankte und sogar welche für unheilbar Kranke gab, und ich stelle mir die Frage: wenn man in diesen Lagern die massenweise Vernichtung der Gefangenen vornahm, warum wurden diese dann mit Krankenstationen ausgestattet?

Warum gab es sanitäre Einrichtungen mit Duschräumen und Cyan-Wasserstoff-Desinfektionsräume? Und was bedeuten diese Frauen, die auf einer Aufnahme entsetzlich verformt dargestellt sind, aber auf dem ursprünglichen Photo einen friedlichen Gesichtsausdruck aufweisen und am Rande einer Wassereinrichtung sitzen, während sie sich unter freiem Himmel mit kokettem Gesichtsausdruck gerade duschen? Und das, obwohl nur einige Schritte davon entfernt sich Einrichtungen befinden, die man später als Gaskammern bezeichnen wird, und diese Frauen zeigen sich von diesen Kammern unbeeindruckt? Sie denken auch nicht daran zu flüchten, obgleich kein Gefängniswärter in ihrer Nähe zu sehen ist! Oder aber, und das erscheint viel wahrscheinlicher, wurden vielleicht die Duschkammern deswegen in dem Lager eingerichtet, um darin Menschen zu desinfizieren, weil ab einem Zeitpunkt in dem Lager eine schreckliche Seuche wütete? Wenn man sich die Mühe machte, die Leute zu desinfizieren, wozu dienten dann die Krematoriumsöfen?

Damals war das Verbrennen von Leichen sehr verbreitet in ganz Europa. Das erste europäische Krematorium wurde 1875 in Mailand errichtet, in Deutschland 1878. Unter anderem waren es unsere [italienische] Ingenieure, die als erste diese Methode durchführten, aber wegen des Widerstands der katholischen Kirche hinsichtlich solcher Bestattungsformen hatten sie damit keinen großen Erfolg. In Deutschland dagegen verbreitete sich diese Art der Bestattung sehr schnell (1933 gab es 131 Krematorien). Hier zeigt mir Mattogno eine andere Liste, auf der alle Krematoriumsöfen enthalten sind, die es in Europa gibt, zudem mit der Anzahl der Personen, die dort eingeäschert worden sind.

Deshalb entsprach es der damaligen Norm, solche Krematorien in Auschwitz zu bauen. Wie ich in den originalen Unterlagen der Baufirma nachlesen konnte, die in Auschwitz Krematorien aufgebaut hatte, dienten die Öfen der Verbrennung von Leichen, und nicht, um darin gruppenweise lebende Menschen „hineinzudrängen“. Sie können auch unmöglich in der von einigen wichtigen Zeugen behaupteten Weise der Selbstverbrennung der Leichen funktioniert haben.

In seinem Buch schreibt Mattogno zu den Leichenverbrennungen: „Die Frage der Leichenverbrennung in Auschwitz hat eine entscheidende geschichtswissenschaftliche Bedeutung, weil auf der einen Seite angeblich 1.100.000 Opfer in diesem Lager verbrannt worden sein sollen, mehrheitlich durch die Kremationsöfen der Firma Topf & Söhne aus Erfurt (nach von Pelt 500.000 allein in dem Krematorium II von Birkenau, R. J. van Pelt, ‚The Case for Auschwitz. Evidence from the Irving Trial‘, s. 68, 450, 469), auf der anderen Seite weil diese Frage ein objektives Kriterium zur Beurteilung der Zeugenaussagen darstellt.“

„Es gibt keine Holocaust-Studie zu den Leichenverbrennungen in Auschwitz: der weltweit größte Experte, Jean-Claude Pressac, schreibt über dieses ganze Thema nur zwei oder drei Dutzend Seiten, in denen er sich auf Zeugenaussagen stützt und sich damit begnügt, anhand einiger deutscher Dokumente willkürliche und technisch unhaltbare Schlußfolgerungen zu ziehen. Van Pelt hat, noch mehr als Pressac, auf Zeugenaussagen Rückgriff genommen.“

„Um die Kompetenz der beiden ‚Spezialisten‘ zu beurteilen, genügt der Hinweis, daß in seinem Quellenverzeichnis van Pelt nur ein Buch zum Thema Leichenverbrennung aufweist, Pressac in seinen Schriften keins. Meine Untersuchungen stützen sich dagegen, unter anderem, auf mehr als 220 technischen Werken zur Leichenverbrennung, einschließlich der technischen Gutachten, (...)“

Immer noch anhand der originalen, von Mattogno gesammelten Dokumente, die die Öfen beschreiben, konnte ich feststellen, wie sie funktionierten und wie sie gebaut worden waren durch diese Firma, die, nachdem sie sie gebaut hatte, mit ihrer Wartung beauftragt worden war. Was ich gesehen habe, kann nicht mit den Beschreibungen der Zeugenaussagen von den Überlebenden oder von den Paten der Opfer von Auschwitz übereinstimmen. Man ist sogar weit von der Beschreibung entfernt, die der Augenzeuge Henryk Tauber abgegeben hat, der vom Sonderkommando geflüchtet war und als ein hervorragender Zeuge angesehen wird. Seine Beschreibungen des Funktionierens und der Leistungen der Anlagen stimmen nicht überein mit dem, was man aus den Dokumenten entnehmen kann. Um eine Leiche in den Öfen von Birkenau einzuäschern brauchte man im Schnitt ungefähr 17 kg Koks, und nicht 3,5 kg, wie das einige Historiker behauptet haben. Außerdem ist die Anzahl der Leichen, die in Asche verwandelt werden konnte und die Zeit, die es dafür brauchte, umfangreich von Mattogno dargelegt worden und das alles ist mit technischen Daten versehen und (...) aber, was die Einzelheiten betrifft und weil ich mich nicht mit diesem, da makabren Ablauf befassen möchte, verweise ich auf die Schriften von Carlo Mattogno (...)

Dies betrifft auch seine Stellungnahmen zu den Verbrennungsgruben unter freiem Himmel in Birkenau 1944. „...Zum Thema der ‚Verbrennungsgruben‘ gibt es kein einziges Dokument und alles stützt sich auf Zeugenaussagen, die jedoch hierzu vollkommen gegensätzliche Äußerungen geliefert haben und demnach geschichtswissenschaftlich gesehen ohne jede Bedeutung sind.“

Man hätte ja erwarten können, daß die Geschichtswissenschaft zum Holocaust diese Frage vertiefend behandelt hätte, doch sie sagt zu diesen ‚Verbrennungsgruben‘ gar nichts und sie ist nicht in der Lage, weder ihre Anzahl, ihren Ort, noch ihre Dimensionen oder ihr Fassungsvermögen zu beschreiben. **Franciszek Piper** hat in seinem Opus Magnum von fünf Bänden, vom Auschwitz-Museum 1995 veröffentlicht und dessen Leiter er ist, alles in allem ganze drei (3!) Zeilen zu der Fragestellung der Verbrennungsgruben des Jahres 1944 verwendet! Wieder ein schönes Beispiel unglaublichem Dilletantismus, weshalb es spielend leicht ist, dagegen die einzige wissenschaftliche Studie zu setzen, nämlich mein Werk ‚Auschwitz: Freiluft-Einäscherungen‘.“

Carlo Mattogno hat **mehr als 20 Jahre gebraucht, um die ganze Dokumentation zu sammeln**, zu ordnen und auszuwählen, bezüglich dessen, was sich in den sogenannten „Vernichtungslagern“ abspielte. Alles, was dort stattfand, ist reichlich dokumentiert, nichts war dem Zufall überlassen, denn man kennt ja die „Sorgfalt“ der Deutschen.

Er hat die Gelegenheit gehabt, originale Dokumente zu lesen, in denen beschrieben ist, wie ein Lagerwärter gerügt wurde, weil er einen Häftling mißhandelt hatte! Doch aus welchem Grund sollte man einen Lagerwärter rügen, wenn doch die Häftlinge einfach „ermordet“ werden sollten? Und wenn die Häftlinge umgebracht werden sollten, warum haben sie dann nicht rebelliert? Man hat diesbezüglich kein Dokument gefunden. Vielmehr kann man auf einer anderen Liste lesen, daß im Schnitt für 100 Häftlinge, die in einem Krematorium arbeiteten, ein, maximal zwei Lageraufseher eingeteilt waren! Das scheint mir doch recht wenig zu sein, um dem Tode Geweihte zu bewachen, die zudem im Besitz streng vertraulicher Geheimnisse waren und die nicht vor Gericht gestellt wurden. Wahrscheinlich alles nur Unschuldige!

Aber, so habe ich gefragt, was ist mit der Liste von den Leuten, die in diese Lager Zwischenstation gemacht haben, um zu anderen Zielen weiterverbracht zu werden? Sogleich befinde ich mich vor ellenlangen Listen von Müttern, Kindern und Vätern. Und eine weitere Gewißheit, die der Trennung der Mütter von den Kindern, bricht in sich zusammen: wenn eine Familie an einen anderen Ort verbracht wurde, dann wurde sie wieder zusammengeführt.

Die Dokumente haben mich überzeugt in dem, was sie aussagen. Jetzt möchte ich aber von denen, die die Existenz eines solchen Holocausts, also wortwörtlich eines „Opfers durch Feuer“ behaupten, daß sie mich überzeugen, doch nicht anhand von Filmen im Stile von Alfred Hitchcock oder von Augenzeugen von Leuten, die sagen, daß sie gesehen haben sollen, aber anhand von schriftlichen

Dokumenten die belegen, was denn nun wirklich in den Lagern geschehen ist. (...)

[Es folgt dann die Liste der Dokumente, die Mattogno ihr gezeigt hat und die sie angesehen hat, dann die Liste der Veröffentlichungen oder Artikel, die von Mattogno selbst oder in Zusammenarbeit mit anderen herausgebracht wurden. Siehe auch den Internet-Verweis am Anfang des Berichtes.]

<http://www.politicamentecorretto.com/index.php?news=1712>

## SENSIBILITÄT

### "Es wird zu wenig gegen Antisemitismus getan"

Von Dirk Banse

*Zentralrat: Die Sensibilität im Umgang mit den Verbrechen an Juden hat abgenommen - 700 Straftaten*

Berlin - Die Präsidentin des Zentralrats der Juden, **Charlotte Knobloch**, wirft der Politik Lethargie im Umgang mit dem wachsenden Antisemitismus in Deutschland vor. "Es wird viel geredet, aber wenig gehandelt", sagt sie der WELT. Als Beispiel dafür nennt Charlotte Knobloch die fehlenden Reaktionen auf die jüngsten Äußerungen von NPD-Chef Udo Voigt, der in einem Gespräch mit iranischen Journalisten den Holocaust verharmlost hatte. "Wo bleibt der Aufschrei?", fragt die Zentralratspräsidentin. Bis auf den SPD-Politiker Sebastian Edathy hat niemand Strafanzeige gegen den NPD-Vorsitzenden gestellt. Dabei hätten die Strafverfolgungsbehörden wegen des Legalitätsprinzips schon von sich aus ermitteln müssen, nachdem die Äußerungen öffentlich geworden waren. "Die Sensibilität im Umgang mit den Verbrechen an Juden hat abgenommen", stellt Charlotte Knobloch fest. Neben der Zentralratspräsidentin ruft auch der neue israelische Botschafter in Deutschland, Yoram Ben-Zeev, zum Kampf gegen Antisemitismus auf. Judenfeindlichkeit dürfe nicht toleriert werden, warnt der 63-Jährige.

Der Zentralrat der Juden beobachtet mit Sorge, daß der Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. "Die Tabubrüche mehren sich", sagt Charlotte Knobloch. Beispiel dafür seien die Auftritte der ARD-Satiriker Harald Schmidt und Oliver Pocher, die ein sogenanntes Nazometer bei Begriffen wie "Gasherd" und "Dusche" anspringen ließen. Daß Antisemitismus nach wie vor ein großes Problem in Deutschland darstellt, belegen Fakten. Wie das Bundesinnenministerium auf Anfragen der Bundestagsvizepräsidentin **Petra Pau** (Linke) mitteilte, wurden bis Oktober dieses Jahres bereits mehr als 700 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund, 125 davon allein in Berlin, erfaßt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum haben Propagandadelikte wie das Beschmieren von Gedenkstätten mit Nazi-Symbolen und Gewalttaten zugenommen. Hoch ist auch die Zahl der Schändungen von jüdischen Friedhöfen. 237 solcher Taten wurden in den vergangenen fünf Jahren registriert.

Angesichts solcher Zahlen fordert Charlotte Knobloch zu einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion auf. "Die Entwicklung ist sehr gefährlich. Die NPD und andere rechte Gruppierungen agieren genauso wie die Nazis zwischen 1920 und 1925. Damals hatten die Nazis auf subtile Art und Weise wie der Gründung von Kameradschaften die Machtübernahme vorbereitet", sagt die Präsidentin. Um eine Wiederholung der Geschehnisse zu verhindern, müsse die NPD verboten werden. "Ich bin mir über die Risiken eines Verbotsantrags bewußt. Aber an diesem Schritt führt kein Weg vorbei. Zudem brauchen wir eigentlich keine V-Leute in der NPD, denn die Partei betreibt doch Volksverhetzung in aller Öffentlichkeit", erklärt Charlotte Knobloch. Die Politik habe zudem den Rechtsextremisten in einigen Regionen die Felder wie Jugendbetreuung und Freizeitgestaltung überlassen. "Die rechtsextremistischen Parteien nutzen die Perspektivlosigkeit vieler Leute vor allem im Osten Deutschlands für ihre Zwecke aus", sagt die Präsidentin.

Für zusätzliche Gefahr Sorge die geistige Liaison zwischen manchen Rechtsextremisten und radikalen Muslimen. Studien belegen, daß beispielsweise der Nahost-Konflikt den Antisemitismus fördert. Der Hass auf Israel und alles Jüdische verbindet die unterschiedlichen Gruppierungen. Für

den Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin, Professor **Wolfgang Benz**, ist der Antisemitismus in Deutschland auch dem mangelnden Wissen über das Judentum geschuldet. "Für viele Deutsche bilden die Juden eine geheime ausländische Macht, die auf Kosten der Mehrheit lebt. Solche Verschwörungstheorien geistern durch die Köpfe der Menschen", sagt der Professor. Wichtig sei, daß bereits in den Schulen ein realistisches Bild von den Juden vermittelt werde. "Sie sind Menschen wie alle anderen. Befangenheit ist deshalb fehl am Platz", meint der Institutsleiter. Es könne nicht angehen, daß die Verfehlung eines Einzelnen allen Juden angelastet werde. "Noch immer geben viele Menschen den Juden die Schuld an ihrem Unglück. Das ist eine gefährliche Einstellung." Gern würde das Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin ein Forschungsprojekt zu Friedhofsschändungen in Deutschland durchführen. Bislang konnte jedoch eine Finanzierung dieses Projekts nicht gewährleistet werden. Marion Neiss, Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung, weist darauf hin, daß eine wissenschaftliche Darstellung über die Motivation, Vorgehensweise und Strafverfolgung der Täter sowie die polizeilichen Ermittlungserfolge bisher nicht vorliegt. Denn niedrig sei die Aufklärungsquote. Habe sie in den 50er-Jahren noch 52 Prozent betragen, liege sie jetzt nur noch bei etwa zehn Prozent. "Dieser Rückgang der polizeilichen Ermittlungserfolge ist erklärungsbedürftig", sagt Marion Neiss.

27. Dezember 2007

[http://www.welt.de/welt\\_print/article1495304/Es\\_wird\\_zu\\_wenig\\_gegen\\_Antisemitismus\\_getan.html](http://www.welt.de/welt_print/article1495304/Es_wird_zu_wenig_gegen_Antisemitismus_getan.html)

## BLUTLINIE „EINE NEUE INQUISITION“

### Der italienische Intellektuelle Sergio Romano spricht von einer „Holocaust-Religion“ – sein Buch bricht alle Tabus

Von: Moritz Schwarz

*Herr Romano, was bedeutet der Holocaust für Europa und unsere Kultur*

**Romano:** Sie meinen, seine historische Bedeutung oder seine metaphorische?

*Diese stimmen nicht überein?*

**Romano:** Nein, denn an sich ist der Holocaust ein „normales“ geschichtliches Ereignis. Nun gibt es aber die Tendenz, ihn metahistorisch zu interpretieren, zu kanonisieren. Denn für manche manifestiert sich im Holocaust das Böse schlechthin: Er stellt eine Art Gegengott dar, den es mittels eines Kultes – Gedenkveranstaltungen, Mahnmalen, Bitten um Vergebung – zu bannen gilt.

*In Ihrem jetzt auch auf deutsch erschienenen, in Italien zunächst heftig umstrittenen Buch „Brief an einen jüdischen Freund“ sprechen Sie offen von einer „Holocaust-Religion“.*

**Romano:** Ich glaube, ich verwende dieses Wort nur ein- oder zweimal im Buch. Den Begriff „Holocaust-Kult“ ziehe ich vor.

*Die europäischen Gesellschaften verstehen sich als aufgeklärt und säkular. Sie behaupten nun, tatsächlich frönten sie einem Kultus?*

**Romano:** Gedenken wird immer irgendwann zu „Religion“. Jede Gesellschaft neigt dazu, Momente der Geschichte mythisch zu institutionalisieren. Dennoch ist die Entstehung des Holocaust-Kultes aber bemerkenswert. Denn unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges war dieses schreckliche Massenverbrechen den Zeitgenossen zunächst nur ein tragischer Bildausschnitt eines weit größeren apokalyptischen Gemäldes von einem völlig zerstörten Europa. Zu dieser Zeit waren nicht einmal die überlebenden Juden darauf erpicht, über das Thema weiter zu sprechen. Und die Juden in den USA oder der UdSSR scheuten es erst recht, denn sie wollten Amerikaner bzw. Sowjetbürger sein und sich nicht durch Identifizierung mit dieser speziellen Geschichte von ihren Mitbürgern separieren. Was mich nun interessierte war: Wann und warum hat sich dies geändert?

*In Ihrem Buch machen Sie drei Ereignisse dafür verantwortlich.*

**Romano:** Erstens den Eichmann-Prozeß 1961, der das Thema plötzlich nicht nur ungeheuer populär machte, sondern in der israelischen Gesellschaft ein Bedürfnis nach ausgleichender Gerechtigkeit und

Strafe wachrief, das zuvor offen so nicht vorhanden war. Zweitens den Sechs-Tage-Krieg von 1967, denn dieser führte der ganzen Welt, aber vor allem den Israelis selbst, ihr kleines Land als militärisch so weit überlegen vor, daß eine bis dahin nur verdeckt vorhandene Strömung Auftrieb bekam: Israel sah sich plötzlich in der Lage desjenigen, der sich einfach nehmen kann, was ihm seiner Auffassung nach zusteht. Die Vision von einem Großisrael, die bis dahin nur ein Traum war, schien auf einmal Wirklichkeit werden zu können. Und während die ersten Einwanderer säkulare Zionisten waren, kamen nun religiös geprägte Juden ins Land, die von einem biblischen Israel träumten.

### "Ein ständiges, weltweites Antisemitismustribunal"

*Gegenthese: Wenn es Hitler vor dem eigenen Tod gelungen wäre, die letzten Juden zu ermorden und es also nie einen Staat Israel gegeben hätte, wäre der Holocaust-Kult dennoch entstanden – weil er nichts mit Israel zu tun hat!*

**Romano:** Sie haben mich noch nicht aussprechen lassen: Das dritte entscheidende Ereignis hat in der Tat nichts mit Israel zu tun: Es handelt sich um die Studentenrevolte von 1967/68. Und die nahm ihren Anfang sogar bei Ihnen, in Deutschland. Sie war bekanntlich ein Aufstand gegen die Autoritäten, gegen die Eltern, gegen die Väter. Und welches Mittel war zu dieser Zeit das Geeignetste, um die moralische Stellung der Väter zu unterminieren? Das war, ihnen ihr moralisches Versagen in der Zeit des Zweiten Weltkrieges vorzuwerfen. Und so entdeckte eine junge Generation von Europäern den Holocaust und sein Potential neu. Alle drei Ereignisse liefen zusammen und bewirkten eine „Rückkehr des Erinnerns“, die den historischen Holocaust in eine Holocaust-Religion transformierte. Und Sie können die Rolle Israels dabei nicht ausnehmen, wie Ihr Einwurf intendiert. Zumal israelische Regierungen den Holocaust sowohl als Mittel zur Legitimierung, als auch zur Durchsetzung ihrer Politik nutzten.

*Zum Beispiel?*

**Romano:** Zum Beispiel zur Rechtfertigung der Politik in den besetzten Gebieten. Die Palästinenser reagieren darauf natürlich nationalistisch und übernehmen in ihrer Ohnmacht Elemente aus dem Reservoir des europäischen Antisemitismus, in der irrigen Annahme, sie könnten diese effektiv gegen ihren jüdischen Gegner nutzen. Dabei sind die meisten Araber an sich keine Antisemiten, sie flüchten sich nur aus Hilflosigkeit zu diesem Mittel. Bei den Israelis wiederum bestärkt dies die Überzeugung, daß der Holocaust kein historisches Ereignis, sondern eine ständige Möglichkeit, eine dunkle Gegenmacht ist, die immer, überall und auf allen Ebenen bekämpft werden muß. Das Ergebnis ist, daß mittlerweile an die Stelle des heiligen Offiziums eine jüdische Inquisition getreten zu sein scheint, die den Antisemitismus auch in den christlichen Gesellschaften Europas untersucht und quantifiziert, ein ständiges Antisemitismustribunal, vor das weltweit jeder jederzeit zitiert werden kann.

*Wie die Araber, so stehen auch die Europäer im Verdacht eines historisch eingeborenen Antisemitismus ihrer Kultur?*

**Romano:** Denken Sie nur etwa an die Bücher Daniel Goldhagens, „Hitlers willige Vollstrecker“ und „Die katholische Kirche und der Holocaust“. Das eine unterstellt den Deutschen, das andere der katholischen Kirche genau das. Was dabei jedoch völlig außer acht gelassen wird, ist zum Beispiel daß sich die christliche Wahrnehmung der Juden je nach den geschichtlichen Umständen gewandelt hat und daß das Judentum im Laufe der Zeit verschiedene Konnotationen erhielt. Daher kann man unmöglich von einem immergleichen christlichen Vorurteil sprechen. Es gibt kein ungeschichtlicheres Argument, als Christentum und Judentum wie zwei unwandelbare Größen aufzufassen und den Judenhaß als ein Krebsgeschwür der Christenheit zu betrachten, das immer weiter wächst, bis es als letzte Metastase die Gaskammer hervorbringt. Bedeutend ist übrigens auch der Umstand, daß wir inzwischen in einer Epoche der Globalisierung leben. Das bedeutet nämlich, daß der Holocaust-Kult die Möglichkeit hat, zur globalen Größe zu werden.

*Diese Dominanz trägt allerdings nach Ihrer Ansicht die Gegenthese schon in sich: Statt Antisemitismus vorzubeugen, so warnen Sie, befördere der Holocaust-Kult diesen.*

**Romano:** Es gibt oft den Augenblick in der Geschichte, da ein Vorteil, der bis zum äußersten ausgenutzt wurde, in sein Gegenteil umschlägt. Konkret gibt es dafür mehrere Gründe, zum Beispiel, weil die Überhöhung des Holocausts zu einer Relativierung anderer Tragödien führt. Denn natürlich fühlen sich deren Opfer, etwa die deutschen Vertriebenen, an den Rand gedrängt. Oder denken Sie an die psychologischen Auswirkungen der Entschädigungsschlachten, die manche Vertreter jüdischer Organisationen und ihre Anwälte führen. Sicher, einige Banken und Versicherungen haben sich alles andere als fair gegenüber den Überlebenden des Massenmordes verhalten und richtig ist auch, daß in

das Wachstum mancher Firmen auch die Leistungen etwa von NS-Zwangsarbeitern eingeflossen sind. Aber das ist über sechzig Jahre her und die wirtschaftliche Entwicklung dieser Firmen ist mittlerweile durch alle möglichen Phasen gegangen. Tatsächlich werden die Entschädigungen heute von Leuten bezahlt, die keinerlei Verantwortung für das haben, was damals geschehen ist: Was haben die Aktionäre von heute, mit den Firmeninhabern von damals noch zu tun?

*In gewisser Weise, so Ihr Einwand, fallen sie einer Art von „Rassismus“ zum Opfer.*

**Romano:** Ja, denn offenbar wird ihnen so etwas wie eine „Blutlinie“ unterstellt. Denn ohne diese unterschwellige Vorstellung wäre es nicht einleuchtend, daß sie für etwas Sühne leisten sollen, mit dem sie persönlich nichts zu tun haben. Und dieser Rassismus findet auch in größerem Maßstab statt, nämlich da wo der Holocaust als gemeinsame Schuld ganzer Nationen und Religionen verstanden, wo diese Schuld kollektiv auf die Schultern eines ganzen Volkes geladen wird. Früher oder später aber ruft jede Verallgemeinerung eine nicht minder radikale und ausschließende Gegenreaktion hervor.

### "Folgt auf zwanghaftes Erinnern einmal ein radikales Vergessen?"

*Dem inzwischen umgekommenen FDP-Politiker Jürgen Möllemann wurde genau das als Ausweis seines Antisemitismus attestiert: Seine Kritik, die Politik jüdischer Institutionen leiste der Judenfeindlichkeit Vorschub, sei nichts weiter als ein Klischee aus dem Repertoire des klassischen Antisemitismus.*

**Romano:** Natürlich gibt es echte Antisemiten, die dieses Muster benutzen, um ihren Antisemitismus auszudrücken. Das heißt jedoch nicht, daß dieser Zusammenhang eine reine Erfindung ist. Wenn Antisemiten diese Argumentation mißbrauchen ist das schändlich, macht aber den Sachzusammenhang nicht automatisch unwahr.

*Der deutsch-jüdische Publizist Micha Brumlik sieht Sie bereits „im Fahrwasser eines Revisionismus im Geiste Ernst Noltes“.*

**Romano:** Ich lasse mich von solchen Worten nicht einschüchtern. „Revisionismus“ ist für mich nicht per se eine schlechte Sache.

*Ihr Buch erschien in Italien bereits 1997. Zehn Jahre wagte kein deutscher Verlag, es zu übersetzen.*

**Romano:** Mein Buch löste damals eine sehr kontroverse Debatte aus, nicht nur in Italien, sondern auch in Israel. Daraufhin entschied ich mich, auf etwas zu verzichten, worauf sonst kein Autor verzichtet, nämlich mein Buch in der Welt bekannt zu machen und mich um Übersetzungen zu bemühen. Ich wollte nicht von mir aus Franzosen, Engländer oder Deutsche mit meinen Thesen behelligen. Ich wollte warten, ob und bis in diesen Ländern von sich aus ein Interesse an meinem Buch zum Ausdruck käme. Nach fast zehn Jahren trat schließlich aus Deutschland der Berliner Verleger Andreas Krause Landt an mich heran.

*In Deutschland verkommen solche Debatten sofort zu publizistischen Guerillakriegen. War die Diskussion in Italien dagegen konstruktiv?*

**Romano:** Bei solchen Themen muß man die Politik draußen halten, sonst sind sie sofort ruiniert. Das ist in Deutschland offenbar noch nicht so einfach. Doch auch unsere Debatte trug zeitweilig Züge eines kleinen „Historikerstreits“.

*Trotz des Erscheinens Ihres Buches auf deutsch hat sich hierzulande bislang keine Debatte entsponnen. Allerdings scheint dies kein Zeichen von Entspannung zu sein, denn es gibt, außer in der „FAZ“, auch keine Rezensionen. Es mutet eher an wie ein Totschweigen.*

**Romano:** Das mag sein, ich kann das nicht beurteilen. Diese Frage müßte ich eher Ihnen stellen. Wie ich aber von Herrn Krause Landt höre, wird das Buch verkauft. Es findet also sein Publikum.

*Welche Folgen der Holocaust-Religion sehen Sie für die Zukunft Deutschlands?*

**Romano:** Blickt man zurück, so besticht, von welcher Professionalität anfangs die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel waren: ganz matter of fact, ohne Schüchternheit auf deutscher und ohne Aggressivität auf israelischer Seite. Heute dagegen sind die Beziehungen hochgradig emotionalisiert. Die deutschen Politiker widmen sich zwar mit großer Ernsthaftigkeit dem Holocaustgedenken, sind aber gleichzeitig davon überwältigt. Ich bin besorgt über die psychologischen Folgen für Menschen, die gezwungen sind, zu häufig um Vergebung zu bitten. Die Frage ist, ob nicht irgendwann, nach einem Jahrhundert des zwanghaften Erinnerns, das Pendel

in die Gegenrichtung ausschlägt und ein Jahrhundert des radikalen Vergessens folgen könnte.

**Sergio Romano.** Der ehemalige Diplomat, Historiker und Publizist zählt zu den profiliertesten italienischen Intellektuellen der Gegenwart. Romanos Bedeutung für Italien vergleicht der ehemalige Vizedirektor des Deutschen Historischen Instituts in Rom, der Historiker Jens Petersen, mit der „Golo Manns für die Bundesrepublik der sechziger und siebziger Jahre“. Romano, geboren 1929 in Vicenza, war Leiter der Kulturabteilung des italienischen Außenministeriums, Repräsentant Roms bei der Nato und schließlich – von 1985 bis 1989 – Botschafter in Moskau. Angebote aus der Politik, zuletzt 2001 von Silvio Berlusconi, lehnte er immer wieder ab. Er lehrte zudem an verschiedenen italienischen Universitäten sowie in Harvard und Berkeley. Romano schrieb zahlreiche Bücher und ist renommierter Kolumnist und ständiger Mitarbeiter italienischer Tages- und Wochenzeitungen.

**Sergio Romano:** *Brief an einen jüdischen Freund.* Aus dem Italienischen von Martina Kempfer. Mit einem Beitrag von Jens Petersen. Landtverlag, Berlin 2007. 239 S., € 29.90

Junge Freiheit, 4.1.2008

[http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display.268+M5c8c487ae6a.0.html?&tx\\_ttnews\[jsViewPointer\]=2](http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display.268+M5c8c487ae6a.0.html?&tx_ttnews[jsViewPointer]=2)

Recenzion in NZZ

<http://l036sys0.nzz.ch/2007/12/20/fe/articleFOTU7.html>

## ANLASS ZUM HISTORIKERSTREIT

### Ernst Nolte ist 85 Jahre

Von Esteban Engel

Es war eine der brisantesten Debatten seit Gründung der Bundesrepublik: Vor 22 Jahren löste der Historiker Ernst Nolte eine Welle der Empörung aus. Seine These: Hitler und der Nationalsozialismus seien eine Reaktion auf die "existenzielle Bedrohung" Deutschlands durch die Russische Revolution gewesen. Der Geschichtspräsident der Freien Universität Berlin wollte den Holocaust relativieren, lautete der zentrale Vorwurf im sogenannten Historikerstreit, der über Monate die Medien beschäftigte.

Die Behauptungen Noltens, der am 11. Januar 85 Jahre alt wird, gelten in der Historiker-Zunft inzwischen als widerlegt. Doch Nolte hatte einen Nerv berührt. Der Vergleich von Unterdrückungssystemen wie Bolschewismus und Nationalsozialismus, mit denen schon in den sechziger Jahren Hannah Arendt ihre Totalitarismus-Theorie begründete hatte, rückten mit dem Niedergang der Sowjetunion wieder in den Mittelpunkt. Lange Zeit hatte gegolten, dass es zwischen sowjetischem Kommunismus und Nationalsozialismus einen unüberbrückbaren Gegensatz gibt. Viele wollten in der Sowjetunion noch an einen humanen Kern glauben.

### Vergleichbarer Schrecken

Doch mit der Öffnung der Archive wurde das ganze Ausmaß der Verbrechen der Stalin-Zeit mit seinen Millionen Toten bekannt. In dem 1997 erschienenen "Schwarzbuch des Kommunismus" sprachen französische Historiker von einem "roten Holocaust".

Die frühere lettische Außenministerin Sandra Kalniete löste 2004 bei einer Rede auf der Leipziger Buchmesse einen Eklat aus, als sie von Erkenntnissen sprach, wonach Nationalsozialismus und Kommunismus gleichermaßen kriminell waren. Der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Salomon Korn, sah darin eine Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus und verließ empört den Saal.

Mit ähnlicher Heftigkeit war auch über Noltens Thesen gestritten worden. Der Historiker selbst sieht sich durch Vorwürfe seiner Kollegen, er habe die Nazis verharmlost und sich in die Nähe der Holocaust-Leugner begeben, noch heute ungerecht behandelt. Er habe lange als Verlierer der Debatte gegolten, sagt Nolte heute. "Vielleicht hat sich das geändert." In seinen jüngsten Büchern über die Weimarer Republik und Europa hat er seine Thesen wieder aufgegriffen, die immer wieder um die Frage kreisen: Wie war Hitler möglich? Es gilt für ihn noch immer, dass Nationalsozialismus und Kommunismus die Kontrahenten eines "europäischen Bürgerkrieges" waren, wie er es bereits in

seinem 1987 unter diesem Titel erschienenen Buch beschrieben hatte.

### Zwischen Standardwerk und Skandal

Der in Witten geborene Sohn eines Volksschuldirektors gilt trotz der Verwerfungen als einer der führenden deutschen Historiker der Nachkriegszeit. Seine Habilitationsschrift *"Der Faschismus in seiner Epoche"* (1963) ist noch heute ein Standardwerk. Als einer der ersten warf Nolte die Frage auf, was den Nationalsozialismus ausgelöst hat. Dabei brach er mit der im Kalten Krieg maßgeblichen Totalitarismustheorie, die Kommunismus und Faschismus als Unterdrückungssysteme gleichsetzt. Er erkannte dem Nationalsozialismus eine besondere Qualität als Herrschaftsform zu - als Teil der gesamteuropäischen Geschichte.

Die Studie verschaffte Nolte große Anerkennung. Er bekam einen Lehrauftrag für Neue Geschichte an der Universität Köln und später einen Lehrstuhl in Marburg. Innerhalb der Neuen Linken wurden seine Theorien mit großem Interesse aufgenommen. Die bürgerliche Gesellschaft, so meint der Historiker, habe mit Faschismus und Bolschewismus zwei "ideologische Vernichtungspostulate" erzeugt. Für Hitler sei der "Antimarxismus" und der Kampf gegen die Russische Revolution eine zentrale Triebfeder gewesen. In diesem Zusammenhang müsse die Auslöschung des europäischen Judentums gesehen werden.

Nolte, der 1973 an die **Freie Universität Berlin** wechselte und bis 1991 als Ordinarius im Fachbereich Geschichte lehrte, spitzte seine Thesen immer weiter zu. In dem 1986 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* veröffentlichten Artikel "Vergangenheit, die nicht vergehen will" sprach er dann von einem **"kausalen Nexus"** zwischen "Archipel Gulag" und Auschwitz. Hitler habe vermutlich in der "asiatischen Tat", mit der Lenin und Stalin die Bourgeoisie vernichten wollten, eine Bedrohung gesehen. Hitler sei eine Reaktion auf Lenin. Zwischen dem "Klassenmord" der Bolschewiki und dem späteren "Rassenmord" der Nazis könnte eine logische und faktische Verknüpfung bestehen. Befremdlich für viele war, wie stark Nolte die führende Rolle von Juden innerhalb der Bolschewiki betonte.

### Harsche Zurückweisung

Der Philosoph **Jürgen Habermas** bezichtigte Nolte in der "Zeit" unter dem Titel "Eine Art Schadensabwicklung" des Revisionismus. Mit der Deutung des Nationalsozialismus als Antwort auf die bolschewistische Bedrohung nehme Nolte dem Nazismus seine Singularität und mache Hitlers Verbrechen "mindestens verständlich". Der *"Spiegel"*-Herausgeber **Rudolf Augstein** warf Nolte vor, das Bürgertum, die Generalität und den Massenmörder Hitler zu entlasten.

Seit dem Historikerstreit ist Nolte **immer wieder Nähe zu Revisionisten** der Nazi-Geschichte vorgeworfen worden. Der Wissenschaftler blieb unbeirrt. In Interviews fragte er, ob die meisten Opfer der Nazis nicht in den Gaskammern, sondern durch Seuchen und Massenerschießungen getötet wurden. Im Ergebnis, erklärte schließlich der Historiker Heinrich August Winkler, habe die Auseinandersetzung um Noltes Thesen einen Wandel in der politischen Kultur beschleunigt und die "vorbehaltlose Öffnung" der Bundesrepublik gegenüber dem Westen gefestigt.

n-tv.de 10. Januar 2008  
<http://www.n-tv.de/901947.html>

VIER +

## Ehemaliger FPÖ-Politiker als Holocaust-Leugner verurteilt

**Der ehemalige FPÖ-Politiker Wolfgang Fröhlich ist in Wien zu vier Jahren Haft verurteilt worden, weil er den Holocaust geleugnet hat. Dabei saß er deshalb zuvor schon monatelang hinter Gittern.**

Wien - Der bereits zweimal wegen Leugnung des Holocausts schuldig gesprochene ehemalige FPÖ-Politiker Wolfgang Fröhlich ist von einem Wiener Gericht zu weiteren vier Jahren Haft verurteilt worden. Er hatte die Judenverfolgung während des Zweiten Weltkriegs in einem Brief an die Bischofskonferenz und an Papst **Benedikt XVI.** als "satanische Lüge vom Massenmord" bezeichnet.

Außerdem wollte Fröhlich mit einem Volksbegehren das Gesetz abschaffen, das es unter Strafe stellt, Nazi-Verbrechen zu leugnen oder zu verharmlosen. Der österreichischen Nachrichtenagentur

APA zufolge plädierte der ehemalige Wiener Kommunalpolitiker auf "absolut nicht schuldig".

Der 56-Jährige saß seit 2003 wegen ähnlicher Taten bereits 23 Monate lang hinter Gittern. Bereits ein halbes Jahr nach der vorzeitigen Entlassung hat er nach Erkenntnissen des Gerichts wieder E-Mails verschickt, in denen er die Existenz von Gaskammern im Dritten Reich anzweifelte.

Nun droht Fröhlich eine Haftstrafe von insgesamt **sechs Jahren und fünf Monaten**, da das Gericht auch eine zur Bewährung ausgesetzte Strafe zurücknahm. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Fröhlichs Verteidiger kündigte Berufung an.

Spiegel Online 14. Januar 2008

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,528578,00.html>

"KRITISCHEN NACHRICHTEN"

## Ist NS-Propaganda und Holocaustverharmlosung in Hessen legal?

Im Stammland der konsequenten Verfolgung "ausländischer" Straftäter befindet sich der Sitz Deutschlands größter rechtsextremer Video-Homepage, die unbehelligt vom eifrigen Landesvater Roland Koch, seit nunmehr über anderthalb Jahren NS-Propaganda betreibt. Dabei schrecken die Macher von NPD und "Freien Kräften" offenbar selbst vor möglicherweise strafbaren Inhalten nicht zurück.

Wer sich im Internet über NPD-Parteiveranstaltungen, Naziaufmärsche oder "Ausländergewalt" audiovisuell informieren möchte, der wird früher oder später nicht um die rechtsextreme Homepage "Volksfront-Medien" drum herum kommen, deren selbst erklärtes Ziel es ist, der "Propagandaflut der Umerziehungsorgane" entgegen zu wirken. Mit diesem Bestreben schickten im September 2006 Nazis der hessischen NPD und aus deren Umfeld eine eigene "Nachrichtensendung" auf der Internet-Videoplattform Youtube ins Rennen. Da nach heftigen Protesten bereits nach zwei "Sendungen" die rechtsextremen Videos im Tagesschau-Stil vom Seitenbetreiber Youtube gelöscht wurden, mussten sich die Initiatoren rund um den NPD-Spitzenfunktionär Marcel Wöll eine Alternative überlegen und eröffneten kurzer Zeit später eine eigene Website. Inzwischen ist man bei Folge 24 der "kritischen Nachrichten" - wie es im Untertitel des Tagesschau-Plagiats heißt - angelangt und veröffentlicht zudem vermehrt Videoberichte von NPD-Parteitag und -Wahlveranstaltungen.

Bis Mitte 2007 war der einschlägig vorbestrafte Marcel Wöll Sprecher der "Nachrichtensendungen" und zugleich inhaltlich verantwortlich für die Homepage. Seitdem sich Wöll vermehrt um seine Spitzenkandidatur im hessischen Landtagswahlkampf kümmert, hat sein Butzbacher Mitbewohner Christian Müller, der im Falle eines Wahlausfalls als Ersatzkandidat zur Verfügung steht, den Moderationsposten und die Verantwortung für die Website übernommen.

### Holocaustleugner oder "nationale Freiheitskämpfer"

Als geschulte Rechtsextremisten wissen Marcel Wöll und Christian Müller, dass öffentliche **Holocaustleugnung mit bis zu 5 Jahren Haft** bestraft wird. Internes Schulungsmaterial der NPD empfiehlt den Funktionsträgern, sich "mit dem Hinweis auf die Gegenwartsaufgaben der NPD" niemals "auf den Themenkomplex Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus" festnageln zu lassen. Dadurch aber, dass sie in ihren "Nachrichtensendungen" einerseits verurteilte Holocaustleugner wie Ernst Zündel oder Horst Mahler als "nationale Freiheitskämpfer" und deren Gerichtsverfahren als "Inquisitionsprozesse" bezeichnen, zudem andererseits der Zündel-Verteidiger und Vorsitzende der NPD-Hamburg, **Jürgen Rieger**, in einem Interview die Offenkundigkeit des millionenfachen Judenmords in Frage stellen darf, machen sie sich selbst der Holocaustleugnung bzw. -verharmlosung verdächtig. Die **Teheraner Holocaustleugnerkonferenz** im Dezember 2006 beschrieben die "Kritischen Nachrichten" als ein "geschichtliches Ereignis von Tragweite", auf der "hundertfünfzig Wissenschaftler aus aller Welt" das Thema Holocaust, "aus einer Vielzahl der wissenschaftlichen Perspektiven" analysiert hätten.

## **Kampf um die "Wahrheit" bis zum Tod**

Neben subtiler Holocaustverharmlosung ist Revisionismus eines der Schwerpunkte dieser rechtsextremen Homepage. Wie ein roter Faden durchspinnt dabei der "Kampf um die Wahrheit" fast alle Beiträge der "Kritischen Nachrichten", in denen auch unverhohlen die nationalsozialistische Schreckensherrschaft glorifiziert wird. In einer der ersten Sendungen berichtete man von einer Demonstration der NPD und freier Nationalisten in Nürnberg, auf der die "Schandurteile der Nürnberger Besatzerjustiz" angeprangert wurden. In diesem Beitrag, der mit der Demoparole "Ruhm und Ehre der Waffen-SS" aufmacht, sagt der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt, dass die "Nürnberger Schauprozesse" erst durch die "Beseitigung von Rechtsgrundsätzen des zivilisierten Europas" möglich geworden waren. In einem anderen Demonstrationsbericht heißt es über den, "der uns die Prinzipien von Blut, Volk und Boden" offenbart hat, dass er irgendwann, ähnlich wie Jesus als Messias heute, "als Urtyp des Übermenschen geehrt" werden wird. "Um diese Wahrheit ins Volk hinauszutragen", so ein Demoredner in einer anderen "Sendung", "dafür streiten wir, und wenn es sein muss, sterben wir auch dafür".

## **Bleibt musikalische Volksverhetzung ungesühnt?**

Da sich junge Rechtsextremisten vor allem über Musik rekrutieren lassen, darf bei "Volksfront-Medien" die Rubrik "Musikvideos" nicht fehlen. Das Repertoire reicht dabei von Rechtsrock über Volksmusik bis hin zum Pflichtlied der nationalsozialistischen Hitlerjugend. Zwei Videos zeigen beispielsweise Jörg Hähnel auf dem thüringischen NPD-Landesparteitag 2007 in Fröbitz beim Bestreiten des Kulturprogramms. In einem singt der berlin-brandenburgische NPD-Funktionär alle vier Strophen des 1933 von Kurt Wiehle geschriebenen Panzerliedes. Dieses Lied, dessen Melodie auf das antisemitische SS-Lied "Es steht an der Grenze die eiserne Schar" beruht, wurde - ausgenommen der 2. und 3. Strophe - bis 2005 auch im offiziellen Liederbuch der Bundeswehr abgedruckt. Im SS-Original heißt es unter anderem: "Ob sie uns schikanieren, das macht uns gar nichts aus. Parole, sie bleibet: Die Juden hinaus!"

Die Hitlerjugendhymne "Ein junges Volk steht auf", die Jörg Hähnel ebenfalls auf dem thüringischen Parteitag darbot, war im Nationalsozialismus zuständig für die emotionale Disziplinierung der Jugend. Dieses HJ-Pflichtlied, 1935 vom HJ-Führer Werner Altendorf verfasst, wurde von drei Landesverfassungsschutzbehörden als strafbar gemäß § 86a (Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole) eingestuft.

Kurz nach dem Landesparteitag leitete das thüringische Landeskriminalamt ein Ermittlungsverfahren wegen der Verbreitung von NS-Propaganda ein. Auch in drei weiteren Bundesländern ermitteln Staatsanwaltschaften und Polizei, weil Funktionäre der NPD die HJ-Hymne öffentlich sangen oder sie in einer anderen Weise verbreiteten. In Hessen hingegen, von wo aus diese Propaganda ins Internet gelangte, scheinen sich weder Strafverfolgungsbehörden noch christdemokratische Politiker um diese Form von Kriminalität zu kümmern.

## **Volksverhetzende NS-Werbung in Eigenproduktion**

Mit welch abstrusen und volksverhetzenden Vorstellungen "Volksfront-Medien" für die rechtsextreme Szene wirbt, wird in den Videoclips "Unser Ziel - Unsere Pflicht" und "Deutscher, Augen auf! Du bist im Krieg!" deutlich. In schnell geschnittenen Sequenzen schwören sechs Mitstreiter des hessischen Videoprojekts ihre Kameraden mit markigen Sprüchen auf den Kampf gegen das System der "Auserwählten" ein, das seit jeher versuche, die Welt zu kontrollieren. NS-apologetisch ist dort die Rede von der naturgewollten Unterschiedlichkeit der Völker, vom Kampf um die "Erhaltung des deutschen Blutes" und der evolutionär gewollten vollkommenen Anpassung an die Naturgegebenheiten als "Voraussetzung für die Schaffung eines höheren Menschentums". Mit antisemitischer Rhetorik im Stile des Nazi-Propagandisten Alfred Rosenbergs hetzt man gegen Juden, die angeblich 1933 von London aus Deutschland den Krieg erklärt hätten und der so lange nicht zu Ende sei, bis der letzte Tropfen reinen Blutes aller Völker verfließen ist. Würden die beiden Videos in Schwarz-Weiß incl. Alterungseffekte sein, könnte man problemlos denken, sie seien in der Zeit zwischen 1933 und '45 entstanden. Neben Christian Müller als Hauptagitator tritt in einem der beiden Clips der vorbestrafte thüringische NPD-Landespressesprecher Patrick Wieschke in Erscheinung.

## Rassistische Hasspropaganda Crossover

Als im November 2006 Marcel Wöll in einer Folge der "Kritischen Nachrichten" einen Aufmarsch mit den Worten ankündigte, "es könne nicht sein, dass sich Ausländer hier immer weiter ausbreiten und unsere Kultur und unser Land ihren Vorstellungen anpassen", ahnte noch keiner, dass Roland Koch mit ähnlicher Formulierung die heiße Phase des Landtagswahlkampfes 2008 eröffnen würde. In seinem Mehrpunkteprogramm forderte der CDU-Hardliner Anfang Januar, dass unsere Sitten und Gebräuche nicht über Bord geworfen werden können und sollen. Vor allem sah er die hiesigen Sitten durch das "Schlachten in der Wohnküche" und die "in unserem Land ungewohnte Vorstellungen zur Müllentsorgung" bedroht.

Tatsächlich mehrheitsfähig innerhalb der CDU scheint auch Kochs Wahlkampforderung zu sein, Ausländer bereits bei einer Haftstrafe von einem Jahr ohne Bewährung - z. B. einer Beleidigung - abzuschieben. Laut dem NDR-Fernsehmagazin *Panorama* forderte der hessische CDU-Fraktionschef Christean Wagner auf einer Wahlkampfveranstaltung in Frankfurt am Main die sofortige Ausweisung ausländischer Jugendlicher, wenn sie "die hiesige Bevölkerung beschimpfen". Wer bereits "scheiß Deutsche" sagt, so Wagner weiter, "der hat hier nichts mehr verloren." Rassistische Vorurteile salonfähig machend, beschrieb Wagner auf der Wahlveranstaltung die zentrale Botschaft, für die zu kämpfen sei: "Wir wollen nicht den Eindruck haben, als ob wir unterwandert werden nach und nach, hier in unserem Vaterland."

Wie nah eine solche Einstellung der rechtsextremen Ideologie ist, zeigt die Aussage des vorbestraften Rechtsextremisten Peter Naumann auf dem hessischen NPD-Rednerkongress 2006. Im Bericht der "Kritischen Nachrichten" von dieser Veranstaltung hetzt er gegen "fremde farbige Ströme", die in die "Bereiche der weißen Menschheit hineingepumpt" würden. Dies sei, wie Naumann betont, ein mit Blut geführtes kriegerisches Ereignis.

Eine Stellungnahme gegenüber *Panorama* zu den Äußerungen Christean Wagners lehnte Roland Koch mit der Bemerkung ab, er unterstütze keine "Propagandafilme für *Panorama*". Offenbar weniger stört Koch, dass "Volksfront-Medien" seit September 2006 rechtsextreme Propagandavideos mit wahrscheinlich teilweise strafbarem Inhalt aus dem hessischen Butzbach verbreitet. Sein letztes inhaltliches Statement zum Thema Rechtsextremismus, das auf seiner Homepage veröffentlicht ist, liegt fast drei Jahre zurück. Im Interview mit dem "Hessen Kurier" nannte er damals die NPD-Funktionäre "klare Verfassungsfeinde", lehnte jedoch ein NPD-Verbot ab, weil man damit nicht weit käme.

26. Januar 2008

[http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=1096&Itemid=172](http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1096&Itemid=172)

## HOLOCAUST-LEUGNER

### Schäuble plant Verbot

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble will offenbar zwei rechtsextreme Organisationen in Deutschland verbieten lassen. Betroffen sind das "Collegium Humanum" aus Nordrhein-Westfalen und der "Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten" (VRBHV), meldet der "Focus" unter Berufung auf Berliner Sicherheitskreise.

Beide Vereine gelten als Anlaufstellen für Holocaust-Leugner, die den systematischen Judenmord durch die Nationalsozialisten bestreiten. Der ehemalige NPD-Politiker Horst Mahler arbeitet in beiden Organisationen mit.

Der "Focus" meldet zudem, dass die Zahl der Neonazis in Deutschland weiter gestiegen ist. Der Verfassungsschutz habe in seinem noch unveröffentlichten Bericht für 2007 einen Anstieg von 200 auf insgesamt 4400 Neonazis im harten Kern verzeichnet. Das Bundesinnenministerium wollte sich dazu noch nicht äußern. Der Bericht wird erst im Mai offiziell vorgestellt. [...]

23. Februar 2008

<http://www.n-tv.de/923369.html?230220081211>

## NAZI-AKADEMIE VOR SCHLIESSUNG?

**Die Anzeichen mehren sich, dass Schäuble ein rechtsextrems Zentrum in Ostwestfalen verbietet.  
Holocaust-Leugner gehen dort schon länger ein und aus.**

von **Andreas Speit**

Der Name der vermeintlichen Akademie klingt harmlos: "Collegium Humanum - Akademie für Umwelt und Lebensschutz e. V." Doch hier im Ostwestfälischen kehren seit Jahrzehnten Rechtsextrémisten und Holocaustleugner ein. Bald könnten die Türen der Akademie für immer geschlossen werden. Das Bundesinnenministerium soll ein Verbot der Akademie anstreben. Der Chef des Bundestagsinnenausschusses, Sebastian Edathy, deutete dies an, und am Wochenende meldete *Focus*, das Verbot sei in Planung.

Wolfgang Schäubles Ministerium wollte sich dazu am Sonntag nicht äußern. Die Grünen haben angekündigt, den Druck aufs Innenministerium zu erhöhen. Im März will die Bundestagsfraktion einen Verbotsantrag einbringen. Im Antrag wird auch gefordert, den "Verein zur Rehabilitierung der wegen des Bestreitens des Holocaust Verfolgten" zu verbieten. "Wir fordern die Bundesregierung auf, dem Treiben der rechtsextrémistischen Bildungsstätte ein Ende zu bereiten", sagt Grünen-Bundestagsabgeordnete Ute Koczy. Die Abgeordnete erinnert, dass die Regierung auf eine Grünen-Anfrage bestätigte: In der Akademie würden "neonazistische und antisemitische Aktivitäten" vorangetrieben. "Der Verein ist zentraler Sammelpunkt der Holocaust-Leugner", sagt Koczy. Als gemeinnützig anerkannt ist er trotzdem.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz stuft den Verein um Ursula Haverbeck-Wetzel schon lange als "rechtsextrém" ein, das zuständige Finanzamt Herforder überprüfte dennoch die Gemeinnützigkeit nicht. Seit 1963 besteht die "Heimvolkshochschule". Unscheinbar wirkt die Fassade mit dem Eingangsschild "Akademie für Umweltschutz und Lebensschutz". Neben Seminarräumen verfügt die Akademie dort über rund 50 Übernachtungsplätze. 1999 starb der Gründer Werner Georg Haverbeck, NSDAP- und SS-Mitglied. Nach 1945 wandte der bekennende Nazi sich der Anthroposophie und Ökologie zu. Seminare zu ökologischem Landbau und Märchenschulungen liefen in der "Volkshochschule". In der "Schule" feilen "alte" und "neue Rechte" immer wieder an ihren Argumentationen. Zum Holocaust führte Haverbeck selbst aus: "Das ist nicht nur eine Todsünde gegenüber der Wahrheit, sondern zugleich der geplante Totschlag der Volksseele." In seinem Geiste übernahm seine Frau die Geschäfte. Haverbeck-Wetzel selbst erklärte 2005 in der Vereinszeitung *Stimme des Gewissens*: Adolf Hitler sei "eben nicht vom geglaubten Holocaust" zu verstehen, "sondern nur von seinem göttlichen Auftrag". Für diese Bewertung verurteilte sie das Landgericht Dortmund zu einer Strafe von 6.000 Euro. Eng verbunden ist die fast Achtzigjährige mit Horst Mahler. Gäste der Akademie waren die Auschwitzleugner Ernst Zündel und Robert Faurisson.

taz-de, 24. Februar 2008

<http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/nazi-akademie-vor-schliessung/?src=AR&cHash=7038f8293e>

# BÜCHER

**Hunger, Hans und Tietz, Antje: Zyklon B – Die Produktion in Dessau und der Missbrauch durch die deutschen Faschisten.** Norderstedt 2007.

Books on Demand; Auflage: 1 (Februar 2007) **ISBN-10:** 3833492198 **ISBN-13:** 978-3833492198

**Informatives Buch, 24. Mai 2007**

Meinhardt Weng "M.W.

Ich habe das Buch mit Interesse gelesen. Es ist in folgende Kapitel gegliedert: Herstellung von Zyklon B in Dessau / Die maßgeblichen Anteilseigner und Finanziere / Die Dessauer Werke / Entwicklung nach 1945 in Dessau / Wußten die Dessauer Bürger es? / Die Anwendung in KZ / Fazit

Spannend fand ich vor allem den ersten Teil, der sehr detailliert den Aufbau der Produktion in Dessau schildert und auch darstellt, wie aus dem ursprünglichen Insektenvernichtungsmittel ein Instrument des Massenmords wurde. Es gibt zahlreiche Abbildungen mit Dokumenten aus Archiven, die ein weiterer Beweis gegen Holocaust-Leugner sind, insbesondere auch die Baupläne der Produktionsstätte für Zyklon B in Dessau. Neu war mir auch, dass Zyklon B nicht nur in Dessau (in Deutschland) sondern auch an anderen Produktionsorten in Tschechien und Frankreich hergestellt wurde.

Im zweiten, etwas kürzeren Teil des Buches wird noch einmal die Verwendung von Zyklon B für den Massenmord in den KZ dargestellt, wobei diese Informationen sicher auch in anderen Publikationen schon verfügbar sind. Allerdings ist es zur Einführung in das Thema, für Leute, die darüber wenig wissen ein sehr gutes Einstiegsmaterial, das unter dem spezifischen Gesichtspunkt hier zusammengestellt ist.

Die Bibliographischen Angaben sind sehr ausführlich und verweisen auf sehr viel Quellenmaterial.

Fazit: Wer sich für das Thema interessiert wird hier neue Details entdecken. Für Einsteiger (zum Beispiel im Schulunterricht) gibt es sehr viele Originaldokumente, die die Texte der Autoren unterstützen.

Holocaustleugnung aus Wikipedia, der "freien" (=jüdischen) Enzyklopädie  
Wir haben es in pdf

## **EIN BRIEF — DIE HOLOCAUSTJUSTIZ VOLLSTÄNDIG ZU DEMASKIEREN**

27. Januar 2008

**Horst Mahler zu Frederick Töben**

ich will (jetzt nur ganz kurz) von den neuesten Entwicklungen berichten.

Am Wochenende vor Sylvias Inhaftierung erhielten wir Gerichtspost, von der Sylvia sagte, „das ist ja eine Bombe!“ - und sie hatte recht. Das war sogar eine Untertreibung. Es ist eine Superbombe, die schon „scharf“ gemacht ist. Die Zündschnur liegt jetzt in meiner Hand.

Am 17. Dezember 2007, als gegen Sylvia in Mannheim schon alles klar war, wurde ich durch diesen Beschluß von der Staatsschutzkammer des

Landgerichts Potsdam bezüglich der sechs schwersten gegen mich erhobenen Anklagen - 21 selbständige Einzeltaten umfassend (die meisten vermeintliche Holocaustleugnungen) - außer Verfolgung gesetzt. Angeblich sind die „Taten“ verjährt.

Diese Begründung ist - jedenfalls für einen Teil der Anklagepunkte - offensichtlich falsch und unter Mißachtung der vom Zentralrat der Juden in Deutschland durchgesetzten Änderungsgesetze zu den Landespressegesetzen „zurechtgezimmert“ worden. Durch diese ist die kurze Verjährung für Pressevergehen (sechs Monate) für Fälle vermeintlicher Holocaustleugnung außer Kraft gesetzt, so daß einschlägige Veröffentlichungen frühestens nach drei Jahren verjähren. Nur für wenige der angeklagten Einzeltaten ist diese Dreijahresfrist schon verstrichen.

Abgesehen von diesen juristischen „Feinheiten“ ist es offensichtlich, daß man jedenfalls die Verjährungsfristen **absichtlich** verstreichen ließ.

Schon im Oktober 2006 hatte eine andere Kammer des gleichen Landgerichts - von mir zunächst unbemerkt - eine Anklage wegen Verunglimpfung des Staates (**Rigolf Hennig** hat dafür 9 Monate in Gefangenschaft zubringen müssen) mit gleicher Begründung „versenkt“.

Nach Mannheimer Maßstäben hätte der Anklagestoff (21 selbständige Taten mit einem Strafraum von je 5 Jahren Freiheitsstrafe) angesichts meines Alters für „lebenslänglich“ gereicht (Man hätte als Gesamtstrafe Freiheitsentzug bis zu 15 Jahren aussprechen können.)

Das aber ist auch nur die Spitze des Eisberges. **Der „leise Aufstand“ der BRD-Juristen gegen die Holo-Justiz ist in vollem Gange.**

Weitere Richter - in Stuttgart, Mühlhausen, Berlin, Bernau, Brandenburg, Potsdam und Lüneburg, die Holocaustverfahren gegen mindestens fünf andere Feldzugsteilnehmer ebenfalls für Jahre „auf Eis gelegt“ haben, werden jetzt in den Strudel der kommenden Ereignisse gerissen werden.

Mannheim wird nur noch „Holonkenheim“ genannt werden.

Gut zwei Dutzend Staatsanwälte und Richter werden sich wohl schon bald mit Anklagen wegen Strafvereitelung im Amte konfrontiert sehen. Und es werden der Zentralrat der Juden und seine Kettenhunde den nötigen Druck dahintersetzen.

Diese Verfahren werden die Juristenwelt aufwühlen und spalten. Die richtige Verteidigung müßte lauten: Keine Strafvereitelung, weil aus §§ 130 III, 90 a, 86 a StGB-BRD eine Verurteilung gar nicht möglich ist, so daß jeweils Freisprüche ergehen müßten. Ergo: keine Strafvereitelung.

Ich hätte mir niemals träumen lassen, daß ausgerechnet ich in den „Genuß“ einer höchst fragwürdigen Begünstigung durch die BRD-Justiz kommen würde. Das Recht wird normalerweise zum Schaden für deutschbewußte Deutsche gebeugt und nicht zur Erhaltung ihrer Bewegungsfreiheit.

Plausibel wird das Ganze, wenn man 1 und 1 zusammenzählt.

Sylvia Stolz ist es durch ihren heroischen Einsatz gelungen, die Holocaustjustiz vollständig zu demaskieren. Man kann diese jetzt mit ihren eigenen Urteilen und Beschlüssen, die wir in Händen halten, auf die kurze Formel bringen: „Wenn A., der beschuldigt wird, gelogen zu haben, und deshalb bestraft werden soll, den Beweis dafür anbietet, daß er die Wahrheit gesagt hat, wird er ein zweites Mal wegen Lügens bestraft und mit ihm sein Verteidiger, der ihn dabei unterstützt hat.“

Die Holocaustjustiz vernichtet sich selbst, indem sie sich so deutlich über sich ausspricht. Niemals, niemals hätte dieses „Geheimnis“ zum **Selbstreden** gebracht werden dürfen! Sylvia Stolz hat die Fremdherrschaft im Innersten erschüttert!

Jetzt, wo dieses Ergebnis offen zutage liegt, werden sich immer weniger Staatsanwälte und Richter bereit finden, dieses Verbrechen zu unterstützen. Es gibt Anzeichen dafür, daß sich Staatsanwälte reihenweise weigern, ihren Namen unter Holo-Anklagen zu setzen, wenn sie wissen, daß sie in der Hauptverhandlung auf Angeklagte treffen, die von Sylvia Stolz gelernt haben, wie man derartige Scheingerichtsverhandlungen skandalisiert, und die entschlossen sind, aus der Rolle eines Angeklagten heraus- und als Ankläger gegen die Gerichte der Fremdherrschaft aufzutreten.

Man muß das wohl in einem größeren Zusammenhang sehen:

Die Juristen, die auf die beschriebene Weise sich jetzt exponiert haben, sind von Amts wegen Leser meiner Schriften. Ich darf annehmen, daß meine Argumente sie überzeugt, jedenfalls nachdenklich gemacht haben.

Der Medien-Nachhall des Wortwechsels zwischen Michel Friedman und mir hat einiges zutage gefördert, was im allgemeinen in der Schweigespirale versenkt bleibt.

*„Mit seinen antisemitischen Theorien inspiriert er (Mahler) die extreme Rechte, wie sonst niemand in Deutschland. ... Neonazis hören Mahler zu, weil er ihren Irrsinn philosophisch veredelt.“* schreibt die Zeitschrift Vanity Fair Nr. 45/2007 S. 82 .

*Aber es sind wohl nicht nur „Neonazis“, die mir zuhören.*

*„In Deutschland setzt man sich mit dem Rechtsradikalismus nicht auseinander, stattdessen läuft man vor ihm davon. ... Dahinter steckt nicht nur eine veraltete Medientheorie, nach der nur das wirklich existiert, was in den Medien vorkommt, ..., daß man Unerfreuliches durch Verschweigen bekämpfen könne - das unkontrollierbare Internet hat diese Theorie beschädigt. Dahinter steckt auch eine irrationale Furcht vor der scheinbaren Allmacht des rechtsradikalen Arguments. Offenbar können Naziparolen durch bloßes Ausgesprochenwerden die Massen verzaubern. Ein Mißtrauen haben viele von uns offenbar auch sich selbst gegenüber, denn wer sich mit einem Gedanken wirklich auseinandersetzt, der muß ihn erst einmal in seinem Kopf zulassen.“*

*(Harald Martenstein zum Friedman/Mahler-Wortwechsel auf der Meinungsseite im TAGESSPIEGEL vom 6. November 2007)*

*Vanity Fair-Chefredakteur Ulf Poschardt zur Süddeutschen Zeitung:*

*„Horst Mahler ist ein Chefideologe der Rechtsextremen. Seine Ansichten - so absurd und furchtbar sie sind -werden heimlich von zu vielen Deutschen geteilt.“*

*(Süddeutsche Zeitung vom 02.11.07 online-Ausgabe)*

*Friedman:*

*„Mahler sagt ... Vieles von dem, was auch in einem nicht mehr verschwindenden Teil der Bevölkerung gedacht wird. Untersuchungen zeigen, daß sich ... unabhängig vom Alter und Schichten, sich zehn bis 15 Prozent zu rassistischen Vorurteilen bekennen. Auch bei Leuten in Dreiteilern.... Das Problem des Rechtsextremismus ist nicht*

**ausgestorben, sondern nach wie vor aktuell - auch bei einem nicht unerheblichen Teil der Jugend.."**

und an anderer Stelle:

„Die verbale pseudowissenschaftliche Hetze von Horst Mahler beeinflusst einen Teil unserer Jugend und verführt sie zu Gewalt gegen Minderheiten.“

(Süddeutsche Zeitung online-Ausgabe vom 02.11.07)

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung spricht in ihrer Ausgabe vom 11. Januar 2008 im Zusammenhang mit dem Abgang des Chefredakteurs von Vanity Fair, Ulf Poschardt, davon, daß dieser Wagemut gezeigt habe „wie etwa mit dem Interview, das Michael Friedman mit dem Rechtsradikalen Horst Mahler führte, um diesen zu **entzaubern - was spektakulär misslang.**“

Eine Edelfeder aus dem „kleinen Völkchen“, Henryk M. Broder, schreibt im SPIEGEL-online vom 4. November 2007:

„Aber Michel Friedman tut es (mit Mahler reden). Und kommt dabei zwar nicht in die Hölle, aber unter die Räder eines Demagogen, der ihm überlegen ist, weil er ein noch größerer Autist ist als sein Interviewer ist. ... Am Ende gibt er (Friedman) entnervt auf. Der Sieger nach Punkten heißt Horst Mahler.“

Michel Friedman selbst:

„Horst Mahler als Individuum ist sekundär. Und wenn es nur Horst Mahler gäbe, dann wäre es nicht der Rede wert, mit ihm zu sprechen. Horst Mahler ist aber die dunkelbraunste Unkultur der rechten Szene. Es ist auch deshalb wichtig mit ihm zu sprechen, weil **hinter Horst Mahler mehrere Millionen Deutsche der hellbraunen Szene stehen - übrigens nicht nur Skinheads, sondern Mitmenschen aus der Mitte der Gesellschaft...**“ Ihm - Friedman - sei bei der Begrüßung mit „Heil Hitler Herr Friedman!“ durch den Kopf gegangen, „daß es in Deutschland Millionen Menschen gibt, die sagen, Hitler hatte auch gute Seiten, daß 20 Prozent aller Deutschen keinen jüdischen Nachbarn haben möchten, das sind bei 80 Millionen Bewohnern 16 Millionen Deutsche! Und daß damit Horst Mahler leider eine Gruppe in Deutschland repräsentiert, durch die Horst Mahler erst interessant wird. **„Horst Mahler erinnert und mahnt mich, ihn ernst zu nehmen, weil hinter ihm Millionen Deutsche stehen...**“ und „In dem Moment, in dem eine Person eine politische Richtung repräsentiert, hinter der Millionen von Anhängern stehen, ist dies ein gesellschaftspolitisches Phänomen, ...“

(in einem Interview erschienen in der Dezemberausgabe 2007 der „Jüdischen Zeitung“ Wien daselbst auf S. 3)

„„Es ist einfach unsäglich und durch nichts zu rechtfertigen, Mahler eine solche Plattform zu bieten“, sagt der Generalsekretär des Zentralrats (der Juden in Deutschland), Stephan J. Kramer. Er halte „den Abdruck der neonazistischen Ergüsse Mahlers für absolut überflüssig“, ärgert sich Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse und richtet an Friedman „die beunruhigende Frage, warum er sich zum Stichwortgeber für rechtsextreme Thesen macht“.... „Ich verstehe nicht, warum Herr Friedman seinem eigenen Anliegen so schadet“, sagt der Vorsitzende der Unionsfraktion, Wolfgang Bosbach, .... Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) spricht von einer „unsäglichem PR-Aktion für eine Zeitschrift“ ... Auch andere bekennende Nazigegner wie der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses,

*Sebastian Edathy (SPD), und der Abgeordnete Omid Nouripour (Grüne) äußerte herbe Kritik."*

*(TAGESSPIEGEL vom 6. November 2007 S. 4)*

*Im „Münchner Merkur“ hatte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) auch die Rolle Friedmans kritisiert. „Dieser hätte das Interview nach dem Nazi-Gruß abbrechen müssen.“*

*(DIE WELT-online, Ausgabe vom 7. November 2007)*

Mit der Suchwortkombination „Michel Friedman Horst Mahler“ erzielt man in der Suchmaschine von YAHOO 78.200 Treffer (Stand von heute 27.01.08), mit „Horst Mahler“ 343.000 Treffer, für Sylvia Stolz 161.000 Treffer und für „Sylvia Stolz Horst Mahler“ 20.300 Treffer.

Das strategische Verschweigen (Schweigespirale) kann das, was jetzt beginnt, nicht mehr verhindern. Auch die Verlästerung unserer Gedanken wird wirkungslos. Die Angst vor der „Allmacht des rechtsradikalen Arguments“ geht um.

**„Offenbar können Naziparolen durch bloßes Ausgesprochenwerden die Massen verzaubern.“ – was für eine Aussage!**

Und wer da sagt: **„Ein Mißtrauen haben viele von uns offenbar auch sich selbst gegenüber, denn wer sich mit einem Gedanken wirklich auseinandersetzt, der muß ihn erst einmal in seinem Kopf zulassen.“** – spricht der nicht von seinen eigenen Erfahrungen mit sich und **von seiner Angst**, von „rechtsradikalen Gedanken“ überzeugt zu werden? Wie weit sind wir denn damit schon?

**Unter den 16 Millionen Deutschen, die Friedman zu meinem Anhang zählt, sind vielleicht auch einige Tausend Staatsanwälte und Richter. Was kommt da auf die Fremdherrschaft zu?**

Ich hatte bisher zweimal die Gelegenheit – einmal für 20 ein anderes Mal für 30 Minuten – Sylvia im Gefängnis zu sprechen. Zu den Friedman'schen Zahlen bemerkte sie: „Das ist sein Wunschtraum, daß es **nur** 16 Millionen sind.“

Sylvia ist guter Dinge und entschlossener denn je, den Kampf für die Befreiung des Deutschen Volkes zu führen. Auf sie ist das Dichterwort gemünzt: „Zum Kampf auserkoren, zum Sterben bereit.“

Sieg oder Tod! – das sei unsere Losung.

**Fredrick, informiere Du die Welt von dem, was jetzt in Deutschland vor sich geht!** Organisiere die Übersetzung meines Briefes ins Englische, Französische, Spanische ...

Herzliche Grüße

Horst

JANUAR 2008

## Für Professor Faurisson : Polizeigewahrsam und Hausdurchsuchung

Robert Faurisson, Professor im Ruhestand, wohnt in Vichy. Für den 24. Januar 2008, 9 Uhr morgens, wurde er in die Polizeidienststelle seiner Stadt einbestellt. Er war gerade dort angekommen, als ihm die drei Beamten der Justizpolizei, die am Vortage aus Paris gekommen waren, eröffneten, daß er in Polizeigewahrsam genommen würde und bei ihm zu Hause eine Hausdurchsuchung durchgeführt werden würde.

Jacques Chirac, damals Präsident der französischen Republik, hatte im Dezember 2006 öffentlich darum gebeten, daß eine gerichtliche Untersuchung hinsichtlich der Beteiligung von Faurisson an der Holocaust-Konferenz in Teheran eröffnet werden solle (diese fand am 11. und 12. Dezember 2006 statt). Diese Konferenz hatte allen offen gestanden, auch den Revisionisten. Als britischer Staatsbürger, der er schon war bevor er französischer Staatsbürger wurde, hatte der Professor, Spezialist der „Text- und Dokumentenkritik (Literatur, Geschichte, Medien)“, in englischer Sprache kurz die Ergebnisse seiner Forschungen zum „Holocaust“ vorgestellt. Sein Vortrag trug den Titel „*The Victories of Revisionism*“. Er verschwieg nicht, daß je mehr der Revisionismus an Boden gewinnen würde, und das vor allem im Internet, desto mehr würden die Revisionisten zuerst der medialen, dann der polizeilichen und gerichtlichen Verfolgung ausgesetzt sein.

Der Justizminister beauftragte darauf den Staatsanwalt von Paris, Voruntersuchungen einzuleiten, die der vom französischen Fernsehen als „Oberlügner“ bezeichnete Chirac gefordert hatte, um so der gefährdeten „Oberlüge“ zur Hilfe zu kommen.\*\* Am 16. April 2007 waren die Frau Leutnant Séverine Besse und eine ihrer Kolleginnen nach Vichy geschickt worden, um dort den Professor zu befragen. Aber all ihre Fragen beantwortete letzterer hartnäckig wie folgt: „Keine Antwort“. In der Protokollierung ließ er folgende Erklärung niederschreiben: „Ich weigere mich, bei der Unterdrückung des geschichtlichen Revisionismus mit der französischen Polizei und Justiz zusammenzuarbeiten.“

Am 24. Januar 2008, also neun Monate später, schlägt die Gedankenpolizei wieder zu. Zwischenzeitlich ist ein Untersuchungsrichter benannt worden, Marc Sommerer. Dieser schickt dieselbe Séverine Besse nach Vichy, diesmal von zwei Justizpolizeibeamten begleitet. Sie teilt dem Professor mit, daß er hiermit in Gewahrsam genommen sei und daß nach einem Verhör in der Polizeidienststelle sein Haus durchsucht werden würde. Danach folgen Körperdurchsuchung, Beschlagnahmung seiner Brieftasche, seiner Geldbörse, seines Kugelschreibers, seiner Uhr und ... seines Gürtels (das, obwohl die Risiken gleich Null sind, daß sich ein Mann im Alter von fast 79 Jahren und der Anwesenheit von drei Polizeibeamten aufhängen würde). Wahrscheinlich geht es den Untersuchungsbeamten nur darum, einen notorischen Widerspenstigen einzuschüchtern, von dem, nebenbei gesagt, die Polizei weiß, daß dessen Ehefrau wegen einer schweren gesundheitlichen Problematik die ständige Anwesenheit ihres Mannes benötigt. Dennoch, Faurisson antwortet beharrlich, in seiner Art als Sohn einer Schottin, auf jede ihm gestellte Frage mit: „Keine Antwort“. Er wiederholt seine Weigerung, in der Bekämpfung des Revisionismus mit der Polizei und der Justiz zusammenzuarbeiten. Man läßt ihn wissen, daß er nicht einer Anzeige, sondern deren drei gegenübersteht, weshalb auch der Richter Sommerer drei Untersuchungsverfahren eingeleitet habe. Die beiden ersten Anzeigen betreffen namentlich den Professor wegen seiner Beteiligung an der Konferenz in Teheran. Während die eine, sowohl von der Staatsanwaltschaft als auch von mehreren frommen Vereinigungen initiiert, ihm den Vorwurf der „Bestreitung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ (das Fabius-Gayssot-Gesetz aus dem Jahre 1990) vorhält, wirft die andere ihm, von der LICRA stammend, „Verunglimpfung“ vor. Die dritte Anzeige, höchst seltsam, richtet sich gegen „Unbekannt“ und stammt von der Zeitung *Libération*; sie lautet auf „widerrechtliche Nutzung“ einer ihrer Artikel in dem Heft *Dubitando*, in dem, so die Polizisten, zwanzig Texte des Professors erschienen sind.

---

\* In einer in Frankreich berühmten satirischen Sendung hatte Jacques Chirac den Spitznamen „Oberlügner“ erhalten, da er im Zusammenhang mit gegen ihn erhobenen Korruptionsvorwürfen und seinen dazu gemachten Äußerungen von vielen Franzosen als Lügner angesehen wurde. Faurisson hatte deswegen später, als sich Chirac für seine gerichtliche Verfolgung aussprach, das Wortspiel ausgedacht: „Es ist verständlich, daß sich der „Oberlügner“ zur Rettung des „Oberlüge“, des „Holocausts“, eingesetzt hat.“

Faurisson wird danach zu seinem Haus zurückgefahren. Die drei Justizpolizisten und eine Polizistin aus Vichy führen die Hausdurchsuchung durch. Sie greifen ins Leere. Weder finden Sie seinen so begehrten Rechner noch, in den Bergen seiner Dokumente, die gesuchten Unterlagen. Am Ende, gegen 15 Uhr, nachdem er sich die Vor- und Nachnamen der drei Beamten aufgeschrieben hat, erklärt der Professor ihnen, so wie er es bereits gegenüber Richtern gesagt hat: „Vielleicht werden sie in die Geschichte eingehen, aber nur, weil ich sie genannt habe und dann, wie ich sie bezeichnet habe.“

Am Tage nach dieser Hausdurchsuchung von sechs Stunden, also am 25. Januar, wird der Professor seinen 79. Geburtstag feiern, jedoch ohne seine revisionistischen Freunde zu vergessen, die sich bereits im Gefängnis befinden oder befürchten müssen, sich bald darin wiederzufinden. Er wird vor allem an den heroischen Vincent Reynouard denken, jetzt Vater von sieben Kindern. Vor zehn Jahren war dieser, Lehrer für Mathematik und von seinen Schülern geliebt, wegen des Deliktes des Revisionismus von seiner Schule (einer staatlichen Schule) verjagt worden. Derzeit sind dessen Lebensbedingungen schlechter denn je. Nichtsdestotrotz setzt er seine revisionistischen Untersuchungen und Veröffentlichungen unermüdlich fort. Persönlich stellt er sich den Gerichten, in denen seine Richter, seine Entschlossenheit feststellend, ihm jedes grundlegende Recht der Verteidigung verwehren und ihn mit zunehmender Härte bestrafen. Ihn erwartet das Gefängnis.

Faurisson wird aber auch an seine inhaftierten Mitstreiter denken, sei es in Österreich, sei es in Deutschland. Diese sind zum Beispiel Ernst Zündel, Germar Rudolf, Wolfgang Fröhlich, Gerd Honsik oder auch Sylvia Stolz, „die deutsche Jeanne d’Arc“.

Die Liste an Revisionisten ist lang, die seit nahezu sechzig Jahren mit dem Verlust ihrer Ruhe, ihrer Gesundheit, ihrer Freiheit und manchmal ihres Lebens bezahlt haben für ihren Einsatz für die Freiheit der Gedanken, für die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung (der, was die Geschichtsforschung betrifft, keinerlei Beschränkungen auferlegt werden dürfte), und auch für die Freiheit der Meinungsäußerung.

=====  
Klicken Sie auf die folgende URL, um sich von diesem Newsletter abzumelden oder Ihre Einstellungen zu ändern:

[<kausalenexusblatt at yahoo.de>](mailto:kausalenexusblatt@yahoo.de)

**AAARGH Archiv**

<http://vho.org/aaargh/deut/deut.html>

<http://aaargh.com.mx/deut/deut.html>

#### **ANDEREN AAARGH JÄHRLICHEN VERÖFFENTLICHUNGEN**

<http://revurevi.net>

**El Paso del Ebro**

**The Revisionist Clarion**

**Il Resto del Siclo**

**La Gazette du Golfe et des banlieues** (multilingual)

**Conseils de Révision**

**O revisionismo em lingua português**

**Arménichantage** (Armenische Erpressung)